BR-A8

TOTAL EXTREM

die (neue) Funktion der Totalitarismus- und Extremismus-ideologien

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

[Hrsg] Antifaschistische Linke Berlin [alb]

:: Antifaschistische Linke Berlin [ALB] ::
c/o oh*21
Oranienstraße 21 | 10999 Berlin | Kreuzberg 36
[e] info@antifa.de
[i] www.antifa.de

Berlin | Kreuzberg 36 | Barrio Antifascista
Mai 2010 | 1. Auflage: 2000 Ex.

Eigentumsvorbehalt | Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des Absenders bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Formsprache | Antifaschist_innen. Die Endung ***_innen*** bei generellen Beschreibungen verweist auf das Einbeziehen aller Beteiligten (Frauen, Männer, Transgenderpersonen) und zeigt gleichzeitig, dass die bis heute gängige patriarchale Verwendung von Sprache ungenügend ist, um gesellschaftliche Zustände/Beteiligung auszudrücken. In den Texten der Gastautor_innen haben wir die Originalschreibweise beibehalten.

Fußnotenfußnote | Alle mit [X] gekennzeichneten Fußnoten in Texten von Gastautor_innen sind von uns als Herausgeberin ergänzt worden.

Im Laufe der Herstellung der Texte für diese Broschüre ist die derzeitige CDU-Bundesfamilienministern von Kristina *Köhler* zu Kristina *Schröder* verheiratet worden. Ihr Mann Ole (auch CDU) ist Parlamentarischer Staatssekretär. Deshalb wird in einigen Texten von K. Schröder oder K. Köhler gesprochen.

INHALT

Prolog | Antifaschistische Linke Berlin 4

Der Extremismusbegriff | Antifaschistische Linke Berlin
Überblick und Begriffseingrenzung 7

Fatale Gleichsetzung: Die Entsorgung des Rechtsextremismus | Christoph Butterwegge
Politische Funktion des Extremismusansatzes 19

Zwei Seiten, zwei Medaillen | Donatella Donnowitz
Standhaftigkeit gegen faschistische Gewalt und Brutalität 23

Selbstvergewisserung durch Distanzierung | LAG Antifaschismus [DIE.LINKE Berlin]
Über Bündnisarbeit und Akzeptanz verschiedener Aktionsansätze 27

Monopol und Gewalt | Mezze Wolf
Über den zwanghaften Charakter bestehender Verhältnisse 33

»Sistema totalitario« | Wolfgang Wippermann
Wissenschaftliche Dünnhäutigkeit von Totalitarismusansätzen 39

Ein Garten voller Böcke | Florian Back
Who is who beim Übergang vom konservativen Lager zur Neuen Rechten 47

Das Fürchten gelehrt | Alex Demirovic/Paulina Bader
Über konkrete Auswirkungen der Extremismusideologie 55

Andi und Aysche gegen Klausi Randale | Avanti Berlin
Wenn staatstragende Propaganda als Bildung daherkommt 59

Epilog | Antifaschistische Linke Berlin 63

Personen 65

Glossar 69

PROLOG

Berlin | Kreuzberg 36 | 2010. Die Mieten im linksalternativ und türkisch/arabisch geprägten Stadtteil Berlins sind mittlerweile höher als in Steglitz oder Zehlendorf, obwohl die Einkommen der derzeitigen Einwohner_innen zu den niedrigsten der Stadt zählen. Friedrichshain-Kreuzberg, der Stadtteil, wo in den letzten Jahren zahlreiche Autos in Flammen aufgingen – zumeist Fahrzeuge gehobener Güte. Mitten in Zeiten der Finanzkrise, eine Krise, erzeugt durch hochgesättigte Märkte, ausgelöst durch börsengeschnürte Immobilienpakete, die in der Spekulationssphäre des Kapitalismus ohne realen Gegenwert zu gesellschaftlichem Reichtum hätten auswachsen sollen.

Seit Herbst 2009 sitzt die schwarz-gelbe Koalition im Sattel der Regierungsgeschäfte, stockt Soldat_innen in Afghanistan auf, mobilisiert vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum in Milliardenhöhe innerhalb weniger Tage und »verschenkt« sie als extra Taschengeld an privatwirtschaftliche Banken.

Schwarz-Gelb steht eine Familienministerin vor, die jung daherkommt und ideologisch weit im rechtskonservativen Lager steckt. Als so genannte Extremismusexpertin wird sie gelistet, auf der Liste ihrer Links ihrer Homepage war auch die neurechte Zeitung »Jungen Freiheit« verlinkt.

Was haben nun Frau Köhler, die schwarz-gelbe Bundesregierung, die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, brennende Autos und Kreuzberg miteinander zu tun? Möglicherweise helfen uns Berliner SPD-Gewächse auf die gedanklich-ideologischen Sprünge: Berlins Innensenator Ehrhart Körting, der im Zuge der Medienhatz brennende Autos als neue Offensive linksradikaler Politik ausmacht und ein fast verschütt gegangenen Ausspruch des Antikommunisten Kurt Schumacher nach dem

II. Weltkrieg bemüht, *»Er erinnerte an ein Zitat des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, der Kommunisten als „rot lackierte Faschisten" bezeichnet. „Das trifft auch auf Teile der linksextremen Szene zu", sagte Körting in bislang ungekannter Klarheit.«*[1]

Nicht nur Körting als promovierter Jurist, sondern auch Berlins SPD-Justizsenatorin Gisela von der Aue macht in einem Interview mit der Berliner Zeitung eine schlechte Figur, was die Unterscheidung von rechts und links angeht.

[Berliner Zeitung] *»In der Linken* [gemeint: DIE LINKE] *und auch bei einigen Jusos wird aber zwischen zulässiger „antifaschistischer" Gewalt und verwerflicher Gewalt von Rechtsextremen unterschieden. Ist es für Sie ein Unterschied, ob ein Rechtsextremist einen Molotowcocktail auf ein Asylbewerberheim wirft oder ein Linksautonomer einen auf ein Kreuzberger Luxusloft?*

[Gisela von der Aue:] *Darin sehe ich grundsätzlich keinen Unterschied. Selbst wenn jemand einfach nur eine Flasche oder einen Stein wirft, ist das kriminell. Das darf sich ein Rechtsstaat nicht bieten lassen. Im Übrigen frage ich mich, was an diesen Autonomen noch links ist. Die betrachten nur ihren eigenen Bauchnabel, wollen nur ihre Lebensweise in ihrem Kiez gelten lassen und kümmern sich nicht darum, ob sich die Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Bewohner etwa durch eine Sanierung verbessern.«*[2]

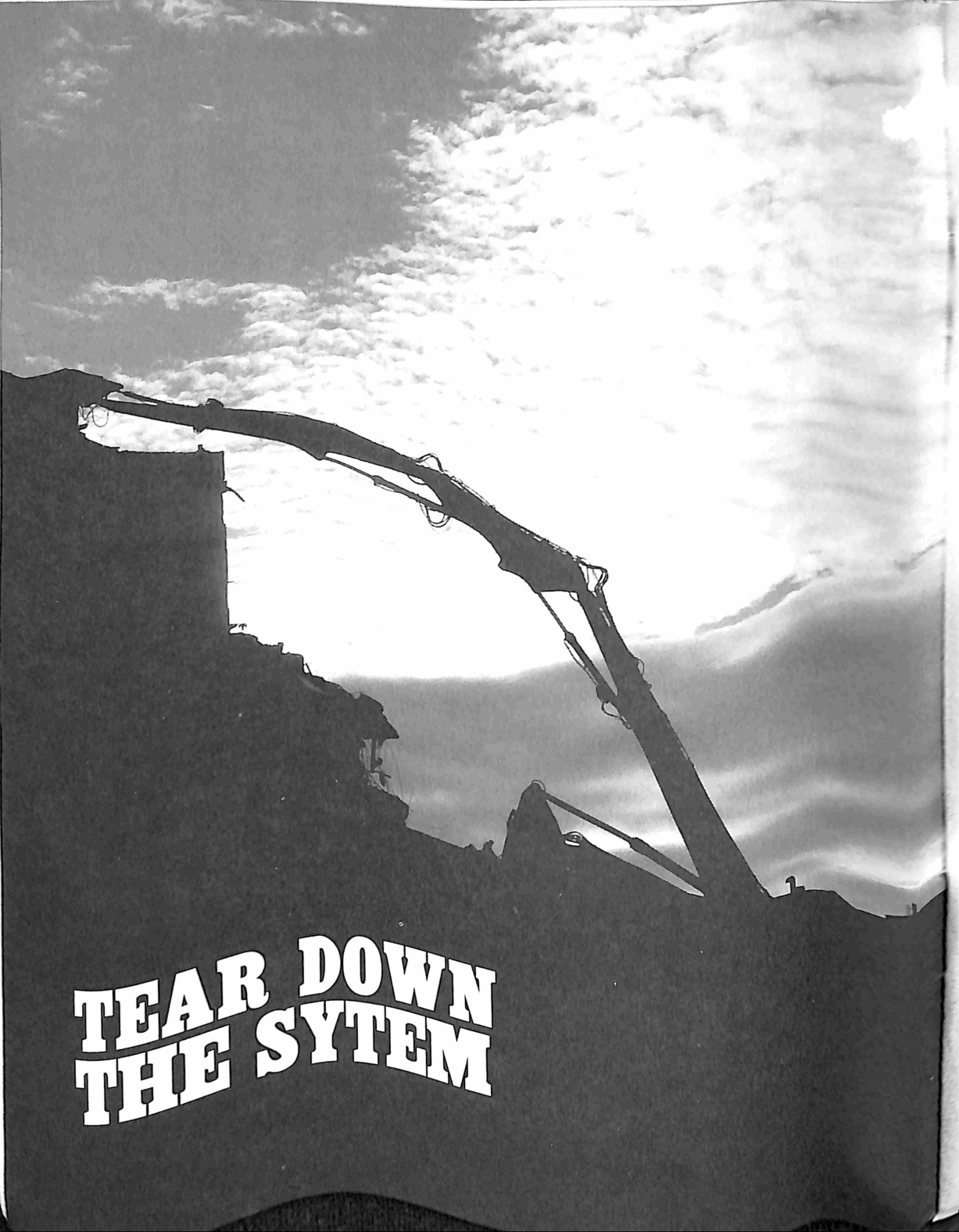
Dass ein gezündeter Molotowcocktail oder ein geworfener Stein eine Straftat darstellen kann, ist noch einsichtig, aber warum hier die Zielrichtung grundsätzlich keinen Unterschied machen soll, bleibt wohl als Erkenntnis im ideologischen Gefängnis der derzeitigen Justizsenatorin gefangen.

Die Weigerung, sich über sozial-poltische Ursachen brennender Autos auseinanderzusetzen, die Weigerung, eine offensichtlich einfache Unterscheidung von rechten und linken Ideologien oder aber Aktionen zu unternehmen, die Weigerung, sich trotz vielfach und seit jahrzehnten geäußerter wissenschaftlicher Kritik an Totalitarismus/Extremismusideologien von selbigen zu verabschieden, sollte stutzig machen. Stutzig über die selbst definierte, demokratische Mitte einer Gesellschaft und ihrer ausführenden Gewalten, was die ideologische und praktische Stoßrichtung der »Extremismuskeule« angeht.

Warum dies so ist, aus welchem Denken sich der Extremismusbegriff und zugehörige Theorie[n] speisen, warum es keine *»rot lackierten Faschisten«* gibt, also rot nicht gleich braun ist, warum aber Politiker_innen der etablierten Parteien sowie die Medien immer häufiger auf diese Formel zurück greifen, soll in dieser Broschüre ergründet werden.

Antifaschistische Linke Berlin :: [ALB] ::
Berlin | 5/2010

1 Berliner Morgenpost | 2.2.2010
2 Berliner Zeitung | 28.12.2009


TEAR DOWN
THE SYTEM

DER EXTREMISMUSBEGRIFF...

Hintergrund und Funktion einer politisch motivierten Strategie

Kaum ein Tag vergeht, an dem in Medien nicht über »Extremismus« berichtet wird. Mit jedem Verfassungsschutzbericht wird der Begriff zur Einordnung und Bewertung von linken wie rechten »Extremisten« auf ein Neuees wiedergekäut. Der Extremismusbegriff hat sich zur gängigen Formel für alles entwickelt, was nicht einer aufrechten »Mitte der Gesellschaft« zugerechnet werden soll, die als prinzipiell verfassungstreu und »demokratisch« angesehen wird. Die Stoßrichtung, die sich hinter einer angeblich objektiven Sicht auf die »Gefahren des demokratischen Rechtsstaates« verbirgt, zielt vor allem auf die Isolierung antikapitalistischer und antifaschistischer Positionen. Feind_innen der Demokratie stehen vorrangig am linken und nicht am rechten Rand, so lautet die zentrale Maxime.

Der Begriff Extremismus und das Hufeisen. Also, ganz von vorn: Der Extremismustheorie liegt die Vorstellung zugrunde, dass sich das politische Spektrum entlang einer Achse gruppiere, die von links über die gemäßigte Mitte bis nach rechts reiche. Die Extrempositionen seien rechts- bzw. linksaußen angesiedelt. Die sprachlichen Wurzeln liegen im Lateinischen: »extremus« = besonders gefährlich und schlecht und »extremitas« = äußerster Punkt.

Entsprechend dieser Einordnung werden »Extreme« als bedrohlich, polarisierend und kompromisslos empfunden – die Mitte hingegen erscheint als normal, harmonisch und ausgeglichen. »Extremismus« ist kein Rechtsbegriff, bisher findet er sich [noch] in keinem Gesetz.

Dennoch wird er immer häufiger von der Exekutive wie z.B. der Polizei verwendet und von Staatsanwaltschaften in Strafverfahren eingeführt, in denen es um politische Delikte geht. Der Begriff entstand als Kategorie zur Aufgabenstrukturierung in bundesdeutschen Verfassungsschutzämtern. Aufgegriffen von konservativen Wissenschaftler_innen und Vertreter_innen der »Neuen Rechten«, fand er ab Mitte der 1970er Eingang in Politik- und Sozialwissenschaften, wenngleich die zugehörige[n] Theorie[n] umstritten und marginalisiert blieben.

Vor allem Politikwissenschaftler_innen aus dem Umfeld von Uwe Backes [Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden] und Eckhard Jesse [TU Chemnitz] versuchen seit Ende der 1980er Jahre, die Extremismustheorie im Wissenschaftsbetrieb sowie in einer breiteren Öffentlichkeit zu etablieren – seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/90 und insbesondere in den letzten Jahren aufgrund eines entsprechenden Nährbodens in der etablierten Politik mit steigendem Erfolg.[1]

Für den Inlandsgeheimdienst, den Verfassungsschutz, gelten Bestrebungen als »extremistisch«, *»die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben«*.[2] Als grundlegende Prinzipien dieser Grundordnung wurden 1952 vom Bundesverfassungsgericht bestimmt: Achtung der Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit der Parteien, das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Nach Angaben der Extremismustheoretiker Jesse und Backes soll »politischer Extremismus« als Sammelbezeichnung für Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des Verfassungsstaates und seiner Werte und Spielregeln einig wissen. Als Grundsätze des »demokratischen Verfassungsstaates« werden von ihnen Gewaltenteilung, der Schutz der Freiheitssphäre des/der Bürger_in, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und eine Repräsentativverfassung ausgemacht.[3] Auch wenn es schwer verständlich scheint, soll nach Jesses und Backes Auffassung der Begriff »Radikalismus« in Abgrenzung zum »Extremismus« die angeblich feststellbaren Grenzzonen zwischen »extremistischen Bestrebungen« und demokratischem Bereich, also dem durch die demokratische Grundordnung »geschütz-

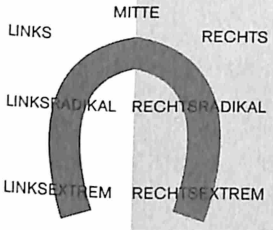
1 Zu Details: Back, Florian: Ein Garten voller Böcke. Die neue Familienministerin Köhler, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 85 [4/2009], S. 46-49; Butterwegge, Christoph: Fatale Gleichsetzung, in: junge Welt, 19.11.2009. [Siehe Artikel S. 47ff und S. 19ff in dieser Broschüre]

2 Senatsverwaltung für Inneres Berlin [Hrsg.]: Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 258 ff.

3 Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1993, S. 45; Backes, Uwe: Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen 2006, S. 189 ff.

ten Rahmen«, markieren. Dabei wird ausgeklammert, dass der Begriff »Radikalismus« – von lat. radix – Anliegen kennzeichnet, gesellschaftliche und politische Probleme »an der Wurzel« anzugreifen und von dort aus umfassend anzugehen bzw. zu lösen. Der Begriff bezieht sich dabei durchaus auch auf die Entschlossenheit des Handelns.

In der Extremismustheorie aber mit ihrer willkürlich gesetzten Skala von links nach rechts soll der »Rechts- und Linksradikalismus« dem verfassungskonformen Spektrum [noch] zuzurechnen sein. Dass über »feste Grenzzonen« zwischen »Extremismus« und »Radikalismus« Wanderungsbewegungen möglich sind, wird nicht bestritten. Nach Meinung der Extremismustheoretiker_innen sollte eine Klassifizierung von Gruppierungen oder Parteien als verfassungskonform, radikal oder extremistisch vorrangig von den Sicherheitsbehörden getroffen werden. Diese Regel wird jedoch nur von Fall zu Fall eingehalten. So werden z.B. die »Republikaner« prinzipiell als »nicht-extremistisch« bewertet, weil sie sich in ihrer Programmatik auf ein demokratisches Staatswesen berufen würden. Die Partei PDS/DIE LINKE wird hingegen bereits seit Jahren für »extremistisch«, verfassungsfeindlich und damit für gefährlich[er] erklärt.[4]



Hufeisenschema: wissenschaftlicher Unsinn – trotz dufter, grafischer Aufbereitung

Uwe Backes und Eckhart Jesse benutzen zur Erklärung und Vermittlung ihres Ansatzes ein einfaches und auf den ersten Blick eingängiges Modell. In diesem Hufeisen-Modell berühren sich »Extremist_innen« von links und rechts an den *»Rändern des demokratischen Verfassungsbogens«* – sie seien sich sogar *»sehr nahe, brauchen einander«* und *»wollen vielmehr das hervorrufen, was sie so heftig attackieren.«*[5] Es wird zudem behauptet, »Rechts- wie Linksextremist_innen« würden sich oft gleicher Mittel bedienen, um ihre Ziele durchzusetzen. Diese Sicht spiegelt sich nicht nur in Publikationen von Backes/Jesse wider. Sondern sie ist auch von ihren Doktorand_innen, der Bundeszentrale für politische Bildung [BpB] und vor allem der CSU-/CDU-nahen Stiftungen [Hans-Seidel-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung] breit rezipiert worden.[6] Die politisch motivierte Forschungspraxis weist insofern über die Problematik der Verwendung eines Extremismusbegriffs hinaus. Obgleich dieser gerade in linken Kreisen umstritten ist, verwenden ihn auch Wissenschaftler_innen wie z.B. Richard Stöss für eine Analyse des »Rechtsextremismus« entsprechend seiner realen Erscheinungsformen, ohne jedoch Anhänger_innen des Extremismus-Modells zu sein. Wissenschaftler wie Stöss oder auch Hajo Funke verwenden den Begriff »Rechtsextremismus« als Sammelbegriff für gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten. Damit beziehen sie im Gegensatz zu Jesse und Backes in ihre Analysen

4 Ebd.; Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P.: Die Linke. Der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

5 Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Bonn 1989, S. 33.

6 Kailitz, Steffen: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 25; Hans-Seidel-Stiftung: Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, Themenheft Politische Studien, Nr. 1 [2007].

immer mit ein, dass rechtsextreme Ideologiefragmente – wie z.B. Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus usw. – von einem erheblichen Teil der Bevölkerung befürwortet wird.

Jesse hingegen bemängelt mit Blick auf eine angeblich besondere Gefahr des »Extremismus von links« eine »fehlende Äquidistanz« der etablierten Politik gegenüber dem »Rechts- und Linksextremismus«. Nicht nur, dass die Antifa mit ihrem Kampf gegen Neonazis der Anti-Antifa personell deutlich überlegen sei. Nein, aufgrund der Bildung breiter »Bündnisse gegen Rechts« – unter Einschluss von Antifa-Gruppen, der DKP, der Partei DIE LINKE, aber eben auch von Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der SPD – befinde sich das unerlässliche *»antiextremistische Grundverständnis«* der Mitte der Gesellschaft in der Defensive. Laut Jesse sei in Teilen des politischen Establishments der Blick nach rechts *»überscharf entwickelt«*, der nach links sei bedauerlicherweise oftmals *»getrübt«*. Der »Rechtsextremismus« sei gesellschaftlich eher bedeutungslos – in seinem *»Ghettodasein«* sei er – Zitat – mehr ein *»konstruiertes Phantom«* als Realität, so Jesse. Die *»Erosion«* der Demokratie erfolge hingegen schleichender durch den verkannten »linken Extremismus«, dessen *»antifaschistischer Kampf«* eine *»self-fulfilling-prophecy rechtsextremer Gewalt«* in Gang setze.[7]

»Linksextremismus« aus Sicht der Extremismustheorie. Die Utopie »linksextremistischer Ideologien« sei laut Backes und Jesse auf ein herrschaftsfreies, mit sozialer und ökonomischer Freiheit ausgestattetes Gemeinwesen gleicher Menschen ausgerichtet: die sogenannte herrschaftsfreie Ordnung.[8] Solche Vorstellungen reichen somit aus ihrer Sicht über die in demokratischen Staaten akzeptierten Prinzipien der Demokratie weit hinaus. Gemeinsam sei allen »Linksextremist_innen«, dass sie in der kapitalistischen Klassengesellschaft die Wurzel allen Übels sähen.

Unter die Sammelbezeichnung »Linksextremismus« fallen gemäß der Extremismustheorie von Jesse/Backes libertäre Anarchist_innen, für die zentrale Organisationsformen von Übel seien, autonome Gruppierungen, die sich nicht an Autoritäten ausrichten und ein hohes Maß an Subjektivismus aufweisen und verschiedenste Spielarten des Kommunismus. Diese berufen sich laut Jesse heutzutage in unterschiedlicher Ausprägung auf Marx, Engels, Lenin, Stalin, Trotzki und Mao Tse-tung,

---

7 Vgl. dazu Jesses entlarvende Argumentation: Jesse, Eckhard: Soll die Nationaldemokratische Partei verboten werden? Der Parteiverbotsantrag war unzweckmäßig, ein Parteiverbot ist rechtmäßig, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, 42. Jg. [2001], S. 683 ff; Jesse, Eckhard: Die Geschichte der NPD und ihre Radikalisierung seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, in: Deutsche Studien, 38. Jg. [2002], S. 87 ff.; Jesse, Eckhard: Die Rechtsaußenparteien: Keine ersichtlichen Erfolge, keine Erfolge in Sicht, in: Niedermayer, Oskar [Hrsg.]: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen 2003, S. 159 ff.; Jesse, Eckhard: Der gescheiterte Verbotsantrag gegen die NPD. Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, 44. Jg. [2003], S. 292 ff.; vgl. auch in der »Gesamtschau« auf den »Extremismus« 1949-1999: Backes, Uwe/Gallus, Alexander: Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen, Köln 2008, S. 317 ff.

8 Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus. . . . a.a.O., S. 60.

wodurch ihre Gefährlichkeit angesichts der Tyrannei des historischen Kommunismus unterstrichen werde.[9]

Während die Ziele der »extremen Rechten« – Aufhebung des Gleichheitsprinzips durch Ausgrenzung, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antipluralismus, Autoritarismus – generell und oft sogar nach eigenem Bekunden »antidemokratisch« sind, ist es mehr als absurd, eine antikapitalistische Orientierung grundsätzlich als Ablehnung demokratischer Prinzipien zu deuten. Die Definition für den »linken Extremismus« wird also bewusst in einer Weise konstruiert, als stelle die mehr oder minder scharfe Kritik an der Bundesrepublik Deutschland als »kapitalistisch« einen Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat dar. Entscheidend könnte allenfalls sein, welche konkreten Alternativen mit welchen Mitteln durchgesetzt werden sollen. Die Extremismustheoretiker_innen haben in den letzten Jahren darauf reagiert und geben an, sie würden in einem zweidimensionalen Modell zwischen »Ideen« und »Mitteln« von »Extremist_innen« unterscheiden. Trotzdem zeichnet sich keine Änderung der Forschungsorientierung ab.[10] So ganz genau will man es schließlich – zumindest auf der theoretischen Ebene – nicht wissen. Denn ansonsten würde sich das gesamte »Extremismusmodell« als großer Unsinn herausstellen.

Alles andere überlässt man staatlichen Sicherheitsbehörden. Schließlich möchten Jesse/Backes, die sich auch an der Ausbildung und Schulung von Verfassungsschutz-Mitarbeiter_innen beteiligen, den Staatsschnüffler_innen eine ideologische Waffe mit auf den Weg geben. Es geht ihnen offensichtlich darum, das Prinzip der »wehrhaften Demokratie« in erster Linie gegen Gefahren von Links zu verteidigen. Dass dieses ideologische Handwerkszeug auch bei politischen Entscheidungsträger_innen angekommen ist [wo es eben auch ankommen sollte], soll hier an einem Statement des Berliner Innensenators, Ehrhart Körting [SPD], verdeutlicht werden.

So erklärte Körting: *»Aussagen gegen Rechtsextremisten verbinden Linksextremisten im allgemeinen mit der Abschaffung des Kapitalismus, womit sie letztlich die freiheitliche demokratische Grundordnung meinen.«*[11] Da ist es kein Wunder, wenn die Behörde in Körtings Hause, der Berliner Verfassungsschutz, sich im Jahr 2008 zu folgender Aussage mit Blick auf die Antifaschistische Linke Berlin [ALB] hinreißen ließ: *»Die ALB verfolgt Ziele, die gegen den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind. Das kommt z.B. in dem Aufruf der ALB zu Protesten gegen den Irak-Krieg zum Ausdruck: ‚NO NATION – NO WAR – NO CAPITALISM! – WE WILL STOP YOU!' und in Slogans wie ‚SMASH CAPITALISM!'«* Ein_e Kriegsgegner_in, Anti-Nationalist_in und Antikapitalist_in sollte sich also in Acht

9 Jesse, Eckhard: Linksextremismus, in: Holtmann, Everhard [Hrsg.]: Politik-Lexikon, München 2000, S. 356.

10 Kailitz, Steffen: Politischer Extremismus..., a.a.O., S. 26 f.

11 Senatsverwaltung für Inneres Berlin [Hrsg.]: Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, Vorwort, S. 4.

nehmen – selbst im rot-rot regierten Berlin. Für die von den Extremismustheoretikern gefütterten Sicherheitsbehörden ergibt sich daraus: Randständige_r Verfassungsfeind_in, der verdächtig ist und von Fall zu Fall überwacht werden muss. Zur Konstruktion *»rot lackierter Faschisten«*, wie Ehrhart Körting unlängst Teile der linksradikalen Szene Berlins bezeichnete, ist es da eben nicht weit.

Fast schon logisch ist es, dass bei Extremismusforscher_innen, aber auch beim Verfassungsschutz vor allem autonome Gruppen, Antifa- und Antirassismusinitiativen, seit Jahren die Partei DIE LINKE sowie die verschiedensten linken Strömungen, die sich gegen Sozialabbau engagieren, im Vordergrund der Beobachtung stehen. Das Prinzip der Vorgehensweise ist immer dasselbe. Das Gefahrenpotential wird aufgebauscht oder konstruiert.[12] Der »rechte Extremismus« aber, der über eine erhebliche Resonanz in der Bevölkerung verfügt, wird zwar manchmal anhand seiner Strukturen grob beschrieben. Doch seine ideologische Bedeutung jenseits einiger Organisationen bleibt im Dunkeln oder wird schlicht negiert.[13]

***Exkurs Totalitarismustheorien.** Die Totalitarismustheorie ist das auf den »Extremismus an der Macht« bezogene Pendant zur Extremismustheorie. Erste Formen wurden bereits in den 1920er Jahren vor dem Hintergrund der Machtübernahme des italienischen Faschismus einerseits und der Herrschaft Stalins [ab 1924] andererseits entwickelt. In der Weimarer Republik verwendete vor allem die SPD den Begriff »totalitär« in Abgrenzung zur KPD und NSDAP. Ab ca. 1936 subsummiert »totalitär« gleichermaßen Merkmalseinheiten des italienischen Faschismus, des deutschen Faschismus und des Sowjetkommunismus. Im 1951 erschienenen Werk Hannah Arendts über »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« wird »Terror« zum konstitutiven Merkmal des Totalitarismus.

* ausführlicher behandelt im Artikel: »sistema totalitario« von Wolfgang Wippermann, S. 43

1956 erschien Carl J. Friedrichs und Zbigniew K. Brzezinski Werk »Totalitäre Diktatur«, das zum idealtypischen Modell der Totalitarismustheorie wurde. Nach ihr gelten eine ausgearbeitete Ideologie, eine einzige Massenpartei, ein Terrorsystem auf physischer und psychischer Grundlage, ein Monopol der Kontrolle aller Mittel wirksamer Massenkommunikation, ein Waffenmonopol sowie eine Überwachung und Lenkung der gesamten Wirtschaft als entscheidende Merkmale totalitärer Systeme.[14] Doch lässt sich anhand solcher Kategorien die Funktionsweise eines Systems annähernd darstellen oder gar erklären? Die Totalitarismustheorie blieb Ausdruck des Antikommunismus, der sich in der Bundesrepublik Deutschland vor allem gegen die Sowjetunion

12 rbb | 28.4.2010 | 22:15 Uhr – Klartext: »1. Mai – Abgeordnete verharmlosen gewaltbereite Chaoten« | www.rbb-online.de/klartext/archiv/klartext_vom_28_04/1__mai____abgeordnete.html | Zugriff: 11.5.2010

13 Senatsverwaltung für Inneres Berlin [Hrsg.]: Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 200.

14 Ceylanoglu, Sena: Linksextremismus in Deutschland heute, in: Bundesministerium des Innern [Hrsg.]: Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S.136 ff.

und die DDR richtete. Je mehr sich der Kalte Krieg verschärfte, umso einflussreicher wurde die Theorie.

Hatte der Terminus »Totalitarismus« in den 1950/60erJahren eine Hochkonjunktur, so geriet er im Zuge der Entspannungspolitik zwischen Ost und West in den 1970/80er Jahren in die Krise. Der Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme hat allerdings dazu beigetragen, den – zumindest zeitweise von Teilen der Forschung und Politik betonten Gegensatz von Faschismus und Kommunismus – zu relativieren und die Totalitarismustheorie zu beleben.[15]

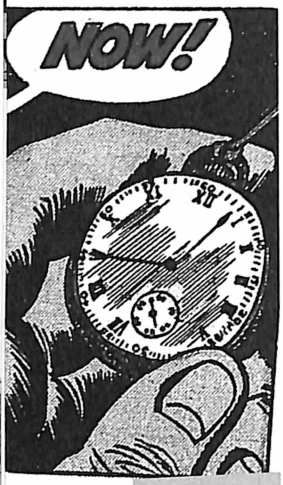
Die Theorie klassifiziert Phänomene, erklärt aber wenig. Sie vergleicht nicht, sondern sie setzt gleich. Wenn sie »den Totalitarismus« zu deuten versucht, kommt anstelle einer Definition eine moralisch aufgeladene Addition von Merkmalen heraus, die zusammen das »Wesen totaler Herrschaft« ausmachen sollen. Totalitarismustheoretiker_innen vermeiden deshalb gern die Frage nach Hintergründen des deutschen Faschismus, z.B. wer Hitler an die Macht gebracht hat. Auch der Blick auf Interessen, Profiteur_innen, Stützen und Traditionen in einer Gesellschaft wird meistens ausgeklammert. Wegen der zwanghaften – weil als notwendig erachteten – Konstruktion von Gemeinsamkeiten werden fundamentale Unterschiede zwischen faschistischen und kommunistischen Systemen überdeckt. Ein tatsächlicher Vergleich, der – je nach Fragestellung – legitim sein kann, würde grundlegende Unterschiede zwischen den Systemen kenntlich machen. Die Besonderheit des deutschen Faschismus und der Massenvernichtung der europäischen Jüd_innen kommt bei jedem Vergleich – sowohl mit dem Sowjetkommunismus als auch mit anderen faschistischen Regimes – zum Vorschein.[16]

Vom Kampfbegriff zum neuen staatspolitischen Programm. Die Extremismustheorie tut so, als seien »Rechts-, Links-« und – inzwischen stärker im Blick – der »Ausländerextremismus« Spielarten einer gegen den demokratischen Verfassungsstaat gerichteten Strömung. Die »Theorie« leitet sich aus Grundsätzen der »wehrhaften Demokratie« eines starken Staates ab, um »Gegner_innen« der »freiheitlichen demokratischen Grundordnung« zu identifizieren und deren Verhalten sanktionieren zu können. Nun ist es erstmal nicht verwunderlich, dass sich Staaten gegen definierte »Feind_innen«, vor allem missliebige politische Strömungen, zur Wehr setzen. Zu prüfen ist also, warum bei der Identifizierung von tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner_innen des Staates mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. Dennoch macht sowohl der Begriff, als auch die zugehörige Theorie aus Sicht staatlicher Behörden durchaus Sinn. Was ist also das Problem?

15 Vgl. z.B. Jesse, Eckhard: Die Geschichte der NPD und ihre Radikalisierung..., a.a.O., S. 87 ff.

16 Vgl. den verständlichen und kompakten Überblick der Diskussion bei Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

Deutlich erkennbar ist, dass die Extremismustheorie eine staatliche Sicht übernimmt, diese weiterentwickelt und absichert, indem sie den Behörden eine Legitimation erteilt. Grundlage für Studien von Extremismustheoretiker_innenn bilden in der Regel Berichte und Lagebilder des Bundesamtes für Verfassungsschutz und dessen Landesbehörden. Diese lassen in manchen ihrer Publikationen ihrerseits Extremismusforscher_innen zu Wort kommen. Geheimdiensterkenntnisse sollen auf diese Weise in der Öffentlichkeit als wissenschaftlich streng »geprüft« und »bestätigt« dargestellt werden.



EinigeWissenschaftler wie z.B. Wolfgang Wippermann und Christoph Butterwegge weisen seit Jahren darauf hin, dass die Extremismustheorie ein »politisches Instrument« ist, das vor allem von staatlichen Behörden und mit Hilfe der Medien zur Diskreditierung linker Politik eingesetzt wird. Tatsächliche »Erkenntnis« durch extremismustheoretische Erklärungen kann deshalb nicht erwartet werden.[17] Nicht zuletzt resultiert die politische Motivation in der »Theorie« auch daraus, dass die Verfechter_innen des Konzeptes wie Jesse/Backes selbst aus dem rechts-konservativen Spektrum stammen. Ihnen ist es ein zentrales Anliegen, missliebige bzw. explizit linke Positionen in der Politik und öffentlichen Debatte zu isolieren.[18]

Die »Theorie« und einzelne Versatzstücke, die im Alltag auftauchen, können als Instrumentarium zur Verblendung und Verschleierung von Realität betrachtet werden. Mit dem Extremismusansatz werden die substanziell unübersehbaren Schwächen der den Faschismus und Kommunismus weitgehend gleichsetzenden Totalitarismustheorie reproduziert und gesteigert, zumal – und das ist der Trick – auf tatsächliche Vergleiche verzichtet wird oder aber Unterschiede eingeebnet werden. Was nicht passt, wird passend gemacht.

Während Jesse/Backes die Bedeutung des »Rechtsextremismus« an die Höhe der Wähler_innenzustimmung für Parteien wie die NPD koppeln, um zur Schlussfolgerung zu gelangen, dass die »extreme Rechte« nicht bedeutsam sei, sieht die Herangehensweise beim »Linksextremismus« anders aus. Deshalb finden sich aus ihrer Sicht »Grauzonen« bzw. Übergänge zur bürgerlichen Mitte vorrangig auf der linken Seite des »Hufeisens«. Überschneidungen zwischen Konservatismus und »extremer Rechten« werden kaum thematisiert, eher tabuisiert. Reale Gräben zwischen Rechts und Links werden zwar nicht von allen Extremismustheoretiker_innen ignoriert, der Bedeutung nach jedoch immer relativiert. Auch Backes/Jesse postulieren zwar [inzwischen], dass *»unverkennbare Gemeinsamkeiten der Extremismen«* Unterschiede nicht verdecken dürften. Gerade sie und ihre Zöglinge sind es jedoch, die das Gegenteil praktizieren und so Bewer-

17 Vgl. in den Beiträgen und Schlaglichtern der Diskussion aus extremismustheoretischer Sicht in Jesse, Eckhard [Hrsg.]: Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1999; vgl. die grundlegende Kritik bei Wippermann, Wolfgang: Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich, Berlin 2009.

18 Vgl. u.a. Wippermann, Wolfgang: Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Darmstadt 2009.

tungskriterien für Wissenschaft und Öffentlichkeit festlegen. Dabei handelt es sich um eine Methode, die im Konzept bereits angelegt ist.

Wie bereits erwähnt, finden sich nach Ansicht von Extremismustheoretiker_innen Sympathisant_innen von »Linksextremist_innen« bereits am linken Rand der SPD, während »rechtsextreme« Bestrebungen nie an den Rändern von CDU/CSU ausgemacht werden. Angewandt wird dabei auch die Charakteristik für »Linksextremismus«, die deutlich machen soll, was diesen vermeintlich auszeichnet. Die Definition heißt »Kapitalismusfeindlichkeit« oder »grundlegende Kapitalismuskritik«. Dabei werden bewusst verschiedenste linke Strömungen »in einen Topf« geworfen. Die Extremismustheorie könnte durchaus einen gewissen Erklärungswert beanspruchen, wären mehr inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen »extremen Rechten« und radikalen Linken als Unterschiede zwischen ihnen vorhanden. Doch rechte und linke Bewegungen weisen mehr fundamentale Unterschiede als Übereinstimmungen auf.

Ähnlich verhält es sich mit dem »Ausländerextremismus«. Letzteres haben Extremismusforscher_innen inzwischen auch erkannt. Soweit sich Ausländer_innenextremismus nicht in das Links-Rechts-Schema des Hufeisen-Modells einordnen lässt, muss die neue Sonderkategorie »grüner Extremismus« herhalten, um die »großen Gefahren«, die laut Backes und Jesse von islamistischen Bewegungen ausgehen, zu fassen.

Das Extremismuskonzept ist vor allem deshalb anzugreifen, weil Organisationen und Bewegungen als »rechtsextrem« oder »linksextrem« bezeichnet werden, welche sich allzu weit von einem [angeblich vorhandenen] »demokratischen Konsens« der »Mitte« der Gesellschaft wegbewegen. Deshalb verläuft die Ausgrenzung willkürlich, weil entsprechende Maßstäbe vom Selbstverständnis des/der Betrachter_in und seinen/ihren Werturteilen abhängen. Darum gibt es in der Forschung, aber auch in der öffentlichen Meinung [noch] unterschiedliche Auffassungen, welche Personen, Parteien oder Gruppen als »extremistisch« einzustufen sind.[19] Wären Extremismustheoretiker_innen ihren eigenen Kategorien verpflichtet, müssten z.B. die früheren Bundesinnenminister Otto Schily [SPD] und Wolfgang Schäuble [CDU] als »Extremisten« identifiziert werden. Denn schließlich hatte das Bundesverfassungsgericht deren überwachungsstaatliche Gesetzesvorlagen mehrfach für »verfassungswidrig« und als Verstoß eben gegen jene freiheitliche demokratische Grundordnung erklärt, die im Zentrum der Extremismustheorie steht. Wenn sich also auf eine demokratietheoretische Diskussion eingelassen wird, lässt sich feststellen, dass es vor allem die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag und der Bundesrat sind, die »verfassungsrechtliche Pflichten« missachten. Mehrfach erklärten oberste Verfassungsrichter Gesetze oder Teile davon für verfassungswidrig – Beispiele sind das Anti-Terror-Paket von Schily, das Flugsicherheitsgesetz oder

19 Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 64 ff.; vgl. auch Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn 2000, S. 13 ff.

das erst kürzlich gefällte Urteil zur Hartz-IV-Gesetzgebung und zur Vorratsdatenspeicherung. Anhängig sind Klagen zum BKA-Gesetz. Wo bleibt hier der theoretische öffentliche Aufschrei gegen die bösen »Extremisten«?

Es ist also kein Zufall, dass, je mehr die Aushöhlung des Staates sich durch eine zunehmend verselbständigte Exekutive »von innen« heraus vollzieht, auch die Extremismustheorie an Konjunktur gewinnt. Schließlich geht es auch darum, von tatsächlichen Gefahren der Aushebelung rechtsstaatlicher Prinzipien abzulenken. Eine Extremismustheorie läuft daher prinzipiell auf die Unterstützung eines autoritären Staates hinaus, der jenseits der jeweils neu definierten politischen »Mitte« Abweichungen sanktioniert.

Eine Schlussfolgerung kann deshalb nur lauten: Es ist grundsätzlich davor zu warnen, dass »Gefahren für eine Demokratie« von den »Rändern« [im Hufeisen-Modell: zwei Gegenpolen] kommen. Sie kommen in der Regel »von oben« [staatlichen Institutionen] oder direkt aus der Mitte der Gesellschaft. Genau dort entstehen sie auch, wie ein Blick in die Geschichte zeigt. Der deutsche Faschismus kam nicht allein wegen seiner Stärke, sondern vorrangig wegen der vorausgegangenen Schwäche der Demokratie und ihrer mangelnden Verankerung im gesamten politischen Spektrum der Weimarer Republik an die Macht. Die Schwäche der Demokratie war also weniger die Folge, sondern vielmehr eine wichtige Ursache des Aufstiegs der NS-Bewegung – ein Umstand, den Extremismus- und Totalitarismustheoretiker_innen aus guten Gründen vernebeln wollen.

Die Virulenz einer sozialen Bewegung der »extremen Rechten« sowie rassistische, nationalistische und antisemitische Stereotype in einem erheblichen Teil der bundesdeutschen Bevölkerung werden von Extremismusforscher_innen zumeist ignoriert oder bagatellisiert. So erklärt sich auch die noch vor ein paar Jahren vor allem von Jesse vertretene Auffassung, die NPD sei *»notorisch isoliert«*. Diese Partei – so Jesse weiter – werde in Zukunft keinerlei Wahlerfolge erringen, es gebe keine Anzeichen für einen *»rechten Mainstream«* in der Jugendkultur einiger Regionen Deutschlands, Gewalttaten könnten NPD-Mitgliedern erst recht nicht angelastet werden.[20] Umso absurder war es, dass die damalige rot-grüne Bundesregierung Jesse zuvor zum Sachverständigen im [gescheiterten] NPD-Verbotsverfahren gemacht hatte. Da die Extremismusforschung nicht in der Lage ist, die Relevanz rechter Ideologie zu fassen, fällt die Bewertung der Gefahren manchmal gar hinter die der Verfassungsschutzbehörden zurück. Die Extremismustheorie wird zudem oft bei aktuellen öffentlichen Diskussionen über die Aufgaben des Verfassungsschutzes dazu genutzt, um den »linken« gegen den »rechten Extremismus« auszuspielen. So geraten regelmäßig Personen unter »Ext-

20 Die »Ausgrenzung« zielt sehr häufig auf die Partei DIE LINKE, aber auch auf Gewerkschaftsvertreter_innen usw.: Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P.: Die Linke. Der smarte Extremismus, a.a.O., S. 10 ff.

remismusverdacht«, die auf die tatsächlichen Gefahren rechter Ideologie und Organisierung sowie auf einflussreiche Netzwerke von Konservativen und »extremen Rechten« aufmerksam machen. Angegriffen werden dabei besonders die Kritiker_innen des Konzeptes aus Wissenschaft und kritischer Öffentlichkeit. Sie verweisen – vereinfacht gesagt – auf einen »Extremismus der Mitte«, also auf eigentlich gut erkennbare Interaktionen zwischen »extremen« und »gemäßigten« Rechten sowie der »Mitte«, wodurch »Rechtsrucke« in der Politik erklärbar werden.

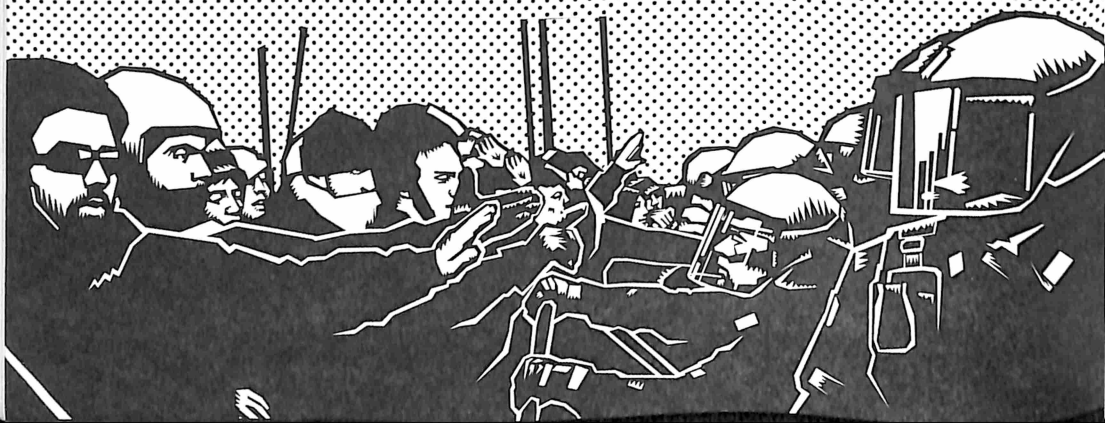
Das Extremismuskonzept befindet sich auf dem Vormarsch – in Politik, Wissenschaft, Öffentlichkeit und Gesellschaft. Es profitiert dabei ohne Frage von seiner vermeintlichen Logik. Publizierfreudige Vertreter_innen des Konzeptes – allen voran die Nestoren Eckhard Jesse, Uwe Backes, aber auch Jürgen P. Lang, Rudolf van Hüllen, Hans-Peter Niedermeier, Armin Pfahl-Traughber, Steffen Kailitz, Mike Schmeitzner, Hans-Helmut Knütter, Alexander Gallus, Patrick Moreau [Pseudonyme: Peter Christian Segall, Hermann Gleumes], Rainer Zitelmann, Konrad Löw, Hubertus Knabe, Viola Neu, Florian Hartleb, Lars Flemming, Ralf Grünke, Andreas Morgenstern, Tim Peters und einige andere mehr – haben im Glanze einer vermeintlichen Wissenschaftlichkeit dafür gesorgt, dass Extremismus- und Totalitarismustheorie[n] in der medialen Öffentlichkeit und in der Schul- und Hochschulbildung wieder Relevanz erlangen konnten. Dass dies überhaupt möglich war, liegt unter anderem daran, dass seit Jahren Unmengen staatlicher Mittel für diese politisch motivierte Forschung bereitgestellt werden.

Die staatsoffiziell gewünschte Durchsetzung der Extremismustheorie in Zeiten der Krise ist einmal mehr Ausdruck einer Ausgrenzung von Konzepten gesellschaftlicher Veränderung unter Einbeziehung antikapitalistischer Positionen. Neue Programme des Bundesfamilienministeriums unter der Leitung von Kristina Schröder [vormals Köhler], die gegen »Linksextremismus« gerichtet sind, sowie die zunehmende Fokussierung auf »linke Gewalt«[21] sprechen eine deutliche Sprache. Die Ansage ist klar: Unter der schwarz-gelben Regierungskoalition wird sich der Druck auf linke Organisationen verschärfen. Dies schließt erheblichen Druck auf die Partei DIE LINKE mit ein, von der erwartet wird, dass sie sich in den »Verfassungsbogen« integriert. Es wird erwartet, dass sich [die potentiell regierungsfähige] DIE LINKE von der Thematisierung der Eigentumsfrage und »Schmuddel-Bündnispartnern« löst. Ein Hauptziel bleibt auch, dass die Herstellung einer breiten Akzeptanz extremismustheoretischer Ansätze garantieren soll, dass Zusammenhänge zwischen der Verschärfung der Krise sowie dem Abbau demokratischer Rechte und der damit einhergehenden Zunahme von sozialer Ausgrenzung, Nationalismus und Rassismus verschleiert werden.

Antifaschistische Linke Berlin :: [ALB] | 5/2010

21 Extremismus: Applaus von rechts für Kristina Köhler, in: DIE ZEIT, 12.02.2010.

WHICH Side are YOU on?



CHRISTOPH BUTTERWEGGE

FATALE GLEICHSETZUNG: DIE ENTSORGUNG DES RECHTSEXTREMISMUS

Die neue Bundesregierung begreift den Rechtsextremismus offenbar als bloßes Randgruppenphänomen. Ihre Gleichsetzung desselben mit Linksradikalismus und Islamismus bedeutet zugleich einen Paradigma- und Strategiewechsel.

Denn laut Koalitionsvertrag sollen die bestehenden Bundesprogramme gegen den Rechtsextremismus[1] mit einem Jahresbudget von zusammen 24 Mio. Euro *»unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen«* in allgemeine Projekte gegen Extremismus umgewandelt werden. Dadurch werden die Gefahren des Rechtsextremismus für die Demokratie relativiert – und bei stabilem Mittelaufkommen weniger Aktivitäten dagegen finanziert.[2]

Zurück in die 50er Jahre? Ins Bild passt dabei, dass der Koalitionsvertrag die *»Aufarbeitung des NS-Terrors und der SED-Diktatur«* im selben Atemzug nennt. Diese tendenzielle Gleichsetzung erinnert an die Totalitarismustheorie aus der Zeit des

1 »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« sowie »Kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus«.

[2] Im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung sollen zu den vorhandenen 24 Mio. der bestehenden Programme gegen Rechts zusätzlich 2 Mio. Euro bereitgestellt werden expliziet gegen linksradikale Ansätze.

Kalten Krieges. Während der 50er und frühen 60er Jahre wurden in der Bundesrepublik alle geistig-politischen Kräfte im Kampf gegen den Kommunismus mobilisiert. Was lag da näher, als diesen unter dem Oberbegriff »Totalitarismus« mit dem Nationalsozialismus mehr oder weniger explizit gleichzusetzen? Zudem gab es für das deutsche Bürgertum keine geeignetere Konzeption, um die eigene kampflose Preisgabe der Weimarer Republik als das Resultat einer »doppelten Frontstellung« gegenüber Rechts- und Linksextremisten zu entschuldigen, die geistigen Berührungspunkte mit dem Nationalsozialismus zu verschleiern und die selbstkritische Aufarbeitung der NS-Zeit überflüssig zu machen. Außerdem bot die Totalitarismustheorie eine Möglichkeit, die Mitschuld einflussreicher Gesellschaftskreise an der »Machtergreifung« des Hitlerfaschismus, genauer: der Machtübergabe an die Nazis, zu relativieren. Die Weimarer Republik sei, so hieß es, am Zusammenspiel der Verfassungsfeinde links- und rechtsaußen zugrunde gegangen.

Vor allem aber diente das Interpretationsmodell während der Ost-West-Konfrontation zugleich als innenpolitische Waffe gegen die demokratische Linke. Konservative unterstellten ihr, eine dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus wesensverwandte Herrschaft errichten zu wollen. *»Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau«* – so ein gegen die [wahrlich alles andere als »totalitäre«] SPD gerichtetes Wahlplakat der CDU aus dem Jahr 1953.

CDU | 1953

Die Totalitarismustheorie – und die aktuellere Variante der Extremismustheorie – eskamotieren[3], um partielle Gemeinsamkeiten zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus herauszustellen, deren grundlegende Wesensunterschiede.

Sicher: Gemeinsamkeiten zwischen beiden Regimen sind vorhanden; erinnert sei nur an die Praxis von Massenaufmärschen und Militärparaden, die Insignien des Führerkults, Machtrituale oder Uniformen paramilitärischer Verbände. Von zumindest gleichrangiger Bedeutung sind allerdings die Unterschiede zwischen beiden Herrschaftssystemen: *»Der Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie, der Sozialismus jedoch die Abschaffung des Kapitalismus an«*, betont Richard Stöss zu Recht.[4] Er schlussfolgert, dass der Rechtsextremismus prinzipiell antidemokratisch, der Sozialismus aber nur dann gegen die Demokratie gerichtet sei, wenn er [im Sinne einer »Diktatur des Proletariats« oder des Politbüros einer Kommunistischen Partei] missbraucht oder pervertiert werde.

NPD | 1972

Die Anhänger von Totalitarismus- und Extremismustheorie unterschlagen noch einen weiteren gewichtigen Aspekt, nämlich dass die Regime des Kommunismus und des Faschismus nicht nur ganz unterschiedlich an die Macht gelangten, sondern auch auf ganz verschiede-

Grafische und inhaltliche Anschlussfähigkeit von bürgerlichen und faschistischen Ideologien

[3] eskamotieren = etwas stibitzen bzw. geschickt verschwinden lassen, wegzaubern, wegmanipulieren. Französich: escamoter »beseitigen«, »stibitzen«

4 Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 18.

ne, ja regelrecht gegensätzliche Weise zu Grunde gingen. Während die »rechte Spielart des Totalitarismus« 1945 nach ihrem barbarischen Angriffs-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg militärisch gestürzt wurde, trat die »linke Variante des Totalitarismus« 1989/90 trotz der Verfügung über ein riesiges Gewaltpotential ab, ohne den geringsten militärischen Widerstand zu leisten [wenn man von Rumänien absieht].

Eine fatale Gleichsetzung. All diese wichtigen Unterschiede verwischt nun die schwarz-gelbe Koalition bis zur Unkenntlichkeit. Dass sich die neue Bundesregierung erneut auf die ausgetretenen Pfade der Totalitarismus- und, aktueller: der Extremismustheorie begibt, hat primär politisch-strategische Gründe. Denn auf diese Weise maßt sich eine fiktive »politische Mitte« an, konkurrierende Positionen links und rechts von ihr als »undemokratisch« zu stigmatisieren und so vom demokratischen Diskurs auszugrenzen.

Christoph Kopke und Lars Rensmann weisen darauf hin, dass Vertreter der Extremismustheorie die »Mitte« normalerweise dort verorteten, wo sie selbst stehen – obgleich sie oft selbst fest im rechten, nationalkonservativen Milieu verwurzelt seien: *»Die Extremismus-Theorie läuft [...] im Kern auf nichts anderes hinaus als auf die Rehabilitation eines undemokratisch verselbstständigten Staates, dem praktisch jedes Mittel recht ist und der jenseits der selbst definierten ‚politischen Mitte' niemanden duldet.«*[5]

Und in der Tat weisen die Arbeiten beispielsweise des Chemnitzer Politikprofessors Eckhard Jesse entsprechende analytische Schwachstellen auf. So lehnt es Jesse ab, die geistigen Hinter- und Beweggründe für Unterdrückungsmaßnahmen eines totalitären Regimes auch nur zu erörtern: *»Das Opfer totalitärer Mechanismen muss eine solche Differenzierung – Kommunismus als Deformation einer an sich guten Idee – als sophistisch, wenn nicht zynisch empfinden, ganz abgesehen davon, dass Ziele und Mittel vielfach ineinander übergehen.«*[6] Freilich ist die von Jesse verabsolutierte Opferperspektive wenig geeignet, ein sachliches und fachlich qualifiziertes Urteil zu fällen. Aus guten Gründen sitzen unabhängige Richter und eben nicht unmittelbar Betroffene über mutmaßliche Straftäter zu Gericht. Was aber im Strafprozess selbstverständlich ist, nämlich die Herkunft und Motive eines Angeklagten zu würdigen und nicht nur das Resultat der inkriminierten Handlung, sollte auch eine Grundvoraussetzung für die wissenschaftliche Bewertung von Parteien, Bewegungen und Herrschaftssystemen sein.

Folglich versucht Jesse auch, eine Konvergenz zwischen der Linkspartei, die er als *»weiche Spielart des Extremismus«*, und der NPD, die er als *»harte Variante des Extremismus«* charakterisiert, nachzuweisen. Sein Argument lautet, dass beide Parteien die Systemfrage stellten.[7]

5 Christoph Kopke und Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: »Blätter«, 12/2000, S. 1455.

6 Eckhard Jesse, Der Totalitarismus-Ansatz nach dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus, in: »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte«, 11/1991, S. 984.

7 Vgl. ders., »Extremistische Parteien« – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? In: APuZ, 47/2008, S. 9; vgl. auch

Ausgerechnet der schon zu DDR-Zeiten aufmüpfige Linkspartei-Vorsitzende Lothar Bisky muss mit dem Ausspruch *»Wir stellen die Systemfrage«* als Bürgerschreck herhalten, damit Jesse seine »Argumentation« zu »belegen« vermag. Dabei übersieht er freilich, dass Linke und Rechte unter »System« etwas völlig Verschiedenes verstehen: nämlich einerseits den Kapitalismus und andererseits die Demokratie.

Die regierungsoffiziell wiederbelebte Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus ist noch aus einem anderen Grund absurd: Denn während Personen aus freiem Willen aufhören können, Mitglieder der »herrschenden Klasse« zu sein, muss jemand, der aus Sicht der Rechtsextremen einer »falschen« Rasse angehört, tagtäglich befürchten, tätlich angegriffen oder gar getötet zu werden.

Sogar das Bundesverfassungsgericht widersprach jüngst implizit einer platten Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus, als es am 17. November 2009 in seinem Urteil zu den Gedenkmärschen für den »Hitler-Stellvertreter« Rudolf Heß die Strafvorschrift der Volksverhetzung rechtfertigte, welche die konkrete Meinungsfreiheit jener einschränkt, die die NS-Gewaltherrschaft rechtfertigen und verherrlichen.

Letztlich kaschieren Extremismus- und Totalitarismustheorien, dass die parlamentarische Demokratie weniger von den politischen Rändern als von den Eliten selbst bedroht wird, die ihre Privilegien durch Massenproteste gefährdet sehen und ihre Gegner als »Extremisten« brandmarken, um sie bei unentschiedenen Dritten in Misskredit zu bringen. Diese Theorien erklären wenig und vernebeln zudem das, was wichtig ist, um die genannten Phänomene mit Erfolg bekämpfen zu können: die sozialökonomischen Entstehungsursachen sowie das Wesen und die Wurzeln von Rechtsextremismus, Faschismus und gewalttätigem Neonazismus. Selbst politische Ziele und Motive der Personen, die als »Extremisten« [oder »Fundamentalisten«] etikettiert werden, bleiben auf diese Weise nebulös. *Dabei ist von entscheidender Bedeutung, warum eine politische Strömung entsteht, wogegen sie aufbegehrt, welche Interessen sie vertritt und welcher Mittel sie sich dabei bedient.*

Die Bundesregierung begibt sich mit ihrer Referenz an die These der »Extremisten von links und rechts« schnurstracks zurück in die ideologischen Schützengräben des Kalten Krieges. Das ist besonders deshalb bedauerlich, weil dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus auf diese Weise entscheidende finanzielle Ressourcen entzogen werden und seine Legitimation systematisch untergraben wird.

Christoph Butterwegge

aus: Blätter für deutsche und internationale Politik

Quelle: http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/januar/die-entsorgung-des-rechtsextremismus

---

Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008. Eine weitere Spielart markiert in diesem Kontext die Populismusthese; vgl. Christoph Butterwegge, Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus, in: ders. und Gudrun Hentges [Hg.], Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen und Farmington Hills 2008, S. 51 ff.

DONATELLA DONNOWITZ

ZWEI SEITEN – ZWEI MEDAILLEN

Ein Plädoyer für antifaschistischen Selbstschutz und eine notwendige Abgrenzung gegen faschistische Gewalt

»das schöne Wort [...] von den rot lackierten Faschisten«[1] Die bundesdeutsche Politik, der Verfassungsschutz, die Justiz, bürgerliche und konservative Parteien und Medien versuchen seit Jahren, faschistische Gewalt und antifaschistische Gegenwehr oder Selbsthilfe gleichzusetzen. Für diejenigen, die sich aktiv auf der Straße Neonazis in den Weg stellen, werden drakonische Strafen gefordert. Und es wird viel Aufwand betrieben, eine Solidarisierung oder gar Begeisterung der Bevölkerung für Umstände, in denen Nazis »auch mal selbst Opfer werden«[2], zu verhindern. Der folgende Text will den Unterschied zwischen neonazistischer Gewalt/Brutalität und antifaschistischem Selbstschutz in Inhalt, Bedeutung und Form aufzeigen.

Form, Ausmaß und Funktion nazistischer Gewalt. 144 Tote durch neofaschistische Gewalt seit 1990, die tagelangen Pogrome von Hoyerswerda [1991] und Rostock [1992], das Konzept der national-befreiten Zonen, der Kampf um die Straße, das Verherrlichen der versuchten Vernichtung an den Juden und Jüdinnen in Europa, der positive Bezug auf Krieg und Soldatentum – alles Merk-

1 Berlins Innensenator Körting zum Thema linke Gewalt im Dezember 2009.

2 Beispiel aus dem Jahr 2006, Berliner Kurier vom 1. Dezember 2006 zum Überfall auf die Neonazis Sebastian Zehlecke und Stefanie Piehl - »Neonazis ins Krankenhaus geprügelt!«: »Auszuteilen sind sie ja gewohnt. Aber diese Angst am eigenen Leib zu spüren? Mal selbst Opfer sein?«.

male neonazistischer Formierung in den letzten 20 Jahren. Der neonazistische Hass und dessen Gewaltförmigkeit gegen alles vermeintlich Fremde, Schwache, Unwerte, Jüdische, Kommunistische, Schwule ist weder Zufall noch zwingender Effekt einer sozialen Lage, sondern folgerichtige Ausprägung einer menschenverachtenden Ideologie. Einer Ideologie, die auf der Behauptung der Ungleichwertigkeit von Menschen beruht und auf der faschistischen Überzeugung eigener Überlegenheit, Stärke und Macht. Einer Ideologie, die das Individuum als wertlos gegenüber der Gemeinschaft betrachtet und die eigene [Volks]Gemeinschaft als wertvoller und wichtiger gegenüber allen anderen. Deren ideologischer Gehalt prinzipiell Menschen in Gruppen ungleicher Wertigkeiten einteilt und diese Gruppen dementsprechend behandelt wissen will und behandelt.

Gewalt und gewalttätiger Ausdruck finden ihren Ursprung in der faschistischen und nazistischen Ideologie. Schon in einem der frühen Texte des italienischen Faschismus von Luigi Freddis in »Il fascio« aus dem Jahr 1920 heißt es zur faschistischen Sicht auf Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung: *»Der Faustschlag ist die Synthese der Theorie. [...] Der gut gesetzte Faustschlag setzt jeder sinnlosen Polemik ein Ende, zum vollen Vorteil der Kürze und der Kraftersparnis. [...] Nichts ist eine stärkere Zusammenfassung als ein Pistolenschuss. [...] Höchst effizient, weil er die Möglichkeit einer weiteren Fortsetzung der Diskussion für immer ausschließt.«*[3] Hier wird deutlich, dass im Faschismus das Mittel der Gewalt elementarer ideologischer Bestandteil zum Erreichen von Dominanz und Hegemonie ist. Eine stetige, dialektische Prozesshaftigkeit gesellschaftlicher Abläufe, der darum möglich geführten Debatten, wird als sinnlose Polemik und Vorteil der Kürze [des Stärkeren/Mächtigeren] hervorgehoben.

Ein Zitat von Julius Streicher verdeutlicht den Gewaltfetisch und den Vernichtungswillen der Nazis und ihrer Ideologie: *»Seit Jahrtausenden vernichtet der Jude die Völker. Macht heute den Anfang, daß wir den Juden vernichten können!«*[4]. Die Vernichtung einer Menschengruppe fand im Projekt des nationalsozialistischen Deutschlands seine Umsetzung und konnte nur durch massive Intervention von Außen beendet werden.

Aber auch bei subkulturell geprägten Neonazis lassen sich schnell Beispiele für die Verherrlichung von durch Vernichtungswillen getragener Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung finden – zum Beispiel im Rechtsrock. Eines von unzähligen Beispielen sind die Lyrics der beliebtesten deutschen Rechtsrock-Band »Landser« in ihrem Lied: *»Schlagt sie tot!« – »Schlagt sie tot, schlagt sie tot – macht die Kommunisten nieder! Schlagt sie tot – schlagt sie tot –*

3 Zitiert nach ´»Geil auf Gewalt«, Jungle World Nr. 46, 12. November 2009, Online-Ausgabe.
4 Julius Streicher: Kampf dem Weltfeind. Reden aus der Kampfzeit 1920–1933, S. 30.

Schlagt die Kommunisten tot!«[5]. Gewalt ist Ausdruck, Mittel und elementarer Bestandteil faschistischer und nationalsozialistischer Ideologie und ist auch nur so begreifbar. *»Ja, so geht's mit den Brandstiftern. Und wenn sie mal irgendwo einen Nazi treffen, dann reden sie mit ihm. Sagen sie: „Na Arschloch!" [Lachen] Ist total wichtig, Man muss reden mit denen. [Lachen] Über Argumente kriegt man die immer. [langanhaltendes Lachen] Doch..., doch, probieren Sie's aus ... doch! Nach drei, vier Argumenten ihrerseits sagen die meisten: „Och, so habe ich das ja noch nie gesehen!" [Pause] Kognitiv sind die wahnsinnig flink. [Lachen]«*[6]

»aber manchmal ist es besser anzugreifen, sonst kriegst du ständig zuerst eins drauf«[7]

Ein einfacher Blick auf die politische Landkarte in Deutschland führt zur einsichtigen Erkenntnis, dass überall dort, wo die autonome Antifa stark ist, langfristig breiter angelegte Bündnispolitik betreibt, die neonazistische Rechte auf den Straßen [im öffentlichen Raum] zurückgedrängt wurde. Dass sich mittlerweile selbst in einigen ostdeutschen Städten Neonazis nicht mehr in bestimmte Viertel trauen, ihre menschenverachtende Gewalt gestoppt wurde und ein Neonazi sich heute dreimal überlegt, ob er das Polo-Shirt von adidas oder das T-Hemd mit Wehrmachtssoldaten trägt, ist ganz sicher nicht der Verdienst einer verschlafenen bürgerlichen Mitte und ihrer Polizei. Nur durch direkte und mitunter massive Intervention auf der Straße konnten Neonazis zurückgedrängt werden. Dabei galt lange Zeit unter antifaschistischen Aktivist_innen als Credo: »Ein Neonazi, der im Krankenhaus liegt, kann weder Linke überfallen noch ein Asylbewerber_innenheim anzünden.«

Der Antifaschistische Selbstschutz ist durchaus darauf ausgerichtet, nicht nur einen Abwehrkampf zu führen, sondern vorausschauend tätig zu werden. Direkte Angriffe auf Strukturen der Neonazis – Autos, Verlage, Wohnhäuser – sind in diesem Zusammenhang nur folgerichtig. Neonazistischer Ideologie den Boden zu entziehen, bedeutet eben auch, ihre Aufbereitung, Verbreitung und Umsetzung zu verhindern – den Akteur_innen ins Handwerk zu pfuschen. Dabei ist es weniger Aufgabe der Antifa, einen Neonazi schwer zu verletzen, sondern ihm das Gefühl der Sicherheit und des Herrenmenschentums zu nehmen. Ihm zu zeigen, dass sein Verhalten und seine Ideologie mit Widerstand zu rechnen haben. Dies kann auf unterschiedlichste Weise geschehen – kreativ mit Farbeiern am Wohnhaus, einem pink-gefärbten Auto, einem Outing-Flugblatt am Arbeitsplatz oder auch mal handfest auf dem Weg zum Aufmarsch oder zur Arbeit.

---

5 Zitiert nach lyricstime.com

6 aus: »Nachbarn«, Liebe II, Hagen Rether [Kabarettist], CD 2009

7 Quetschenpaua, Silvio Meier

»Nicht zu sehr so werden wie sie...«

Das Thema linke Militanz gegen Neonazis und ihre Strukturen ist mit einer enormen Verantwortung und Reflexion verbunden. Antifaschistische Gegenwehr ist notwendig – sie eignet sich allerdings nicht als subkulturelle Ausprägung einer vermeintlichen Jugendkultur und zum alleinigen Grund einer politischen Auseinandersetzung. Es bleibt festzuhalten: *»Antifaschistische Militanz hat ihren Zweck als Gegenwehr zu einer Ideologie, die Auschwitz zu verantworten hat – nicht mehr und nicht weniger!«*[8]. Folglich sollte immer wieder reflektiert werden, *welche Mittel* und *welche Aktionsformen wann* anzuwenden sind. Bestimmte Aktionen, die zwangsläufig das Leben eines Menschen bedrohen, seinen Tod billigend in Kauf nehmen, wie Brandanschläge auf Wohnhäuser oder aber der Einsatz von Messern und scharfen Waffen im Kampf gegen Neonazis, sollten für jede_n Antifaschist_in außer Frage stehen. Die Gefährdung Unbeteiligter muss ausgeschlossen werden, nichts sollte von Zufällen abhängig gemacht werden. Das sind prinzipielle ethische Entscheidungen, die auf einem emanzipatorischen Weltbild basieren. In einer Aktion – sei vom Verlauf her friedlich oder militant – drücken sich u.a. auch immer die dahinerstehende Idee von Emanzipation oder die utopische Vorstellung von angestrebten Lebensbedingungen aus.

Für radikale Linke sollte Antifaschismus – in welcher Form auch immer – selbstverständlich sein und auch Klarheit darüber bestehen, dass dies eine direkte Konfrontation mit Neonazis bedeuten *kann*. Die ist vor allem aber eine Frage der politischen Konzeption, Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit.

Ob ein_e Aktivist_in persönlich die direkte Konfrontation eingehen möchte, ist eine sehr individuelle Frage und ein – zumeist langanhaltender – tiefgreifender Prozess. Ein praktische und sprachliche Unterscheidung von Militanz, Gewalt und Brutalität sollte vorhanden sein und stets von Neuem geprüft werden. Gewalt[tätigkeit] darf in der politischen Konzeption und Dynamik weder Selbstzweck, Sport oder Spaß werden. Bekommt es diese Tendenz, sind zumeist machtpolitische, dominanzorientierte Entwicklungen der Hintergrund – nicht selten in patriachaler Ausprägung.

Abschließend bleiben in diesem Zusammenhang die Worte des niederländisch-jüdischen Schriftstellers Harry Mulisch aus seinem Roman »Das Attentat« genau zu diesem Thema:

»Wir müssen, damit wir sie bekämpfen können, ein bisschen von uns selbst aufgeben. Sie können einfach sie selbst bleiben. Wir müssen nur aufpassen, dass wir nicht zu sehr wie sie werden – dann hätten sie am Ende doch noch gewonnen ...«

Donatella Donnowitz

---

8 zitiert nach Fight Back, Nr. 3, Februar 2006, Seite 8.

SELBSTVERGEWISSERUNG DURCH DISTANZIERUNG

Das Prinzip Distanzierung, Solidarität und Bündnisarbeit – die Demokraten und ihre Selbstvergewisserung, wer dazu gehört und wer nicht. Gründe für eine Bündnisarbeit fernab von militanten Grenzen.

DIE LINKE in Bündnissen und deren Bedeutung für die Partei. DIE LINKE. versteht sich als Teil einer weltweiten Bewegung, die sich den existentiellen Bedrohungen durch den Kapitalismus in konkreten Kämpfen entgegenstellt. Für uns ist die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen gesellschaftlichen Akteuren wesentlicher Teil politischer Wirkungsmacht. Gerade dieses Zusammenspiel mit und die Verankerung in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen, antifaschistischen und antirassistischen sowie antimilitaristischen Gruppen ist entscheidend für die gesamtgesellschaftliche Kampagnenfähigkeit der außerparlamentarischen und parlamentarisch verankerten Linken. Selbstverständliche Bündnispartner/innen sind jene Menschen, die die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wollen, um den Kapitalismus zugunsten einer friedlichen, sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft zu überwinden; einer Gesellschaft, in der im Sinne von Marx *»die freie Entwicklung jedes Einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller«* ist. Darüber hinaus aber brauchen wir auch ein Bündnis mit Jenen, die innerhalb der ihnen gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen den Kampf gegen Patriarchat, Militarismus, Repression, Rassismus und Antisemitismus führen wollen.

Klar ist: Die unterschiedlichen außerparlamentarischen Gruppen haben nicht nur eine eigene Logik des politischen Handelns. Vielmehr resultieren daraus auch sehr unterschiedliche Organisationskulturen und Aktionsformen. Diese wiederum beinhalten jede für sich spezifische Stärken, Schwächen und Aufgaben. Trotz aller möglichen Widersprüche gibt es punktuell gemeinsame Interessen. So mit Gewerkschaften, Parteien, migrantischen Organisationen, Religionsgemeinschaften, Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Erst deren Zusammenwirken schafft die Voraussetzung für ein effektives Agieren für die vorgenannten gemeinsamen Ziele und damit hin zu einer fortschrittlichen Gesellschaftsveränderung. Gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung der unterschiedlichen Ansprüche und Herangehensweisen an Politik ist also Grundvoraussetzung für die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Interessengruppen und Organisationen. Wichtig ist, tatsächlich gesellschaftlich zu intervenieren. Das bedeutet aber nicht, in breiten Bündnissen Repräsentantinnen und Repräsentanten der »gesellschaftlichen Mitte« nicht mehr mit den Konsequenzen ihrer eigenen Politik zu konfrontieren. Diese Politik muss auch weiterhin in Frage gestellt werden. Bündnisse um der Bündnisse wegen darf es nicht geben. Das würde eher die Gefahr bergen, dass z.B. durch den Wunsch eines möglichst breiten Bündnisses totalitarismus- bzw. extremismustheoretische Positionen »geschluckt« werden.

Ein gemeinsames Agieren der LINKEN. mit anderen Parteien unter anderem gegen Faschismus und Rassismus oder gegen den Überwachungsstaat muss also selbstverständlich auch das Bündnis selbst zum Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen machen.

Natürlich ist auch die Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen, antifaschistischen und antimilitaristischen Gruppen und der LINKEN. nicht konfliktfrei; ja brachten manch herbe Enttäuschung – auf allen Seiten. Am deutlichsten bekommt das DIE LINKE. dort zu spüren, wo sie entweder bereits in Regierungskoalitionen ist bzw. vor einer potentiellen Regierungsbeteiligung steht. Dort wird seitens der bürgerlichen Parteien versucht, die DIE LINKE. besonders stark unter Druck zu setzen. Dreh- und Angelpunkt der Debatten sind Anmeldungen von antifaschistischen und antimilitaristischen Demonstrationen bzw. die Beteiligung von Funktionsträgerinnen und –trägern der Partei an solchen sowie die Zusammenarbeit mit der »radikalen« Linken.

Debatte mit denunziatorischem Charakter. Der seit Jahren von bürgerlichen Medien und konservativen Teilen der Gesellschaft angeführte gesellschaftliche Diskurs um die so genannte Innere Sicherheit wird mehr und mehr mit dem Ziel der Polarisierung zugespitzt. Dies geschieht nicht zuletzt mit dem Ziel, die außerparlamentarischen Linken [antimilitaristischen, antifaschistischen, antirassistischen u.a. Gruppen] und die parlamentarische LINKE. durch Ent-

solidarisierung und Distanzierung von- und untereinander zu schwächen [nach dem Prinzip »Teile und herrsche«]. Dies ist wenig verwunderlich, denn die durch die Wirtschaftskrise verschärften sozialen Widersprüche führen zu einer verstärkten Kritik am global agierenden Kapitalismus. Eine sich dadurch stärkende linke Bewegung, eine potentiell verstärkte Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gruppierungen des linken Lagers, soll torpediert werden. Dabei ist die Auseinandersetzung um Militanz das Einfallstor für die Frage, wer mit wem in der Linken zusammenarbeiten darf. Staatsschutz, Verfassungsschutz und andere Strafverfolgungsbehörden, aber auch konservative PolitikerInnen in Politik, Wirtschaft und Medien, nutzen ihre Möglichkeiten, um einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Partei DIE LINKE. und den außerparlamentarischen Linken gezielt entgegenzuwirken. Insbesondere durch die Etikettierung als »verfassungsfeindlicher Extremismus« wird Links und Rechts gleichgesetzt, der Widerstand gegen Nazis und gesellschaftliche Ungleichheit mit der reaktionären Hetze von NPD und Kameradschaften auf eine Stufe gestellt. So wird einerseits der Faschismus verharmlost und andererseits der Versuch unternommen, das antifaschistische Lager durch »Abschreckung« in «[nichtmilitante] gute AntifaschistInnen und oder Linke« und »[militante, also] böse AntifaschistInnen und oder Linke« zu spalten.

Im Mittelpunkt der Denunziationskampagne stehen dabei Aktionsformen, die sich gegen Institutionen, die Ungleichheit und Gewalt hervorbringen, richten: z.B. gegen Ämter, die mit Hartz IV zu tun haben und deshalb mit Repression in Verbindung gesetzt werden, gegen Rüstungskonzerne, Bundeswehr und Militärlogistik wie DHL und Deutsche Post AG, die mit weltweiten Kriegen [beide für das US-Militär im Irak und auch für die Bundeswehr in Afghanistan] assoziiert werden, oder die Deutsche Bahn, die Castortransporte durchführt. Gerade in Großstädten wie Berlin und Hamburg sind es aber auch Aktivitäten gegen Luxussanierungen und Fragen der Stadtumgestaltung nach neoliberalen Maßstäben, die zu Protesten führen. Der öffentliche Diskurs über Militanz wird erfahrungsgemäß auf »die Militanz als Sicherheitsproblem« oder »Sozialneiddebatten« [brennende Autos] reduziert und so eine Auseinandersetzung über die eigentlichen Konflikte verhindert. Das meint auch Hans-Gerd Jaschke, der als Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin angehende Polizistinnen und Polizisten unterrichtet und er kommt zu dem Schluss: *»Das ist ein Fehler.«* Stattdessen sollte z.B. die Berliner Landespolitik die Stadtentwicklung und damit verbundene gesellschaftliche Probleme stärker zum Thema machen.[1] Genau das soll aber verhindert werden. Jeder Zusammenhang zwischen dem – im wahrsten Sinne des Wortes – über Leichen gehenden Kapitalismus, seinen weltweit agierenden militärischen und unternehmerischen Strukturen und seinen innenpolitischen Kausalitäten soll verschwiegen werden.

1 http://www.tagesspiegel.de/berlin/Linksextremismus;art270,2976599 | Zugriff: 13.5.2010

In der kapitalistischen Gesellschaft bestehen strukturelle Gewaltverhältnisse. *»Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.«*, schrieb Karl Marx im ersten Band des Kapitals im 19. Jahrhundert. Auch 150 Jahre später hat die in dieser Aussage steckende Kritik an den strukturellen Gewaltverhältnissen, die im Kapitalismus begründet sind, nichts an Aktualität verloren.

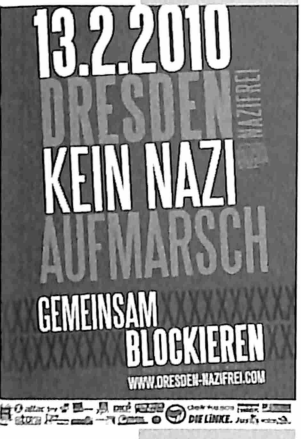
Damit sind nicht nur offene Handlungen von Gewalt wie Kriege gemeint, die heute als «humanitäre Interventionen« oder »Kampf gegen den Terror« gesellschaftlich legitimiert und gewünscht sind. Es geht auch um den staatlichen Rassismus, wie der im Umgang mit Flüchtlingen [Abschiebungshaft, Abschiebungen, Residenzpflicht etc.]. Es geht um eine Gesellschaftsordnung, die einen überwiegenden Teil der Menschheit dazu zwingt, entweder in absoluter oder zumindest in relativer Armut zu leben; mit z.T. dramatischen physischen und psychischen Folgen, die bis zu selbstzerstörerischem Verhalten wie Suizid führen können. Die Zugehörigkeit zu einer »sozial benachteiligten« Gruppe bedeutet automatisch eine Position der Unterdrückung und Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Gewalt in diesem Zusammenhang bedeutet z.B. für Erwerbslose, dem ständigen Druck von Behörden, Medien und Politik sowie dem immer stärker werdenden Zwang ausgesetzt zu sein, mit anderen Menschen um einen Job und damit um ein halbwegs menschenwürdiges Dasein konkurrieren zu müssen. Nicht zu vergessen die ganz alltägliche Ausbeutung in einem »Normalarbeitsverhältnis«.

Die Gewaltförmigkeit der bestehenden Verhältnisse wird gezielt durch die Debatte über die vermeintliche Militanz des Widerstandes überdeckt – dieser soll dadurch unmöglich gemacht werden. Den Apologeten von Totalitarismus- und Extremismustheorien geht es dabei überhaupt nicht um Gewaltfreiheit. Ihnen geht es darum, dass das staatliche Gewaltmonopol, das die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse sichert, nicht in Frage gestellt werden darf. Genau dies tun zumindest in gewisser Hinsicht Blockaden, Besetzungen und Störaktionen. Genau so wichtig wie die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols ist aber natürlich auch die Definitionsmacht über den Gewaltbegriff und die damit einhergehende Einstufung als »extremistisch«.

Nicht entsolidarisieren [lassen]! Immer wieder stehen Personen des Öffentlichen Lebens aus linken Kreisen wegen Unterstützung »extremistischer« Organisationen im Fokus der Medien. Grund ist beispielsweise ihre Mitgliedschaft in der Rechtsschutzorganisation Rote Hilfe. Jüngst diente die Einstufung der Roten Hilfe im Verfassungsschutzbericht und die Mitgliedschaft im Verein als Vorwand für

die Ausladung einer linken Bundestagsabgeordneten von der Talkshow »Anne Will«, obwohl die Rote Hilfe lediglich versucht, Angeklagten rechtsstaatlich gebotenen juristischen Beistand zuteil werden zu lassen und Bürger/innenrechte zu verteidigen. Was daran extrem oder gar »extremistisch« sein soll, wenn Menschen der Rechtsbeistand und die moralische Unterstützung in strafrechtlichen Verfahren zuteil wird, bleibt dabei im Nebulösen.

Unabhängig davon, ob es sich um Repression durch polizeiliche Gewalt auf Demos, um den Umgang mit Flüchtlingen oder die Sicherheitsarchitektur zur Veränderung öffentlicher Räume geht: Von staatlicher Seite wird auf innergesellschaftliche Spannungen zunehmend mit einer härteren Gangart begegnet. Kritik und Widerstand soll im Keim erstickt, kritische Stimmen zum Schweigen gebracht bzw. Proteste auf von staatlicher Seite vorgegebene vermeintlich demokratische Aktionsformen festgelegt werden. Bestes Beispiel sind die Aktivitäten am 13. Februar 2010 in Dresden gegen den Naziaufmarsch. Dort vereinnahmte die Oberbürgermeisterin von Dresden, Helma Orozs, im Zusammenspiel mit den Behörden [einschließlich Polizei] im Handstreich den Anti-Nazi-Protest und erklärte die von ihr mitinitiierte Menschenkette zum einzig demokratischen Protest und zur einzig »würdigen« Form des Gedenkens. Den in diesem Sinne »dialogbereiten« respektive dem vermeintlich demokratischen Spektrum wurde entsprechend ein offenes Forum geboten. Die anderen werden als »Gewaltbereite« bzw. »Militante« kriminalisiert. Wer sich aus Sicht der Konservativen und Sicherheitsbehörden nicht hinreichend von diesen »Gewaltbereiten« bzw. «Militanten« distanziert sowie deren Kriminalisierung selbst bei Umgehung propagierter rechtsstaatlicher Methoden nicht mit trägt, wird selbst Ziel politischer Anfeindungen. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan J. Kramer, der selbst an der Menschenkette teilgenommen hat, sagte dagegen: *»Hätten sich die Blockaden nicht als so erfolgreich erwiesen, hätte auch die Menschenkette keinen Erfolg gehabt«.* Auch Nora Goldenbogen, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, würdigte die Aktivitäten des Bündnis ‚Nazifrei – Dresden stellt sich quer'. *»Ohne sie hätten wir unsere Aktion nicht durchziehen können.«*[2]



Begehrtes Objekt – auch bei Staatsanwaltschaften: inkriminiertes Blockade-Plakat des Bündnisses »Dresden Nazifrei!«

Unabhängig also von der Frage, welche Vorgehensweise, im Detail der/die Einzelne und die beteiligten Organisationen und Gruppen richtig finden oder verwirklichen könnten, muss es genau um diese Abstimmung des Widerstandes und gegenseitige Akzeptanz geben. Das heißt, dass sich die stattfindenden unterschiedlichen Protest- und Widerstandsformen solidarisch zueinander verhalten, konstruktiv ergänzen und sich im Wechselspiel zu einem gemeinsamen Erfolg verhelfen müssen.

LAG Antifaschismus in DER LINKEN.

2 http://www.zentralratdjuden.de/de/topic/70.html

A CLASSIC CONFRONTATION
SILVER SURFER
V
TORCH!

MEZZE WOLF

MONOPOLE UND GEWALT

Bürgerlicher Staat, Gewalt und Repression – oder warum sich über die Gleichsetzung von links und rechts in bürgerlichen Theorien überhaupt wundern?

Mit treudoofem Hundeblick – und man glaubte ihr das auch – schwelgte Angela Merkel zum Jahresbeginn in Erinnerungen an den Mauerfall: *»Mein erstes Silvester in Freiheit – es war einmalig. Es war wunderbar«*. Zwei Atemzüge später denkt sie bei den *»Aufgaben«*, die *»uns«* im neuen Jahr *»viel abverlangen«* werden, zuallererst an *»Polizisten und Soldaten«* und *»weiss um die Härte und Gefährlichkeit ihres Auftrages«*.[1] Wie geht das zusammen? Muss man der Frau politische Schizophrenie bescheinigen? Doch ohne es zu wollen, sagte die Bundeskanzlerin das Richtige: Im bürgerlichen Staat sind Gewalt und Freiheit zwei Seiten derselben Sache.

Bei Repression und Staatsgewalt denkt man gewöhnlich an Schlagstockeinsätze, Wasserwerfer, Überwachungskameras und Vorratsdatenspeicherung. Einige KritikerInnen lassen sich zur Aussage hinreißen, dass der Staat auf dem rechten Auge blind sei – dass er beim Überwachen, Verfolgen und Bestrafen links und rechts gleichsetze, indem er beiden Seiten Extremismus vorwerfe. Obwohl Unterschiede leicht erkennbar seien.

Gewalt. Es stellt sich die Frage, ob die Gewalt des bürgerlichen Staates nicht viel früher anfängt. Hat reale staatliche Gewalt nicht dort ihren Anfang, wo den BürgerInnen – auch den braveren –

1 Angela Merkel, Neujahrsansprache 2010

die Lebensbedingungen diktiert werden, unter denen sie zurecht kommen müssen? Jeder kennt dieses Diktat, dass sich in der Form von politischen Beschlüssen vorträgt, die vom Parlament in Gesetze gefasst werden. Inhalt des Diktats und erste Lebensbedingung für jeden ist die Verpflichtung auf Geld als Mittel zur Bedürfnisbefriedigung. An keinen Apfel ist ranzukommen, ohne diesen Stoff vorher auf den Tisch gelegt zu haben, und auch pinkeln gehen kann hierzulande schon was kosten.

Wenn nun gleichzeitig Sparprogramme beschlossen werden – daran sichtbar, dass der Geldbeutel am Ende des Monats wieder leer ist – sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass »Geld verdienen« zum primären Lebensinhalt wird. Dass dies das genaue Gegenteil eines gütlichen Miteinanders ist, zeigt die alltägliche Gewalt, die nötig ist, um es am Laufen zu halten: Jeder Kauf-, Miet- und Arbeitsvertrag ist ein Geben und Nehmen in Form einer wechselseitigen Erpressung, um den reibungslosen Ablauf zu garantieren, stehen sämtliche Verträge unter staatlicher Aufsicht. Über die Einhaltung wachen die dafür vorgesehenen staatlichen Stellen, bei Nichteinhaltung droht Schadensersatz und Strafe.

Freiheit. Jetzt kommt der schwierige Teil. Wo bleibt die Freiheit? Im Alltagsverstand heißt Freiheit »ich kann tun und machen, was ich will«. Dies mag in einer menschenleeren Wüste möglich sein, wo der freien Willensentfaltung keine Grenzen gesetzt sind. Zumindest nicht durch andere Menschen, allenfalls durch die Natur. In Gesellschaft kann Handlungsfreiheit jedoch nicht existieren – es sei denn im Verhältnis zu einer herrschenden Macht. Oder andersherum: ohne Herrschaft ist Freiheit – logisch zu Ende gedacht – ein Ding der Unmöglichkeit: Des einen Freiheit wäre des anderen Unfreiheit. Entweder herrschte »das Recht des Stärkeren« oder es gäbe eine Absprache der Beteiligten über ein gemeinsames Projekt. Beides ist nicht, was man unter Freiheit versteht.

Ein umfassendes Regelwerk von Erlaubtem und Verbotenem garantiert die »Freiheit des Einzelnen« in der kapitalistischen Gesellschaft. Jeder Furz ist entweder gestattet oder untersagt. Freiheit ist als Bewegungsspielraum einer Person definiert, verordnet, geschützt, und wird mit Gewalt durchgesetzt. Freiheit wird gewährt – solange sie nicht die ebenso geschützte Freiheit eines andern beeinträchtigt. Die Freiheit, in Gesellschaft »zu tun und zu lassen, was man will«, ist also nur im Rechtsstaat möglich, einem gewaltsam hergestellten System von Rechten und Pflichten. Und staatlicher Zwang zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit ist keine Ausnahme, sondern Alltag im rechtsstaatlich verfassten Gemeinwesen. Wer würde sonst bei Aldi die Finger von der Schokolade lassen, wenn er nicht wüsste, dass dies eine Straftat ist.[2]

2 Das bürgerliche Prinzip der Gleichheit konnte aus Platzgründen hier nicht behandelt werden. Gleichheit verhält sich zur Herrschaft im selben Sinne wie Freiheit

Eigentum. Soll Freiheit nicht nur gedacht, sondern praktiziert werden, braucht sie den Zugriff auf ein reales Objekt, über das frei entschieden, verfügt werden kann. Stoff der Freiheit sind Bruchstücke, produzierte und nicht produzierte Teile der Welt. Es ist die bekannte bürgerliche Ordnung der Welt: Alles, was es gibt, gehört immer dem einen oder dem anderen. Und wenn es dem einen gehört, dann darf der damit machen, was er will und der andere gar nichts.

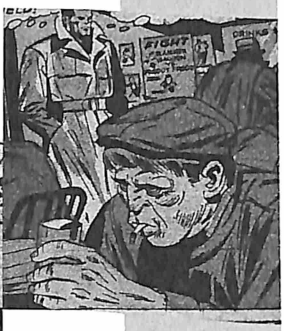
Insofern ist die Gewährung von Freiheit nichts anderes als die Einrichtung von Eigentum. Freiheit ist die politische, rechtliche Form des Privateigentums. Sind Freiheit und Eigentum eingerichtet, ist die Entstehung gesellschaftlicher Klassen eine zwangsläufige Konsequenz. Wenn mit dem ausschließenden Zugriff auf eine Sache, dem Eigentum, das Recht auf Freiheit realisiert wird, dann heißt dies: Benutze die Macht, die du mit deinem Eigentum auf andere ausüben kannst. Ein Teil gewinnt, der andere verliert und behält als Eigentum nur noch sich selbst und die Verfügung über sein Arbeitsvermögen. Dann gibt es die einen, die Arbeitskraft anwenden, und die anderen, die angewandt werden. Dann gibt es Arme und Reiche – die funktionelle Arbeitsteilung im Kapitalismus.

Zustimmung: Was der Bürger muss, das will er. Man mag einwenden, dass dies nichts Neues sei, viel wichtiger sei doch, dass die Bevölkerung sich positiv zu dieser Gesellschaftsordnung stellte! Zu klären wäre hier die Reihenfolge. War zuerst die Zustimmung oder zuerst die Ordnung? Erstaunlicherweise ist es nicht wie bei Huhn und Ei: Keiner wurde bei der Geburt gefragt, ob ihm das Leben im Kapitalismus gefalle, und auch später wurden dazu keine Erkundigungen eingeholt. Die Zustimmung des Bürgers ist also gar nie die Voraussetzung, sondern stets die Folge bereits eingerichteten staatlichen Zwangs.

Die Zustimmung des Bürgers zur freiheitlich demokratischen Grundordnung [FDGO] verlangt von ihm eine doppelte Existenz: Zum einen ist er handelndes Subjekt, das im gesetzten Rahmen frei seinen Interessen nachgehen darf und soll. Er soll »sein Glück machen« in dieser Welt und seine Mittel in der erlaubten Weise zum Einsatz bringen. Zum andern wird er gerade darin Instrument fremder Interessen. Je mehr er sich für den eigenen Vorteil abstrampelt, umso besser erfüllt er den Zweck der Geldvermehrung anderer.

Der Ausweg aus diesem peinsamen Konflikt zwischen Macht und Ohnmacht wird millionenfach gegangen. Weil die Ordnung ihm die Verfolgung seiner Interessen erlaubt, sieht er in berechnender Weise von diesen Interessen ab und nimmt die Schranken, die die Ordnung ihm auferlegt, nicht mehr als Hindernisse, sondern als Mittel fürs individuelle Fortkommen wahr. Die Welt wird zur »Herausforderung« und er zum Schnäppchenjäger. So ist der bürgerliche Staat ein Zwangskollektiv, das auf dem Willen seiner Untertanen beruht.

Erlaubte Kritik. Dem demokratischen Untertanen nun zuzurufen, es sei ja keine echte Freiheit, die er da genieße, geht an der Sache vorbei. Wenn's drauf ankommt, weiß noch jeder Bürger den Zusammenhang von Freiheit und Herrschaft richtig herzusagen. Dann beherrscht er meisterhaft den Satz »wenn jeder das täte«. Wenn's nicht drauf ankommt, gefällt er sich als Spiegelbild des Herrschaftskritikers. Die beiden reden über dasselbe und treffen sich doch nie: Wo dieser die Freiheit vor lauter Herrschaft nicht erkennen mag, leugnet der Bürger die Herrschaft wegen der Freiheit, die ihm gewährt wird. Das erklärt wiederum die seltsam aufgeblähte Selbstwahrnehmung eines freien und kritischen Bürgers. Seine Kritik an allem und jedem ist ihm eine Herzensangelegenheit, die stets und ausschließlich – wenn man genau hinschaut – als Ruf nach besserer Herrschaft vorgetragen wird.



Was das freie Eigentum produziert, ist bekannt: Reichtum auf der einen, und Armut auf der anderen Seite. Eine Minderheit lebt in Luxus und weltweit steigt der Hunger. Die Natur wird sicher und stetig zerstört, und viele Menschen werden in kleine und große Kriege geschickt. Wär's ein anderes System, hätte man ihm diese Zustände längst als Wesensmerkmal zur Last gelegt und zu seiner Vernichtung geblasen. Nicht so in der Welt des kapitalistischen Geschäfts. Weil er auf »die Freiheit« nichts kommen lässt, da er die Konkurrenz als sein Mittel ansieht, im Leben vorwärts zu kommen, fasst der Bürger nicht die Abschaffung dieser Produktionsweise ins Auge, sondern das Gegenteil: er formuliert seine Kritik als Verbesserungsvorschlag.

Dabei wird er recht oft auch radikal. Wenn er sich auf die Suche nach den Schuldigen einer Misere macht und sie zum Beispiel in übertriebener Habsucht, Gier, Hinterlist oder Unmässigkeit seiner Mitbürger entdeckt, kann er sehr ausfallend werden. Als Variante des Konkurrenzbetriebes ist diese Kritik erlaubt, oder sogar erwünscht. Solange sie die Vorschriften der erlaubten Meinungsäusserung einhält, trägt sie zur Förderung des Allgemeinwohls bei.

Extremismus. Ganz anders wird Kritik behandelt, wenn sie in den Ruch der Staatsfeindschaft gerät. Wo der Staat staatsfeindliches Engagement entdeckt, entwirft er spezielle Verfahrenweisen. Was als politische Straftat beurteilt oder einsortiert wird, erfährt eine gesetzliche Sonderbehandlung, die sich gar nicht mehr auf die materielle Tat bezieht. Ein Diebstahl ist dann nicht mehr ein gewöhnlicher Diebstahl, bei dem es darauf ankommt, auf den Willen des Täters Einfluss zu nehmen und ihn zu »korrigieren«. Einen Willen, der als feindlich angenommen wird, gilt es zu kontrollieren, zu neutralisieren und gegebenenfalls aus dem Verkehr zu ziehen.

Die kontinuierliche Überprüfung der Bevölkerung auf staatsfeindliches Potential findet nicht erst seit gestern statt. Sie gehört prinzipiell

zur Absicherung bürgerlicher Freiheit. Je nach politischer Lage hat sie mal mehr, mal weniger Konjunktur. Flächendeckende Bespitzelung ist nicht nötig, solange sich die Mehrheit der Bürger dem Staatszweck frei unterordnet und geschäftig mitmacht.

Es ist richtig, dass Linke wie Rechte aus ganz unterschiedlichen Gründen in den Verdacht der Staatsfeindschaft geraten. Linke wollen im Allgemeinen den sozialen Ausgleich zwischen reich und arm, was landläufig als ein ehrenwertes Anliegen, nicht als ein Verbrechen verstanden wird. Wenn sie jedoch zu diesem Zweck das »System« aufs Korn nehmen, geraten sie automatisch – egal ob sie richtige oder falsche Argumente ins Feld führen – ins Visier der Staatsschützer. Faschisten auf der anderen Seite könnten zu Recht darauf hinweisen, dass sie gar keine Staatsfeinde sind. Im Gegenteil, sie sind Staatsfanatiker, denen jedoch ihre Demokratiefeindschaft zur Last gelegt wird. Nach beiden Seiten fällt der Staat jedoch die Entscheidungen nach seinen, und nicht nach ihren Kriterien. Zur ideologischen Verwirrung bezahlt er gerne noch ein paar Akademiker, die passende Theorien von Extremismus und Totalitarismus produzieren.

Was tun? In der Gleichsetzung von rechts und links in Extremismus- und Totalitarismustheorie erkennt man leicht die einfältige Logik des Analogieschlusses. Widerlegen kann man diese Logik kaum, da der Analogieschluss zwar als Argument daherkommt, aber keines ist. Wenn aus der Ähnlichkeit zweier Merkmale die Wesensgleichheit zweier Erscheinungen hergeleitet wird, ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Absicht stand schon vorher fest. Kohls Kopf ist rund, die Birne ist rund, also ist Kohl eine Birne. Dies ist ein Analogieschluss, und die Absicht ist klar: man macht sich über die Dummheit eines Bundeskanzlers lustig. Wer nachweisen will, dass Kohls Kopf keine Birne ist, hat zwar Recht, aber den Witz verpasst.

Ebenso leitet sich, zum Beispiel, aus der Ablehnung des bürgerlichen Parlaments bei KommunistInnen und Faschisten nur ab, dass beide politischen Programme dem bürgerlichen Parlament eben nicht viel abgewinnen können. Wer die beiden Programme gleichsetzt, verfolgt eine Absicht, die schon vorher feststeht und die sich nicht aus der Analogie ergibt. Und den Witz hat verpasst, wer sich darüber echauffiert, dass Staat, Politiker und Bürger solch unlautere Denkfiguren produzieren.

Um zu verhindern, eine politische Praxis zu betreiben, die mit falschen Argumenten auftritt oder falsche Gegner benennt, ist ein Stück Klarheit in der Theorie nicht zu verachten. Man kann sich aus verschiedenen Gründen gegen die Gleichsetzung von rechts mit links wenden:

Entweder man ist der Meinung, dass die eigene Vorstellung von einer menschenfreundlichen Kritik zu Unrecht mit dem braunen Sumpf in einen Topf geworfen werden dürfe. Man selber trete doch mit sauberer Weste und reinem Herzen an; dann sorgt man sich lediglich um

seinen guten Namen und will die moralische Integrität des eigenen Anliegens gegen den braunen Mob retten.

Oder man hält die Einschätzung für korrekt, dass der Staat zur Aufrechterhaltung der freiheitlichen Marktwirtschaft den gegensätzlichen Interessen ihre Betätigung gestattet und die Gewaltmittel einsetzt, um diese Gegensätze produktiv zu machen; dass die einen arbeiten sollen, damit die anderen Reichtum vermehren; dass die Aufrechterhaltung von Freiheit und Privateigentum ohne eine ganze Repressionsmaschinerie nicht zu haben ist. Und wer auch immer dies für eine Systemfrage hält, von dessen politischen Inhalten wird abstrahiert und er wird als Systemgegner behandelt. Dann sind Extremismus- und Totalitarismustheorien nichts als eine Rechtfertigung staatlichen Zuschlagens gegen rechts und links.

Der Staat nimmt sich die Freiheit, Gegner seiner demokratischen Staatsform nach eigenem Gusto abzuservieren. Zur Zeit bläst der Staat zur Propagandaoffensive gegen links. Dieser vulgären Propagandaoffensive muss sich die Linke inhaltlich und praktisch entgegenstellen, eigene Positionen und Aktionsformen verteidigen, für diese werben sowie im Bündnis mit möglichst vielen fortschrittlichen Kräften die Gleichsetzung von links und rechts zurückweisen. Das beste Mittel gegen Konservative und Rechte ist immer noch eine starke Linke.

METZE WOLF | 3/2010.

WOLFGANG WIPPERMANN

»SISTEMA TOTALITARIO«

Zur Kritik der Totalitarismus-Ideologie

Sie wollen ein »sistema totalitario« – ein totalitäres System – in Italien einführen, warf der Antifaschist Giorgio Amendola dem selbsternannten »duce« [= Führer] der italienischen Faschisten, Benito Mussolini, im November 1923 vor.[1] Davon war der erst ein Jahr zuvor zur Macht gekommene Mussolini jedoch noch weit entfernt.[2] Auch später ist es ihm nicht gelungen, die konkurrierenden Gewalten von Kirche, Krone, Militär und nicht zuletzt auch der Industrie gleich- oder gar auszuschalten. Dennoch hat er es versucht, weshalb Mussolini den Vorwurf Amendolas keineswegs zurück wies, sondern ebenso stolz wie trotzig erklärte, dass sein Ziel tatsächlich die Errichtung eines *»stato totalitario«* – eines totalitären Staates – sei. Aus dem antifaschistischen Schlagwort war eine faschistische Selbstbezeichnung geworden.

Diese wollten die Antifaschisten um Giorgio Amendola nicht dulden, weshalb sie ihren Vorwurf durch den Vergleich des faschistischen mit dem bolschewistischen System ergänzten. Beide *»totalitäre Systeme«* stellten, wie Amendola formulierte, eine *»totalitäre Reaktion auf Freiheit und Demokratie«* dar.[3] Der Liberale Francesco Nitti stimmte

1 Zitiert nach: Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Manfred Funke [Hrsg.], Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978, S. 105-128, S. 123.

2 Dies auch deshalb, weil es Amendola unterlassen hat, den Neologismus »totalitaria« näher zu definieren. »Totalitaria«, bzw. wie die durchaus zutreffende deutsche Übersetzung »totalitär« lautet, ist nämlich keineswegs gleichbedeutend mit »total«. Ein »totalitärer« gleicht sich einem »totalen Staat« nur an. Doch wie weit dies der Fall ist, bzw. nach der Definition sein muss, ist auch in den späteren Totalitarismustheorien nicht genau bestimmt worden.

3 Gemeint war die parlamentarische Demokratie, die damit zum positiven und nicht mehr hinterfragbaren Gegenbild zum negativen Totalitarismus avancierte. Dieses Moment ist auch in allen anderen Totalitarismustheorien anzutreffen, welche die parlamentarische Demokratie gegen alle Kritik in Schutz nehmen, weil dieses politische System immer noch besser ist als das totalitäre.

Plakat der Hamburger SPD im Wahlkampf, bereits 1924

Plakat der SPD im Wahlkampf, 1932

Amendola zu und behauptete, dass *»Faschismus und Bolschewismus«* nicht auf *»entgegen gesetzten Grundsätzen«* basierten, sondern die *»Verleugnung derselben Grundsätze von Freiheit und Ordnung«* bedeuteten.[4] Der Führer der von den Faschisten verbotenen katholischen Partei der Popolari, Luigi Sturzo, brachte diese Rechts-Links-Gleichsetzungen[5] auf die einprägsame Formel, wonach es sich beim Faschismus um einen »Rechtsbolschewismus« handele, während der Bolschewismus als »Linksfaschismus« anzusehen sei.[6]

Kaum etwas an diesen Behauptungen war richtig.[7] Der faschistische Staat in Italien hatte weder damals noch später einen »totalitären« Charakter. Seine Ähnlichkeit oder gar Wesensgleichheit mit dem bolschewistischen ist niemals bewiesen worden. Die Neologismen »totalitär« und »Totalitarismus« waren zumindest damals nichts anderes als politische Kampfbegriffe. Meines Erachtens sind sie es auch bis heute geblieben. Andere Autoren sehen dies anders. Sie sprechen von »Totalitarismustheorien,« d.h. von wissenschaftlichen Lehren, die nur dann einen wirklich theoretischen Charakter haben, wenn sie empirisch auch bewiesen werden.[8] Was war Totalitarismus wirklich: Politischer Kampfbegriff und Ideologie oder wissenschaftlich bewiesene Theorie?[9]

Einen theoretischen Charakter hatten die Vergleiche, die Otto Bauer, Georg Decker, Alexander Schifrin und einige andere deutsche und österreichische Sozialdemokraten zwischen dem italienischen Faschismus und dem russischen Bolschewismus durchführten, wobei sie sich auf die Bonapartismustheorie von Marx und Engels stützten.[10] Von Totalitarismus oder totalitär war dabei jedoch nicht die Rede. Außerdem wurden diese frühen Vergleiche nicht fortgeführt. Die deutschen Sozialdemokraten, die in den 1920 und 1930er Jahren die verhassten Kommunisten nicht selten als »Kozis« titulierten und mit den »Nazis« auf eine Stufe stellten, weil es sich dabei um *»gleiche Brüder mit ungleichen Kappen«* handelte, gebrauchten »totalitär« dagegen als bloßen Kampfbegriff. Damit antworteten sie auf den kommunistischen Kampfbegriff des »Sozialfaschismus,« womit die Sozialdemokraten ge-

4 Francesco Nitti, Bolschewismus, Fascismus und Demokratie, München 1926, S. 53.

5 Diese Rechts-Links-Gleichsetzung ist das dritte und zugleich entscheidende Definitionskriterium des Totalitarismus. Das heißt, dass ein Regime erst dann als »totalitär« bezeichnet werden kann, wenn es Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten sowohl mit faschistischen wie kommunistischen aufweist. Doch welche das sind oder sein müssen, ist erst in den späteren Totalitarismustheorien näher ausgeführt und bestimmt worden.

6 Luigi Sturzo, Italien und der Faschismus, Köln 1926, S. 225.

7 Richtig ist allenfalls die Behauptung, dass sich Faschismus und Kommunismus gegen die parlamentarische Demokratie gewandt haben. Dies aber aus anderen Gründen und mit anderen Zielen.

8 Die wichtigsten Überblicke und Sammelwerke sind: Bruno Seidel/Siegfried Jänicke [Hrsg.], Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968; Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffs, Berlin 1971; Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart 1976; Manfred Funke, Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978; Abbot Gleason, Totalitarianism. The Inner History of the Cold War, New York 1995; Eckhard Jesse [Hrsg.], Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996; Hans Maier [Hrsg.], »Totalitarismus« und »Politische Religionen«. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn 1996.

9 Ich stütze mich im folgenden auf mein Buch: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1996.

10 Dazu: Wolfgang Wippermann, Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983, S. 200 ff.

Plakat der SPD 1932. Interpretation des Symbols der »Eisernen Front« [3 Pfeile]. Deutliche politische Stoßrichtung – auch gegen Kommunismus.

meint waren, die von kommunistischer Seite aus mit den »Faschisten« verglichen und gleichgesetzt wurden.[11]

Die ersten wissenschaftlichen oder sich wissenschaftlich gebenden Totalitarismustheorien, die am Ende der 1930er Jahre von einigen amerikanischen Politikwissenschaftlern erarbeitet wurden, hatten ebenfalls eine politische, vor allem antikommunistische Funktion und Stoßrichtung.[12] Doch als beide »Totalitarismen« im September 1939 Polen überfielen und gemäß des schändlichen Hitler-Stalin-Paktes unter sich aufteilten, folgten diesen antikommunistischen Worten – noch – keine Taten. England und Frankreich erklärten nur Hitler-Deutschland den Krieg. Zwei Jahre später kam es nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion sogar zum Bündnis zwischen dem gesamten Westen, einschließlich den USA und der »totalitären« Sowjetunion unter Stalin.

Diese politischen Entscheidungen wirkten sich sofort auf die Politikwissenschaft aus. Die Totalitarismusforschung wurde 1941 schlagartig eingestellt, um fünf Jahre später nach Ausbruch des Kalten Krieges gegen den ehemaligen kommunistischen Bündnispartner ebenso schlagartig wieder aufgenommen zu werden. Schon diese Schwankungen und Kehrtwendungen um 180 Grad deuteten auf den ideologischen Charakter und die politische Funktion der vorgeblich rein wissenschaftlichen Totalitarismustheorien hin.[13] Sie waren und sollten auch ideologische Waffen im ideologischen Kalten Krieg sein. In inhaltlicher Hinsicht lassen sie sich in drei Formen und Varianten einteilen.

Zu nennen sind einmal die ideengeschichtlichen Versuche, das moderne Phänomen des Totalitarismus aus früheren politischen Erscheinungen her- und abzuleiten. Der israelische Historiker Jacob L. Talmon meinte, dass der Totalitarismus des 20. Jahrhunderts auf die Große Französische Revolution des 18. Jahrhunderts zurückgehe.[14] Erwin Faul wollte in dem florentinischen Politiker und Theoretiker Niccolò Machiavelli [1469-1527] den geistigen Vater des Totalitarismus sehen, weshalb der Totalitarismus als eine Abart des »Machiavellismus« zu bezeichnen sei.[15]

Die phantasievollste, aber dennoch heute immer noch oder wieder wirkungsvollste geistesgeschichtliche Totalitarismustheorie stammt von Erich, bzw. wie er sich nach seiner Emigration in die USA nannte, Eric

---

11 Zur sozialdemokratischen und kommunistischen Faschismusdiskussion: Wolfgang Wippermann, Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921-1945, Frankfurt/M. 1981; ders., Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

12 Symposium of the Totalitarian State. From the Standpoint of History, Political Science, Economics, and Sociology, Philadelphia 1940. Guy Stanton Ford [Hrsg.], Dictatorship in the Modern World, London 1939. Diese Aufsatzsammlung enthält die Referate einer Tagung, die bereits 1935 in Minneapolis stattfand.

13 Keinen wissenschaftlichen Charakter hatten und sollten auch die [von mir so genannten] `literarischen Totalitarismustheorien« haben, die von Franz Borkenau, Alfred Kantorowicz, Arthur Koestler, George Orwell, Jorge Semprún und einigen weiteren »Renegaten« vorgelegt worden sind. Vgl. dazu: Michael Rohrwasser, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, Stuttgart 1991. Zusammenfassend: Wippermann, Totalitarismustheorien, S. 58-70.

14 Jacob L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln-Opladen 1961; ders., Politischer Messianismus. Die romantische Phase, Köln-Opladen 1963; ders., The Myth of the Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Totalitarian Polarisation in the Twentieth Century, London 1981.

15 Erwin Faul, Der moderne Machiavellismus, Köln-Berlin 1961.

Voegelin.[16] Voegelin griff noch weiter in die Geschichte zurück und suchte die Ursprünge des modernen Totalitarismus zunächst bei Cromwell,[17] dann bei den mittelalterlichen Häretikern und schließlich bei einem ägyptischen Pharao, der mit einer Frau verheiratet war, die, bzw. deren Büste heute jeder kennt – Nofretete. Ihr heute wohl nur einigen Ägyptologen bekannter Mann hieß ursprünglich Amenophis IV., der sich jedoch in Echnaton umbenannte, nachdem und weil er die ägyptische Götterwelt abgeschafft und durch einen Sonnengott ersetzt hatte, als deren weltlichen Repräsentanten er sich selber ansah. Echnaton war der erste, aber dann nicht der einzige weltliche Herrscher, der die sonst getrennten Sphären der Politik und Religion zusammen gefügt und zu dem gemacht hat, was Voegelin *»politische Religion«* nannte. Da auch die modernen »totalitären« Führer versucht hätten, die Religion ganz der Politik zu unterwerfen und ihr dienstbar zu machen, sei der moderne Totalitarismus insgesamt ebenfalls als eine *»politische Religion«* anzusehen.

Da ist was dran. Tatsächlich haben alle modernen faschistischen und kommunistischen Diktatoren versucht, ihre Herrschaft mit gewissen pseudoreligiösen Mitteln und Methoden zu legitimieren. Sowohl um Mussolini und Hitler wie um Stalin und Mao wurde ein, wie es bezeichnenderweise heißt, »Führerkult« betrieben. Doch keiner von ihnen hat sich wirklich und im wörtlichen Sinne als Gott verehren lassen oder gar eine neue Religion geschaffen. Die Institutionen der traditionellen Religionen sind zwar in der Sowjetunion und noch mehr in China weitgehend zerschlagen und viele ihrer Repräsentanten und Anhänger blutig verfolgt worden, dennoch kann von einer völligen Eliminierung oder gar Ersetzung der Religionen nicht die Rede sein.

Die heute geradezu modisch gewordene These, wonach es einen engen Zusammenhang von Totalitarismus und *»politischer Religion«* geben soll, ist also empirisch kaum zu beweisen. Damit wird sie aber nicht völlig falsch. Nur anders als sich das Voegelin und seine intellektuellen Gefolgsleute gedacht haben. Von einer »politischen Religion« kann man nämlich auch dann sprechen, wenn nicht die Politik die Religion, sondern umgekehrt die Religion die Politik beeinflusst und ihren religiösen Dogmen unterwirft. Das nennt man dann Fundamentalismus. Und derartige fundamentalistische Bewegungen und Regime christlicher und muslimischer Prägung hat es nicht nur gegeben, sie gibt es immer noch. Einige von ihnen haben sich bereits zu fundamentalistisch-faschistischen entwickelt und können es in Zukunft weiter tun. Doch dies ist ein anderes Thema, das hier nicht zu erörtern ist.[18] Wenden wir uns stattdessen einem weiteren Strang der Totalitarismusforschung zu, der jedoch nur von einer Person repräsentiert wird: Hannah Arendt.

Hannah Arendts Meisterwerk über »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« sollte eigentlich kein Beitrag zur Totalitarismus-

16 Eric Voegelin, Die politischen Religionen, Wien 1938; Neuausgabe München 1993.

[17] Oliver Cromwell [*25.4.1599, †3.9.1658] gilt als Begründer der ersten englischen Republik, ließ König Charles I. hinrichten und wurde posthum selbst hingerichtet.

18 Vgl. dazu jetzt: Wolfgang Wippermann, Faschismus. Eine Weltgeschichte vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis heute, Darmstadt 2009.

problematik sein und ist es auch nur im dritten und letzten Teil geworden.[19] Schließlich hat sich Arendt in den ersten beiden [und viel besseren] Teilen ihres Buches ebenso ausführlich wie ausschließlich mit den ideologischen »Elementen und Ursprüngen« des Nationalsozialismus beschäftigt. Dazu zählte sie den Antisemitismus einerseits, den Imperialismus andererseits. Diese Ideologien und politischen Strömungen hätten zur Errichtung des NS-Staates geführt, den sie als *»totalitäres Regime auf der Basis einer Rassedoktrin«* charakterisierte.[20] Doch dann hat Arendt im dritten Teil ihres Werkes den nationalsozialistischen »Rassenstaat«[21] mit dem bolschewistischen Klassenstaat verglichen und weitgehend gleichgesetzt. Bei beiden Regimen handele es sich um Formen ein und desselben Typus. Voraussetzung für die Entstehung dieser qualitativ *»neuen Staatsform«* seien der [angebliche!] *»Untergang der Klassenherrschaft«* und die nachfolgende Atomisierung der orientierungslos gewordenen *»Massen«*. Ihr Kennzeichen sei der schrankenlose *»Terror«* einerseits, eine *»Ideologie«* andererseits, *»die nicht das, was ist, sondern das, was wird, was entsteht und vergeht«* erklärt und propagiert.[22]

So weit die Theorie. Stimmt sie? Hier sind einige Zweifel angebracht. Kritisch anzumerken ist einmal, dass Arendt zu wenig zwischen der *»Ideologie«* des *»historischen Materialismus«* und des faschistischen *»Rassismus«* differenzierte. Die Berufung der Nationalsozialisten auf die *»Gesetze der Natur«* kann man nämlich in keiner Weise mit dem Bekenntnis der Bolschewisten zur marxistischen Lehre von der Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung vergleichen. Die *»Lehre vom Kampf der Klassen«* ist etwas anderes als die von den Nationalsozialisten übernommene darwinistische *»Lehre vom Recht des Stärkeren«*. Folglich darf man auch nicht, wie Arendt dies vorschlug, die Vernichtung von *»lebensuntauglichen und minderwertigen Rassen und Individuen [...] und sterbenden Klassen«* gleichsetzen.[23]

Die falsche Gleichsetzung von faschistischer und kommunistischer Ideologie führte dann zu einer Verkennung der unterschiedlichen Funktion und Zielsetzung des »Terrors« in beiden »totalitären« Regimen. In der Sowjetunion unter Stalin wurden neben tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen politischen Gegnern Angehörige von Klassen verfolgt, die, aus welchen Gründen auch immer, als »feindlich« eingeschätzt wurden. Im Hitler-Deutschland waren es neben den im Vergleich zur Sowjetunion wenigeren politischen Gegnern Millionen von Menschen, die als »rassisch minderwertig und gefährlich« eingeschätzt worden waren.

Daher muss man auch zwischen den *»Gaskammern des Dritten Reiches und den Konzentrationslagern der Sowjetunion«* differenzieren.

---

19 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Bd. I-III Berlin 1973 [zuerst: 1951]

20 Arendt, Elemente und Ursprünge, Bd. II, S. 454.

21 Zur Charakterisierung des Dritten Reiches als »Rassenstaat«: Michael Burleigh/Wolfgang Wippermann, The Racial State. Germany 1933-1945, Cambridge 1991.

22 Arendt, Elemente und Ursprünge, Bd. III, S. 252.

23 Arendt, Elemente und Ursprünge, Bd. III, S. 238.

Arendt dagegen hat beiden Institutionen des Terrors einen gemeinsamen Zweck unterstellt, wenn sie behauptete, das sowohl die kommunistischen wie die nationalsozialistischen *»Konzentrations- und Vernichtungslager«* den Herrschenden als *»Laboratorien«* gedient hätten, in denen *»experimentiert«* wurde, *»ob der fundamentale Anspruch der totalitären Systeme, dass Menschen total beherrschbar sind«*, durchgesetzt werden sollte.[24] Nein! In den nationalsozialistischen Vernichtungslagern und Todesfabriken ging es nicht um die Beherrschbarkeit oder das »Überflüssigwerden von Menschen« generell, sondern um die Vernichtung von Angehörigen genau bestimmter »Rassen«.

Es gibt noch weitere Schwächen und schlicht Fehler in Arendts Buch, die aber vornehmlich dem damaligen Forschungsstand geschuldet sind, der vor allem, was die Sowjetunion angeht, völlig ungenügend war. Darauf soll und muss hier auch deshalb nicht weiter eingegangen werden, weil Arendts Klassiker zwar immer hoch geschätzt, aber offensichtlich weniger gelesen und vor allem kaum oder sogar falsch rezipiert worden ist.

Die weitere Totalitarismusforschung stand und steht bis heute zudem im Zeichen einer anderen Totalitarismustheorie, die in einem Buch zu finden ist, das in der deutschen Ausgabe kurz und bündig *»Totalitäre Diktatur«* hieß.[25] Verfasst war es von dem amerikanischen Politologen und späteren Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski[26] und dem Deutschen Carl Joachim Friedrich, der übrigens ein glühender Anhänger von Carl Schmitt und Befürworter einer, was immer das sein sollte, »konstitutionellen Diktatur« gewesen ist.[27]

Im Unterschied zu den bisherigen Totalitarismustheoretikern haben Friedrich und Brzezinski auf alle ideengeschichtlichen Herleitungen des Totalitarismus-Phänomens verzichtet und stattdessen ein politikwissenschaftliches Modell entworfen, das aber kaum auf die Empirie angewandt und schon gar nicht durch einen empirischen Vergleich der verschiedenen Totalitarismen bewiesen wurde. Was Totalitarismus ist oder sein soll, wurde durch eine einfache Setzung bestimmt. Danach sind Staaten [von Parteien war erst gar nicht die Rede] als »totalitär« einzustufen, wenn sie folgende sechs Merkmale aufwiesen: 1. Ideologie; 2. Terror; 3. Monolithisches Einparteienregime; 4. Befehlswirtschaft; 5. Waffenmonopol und 6. Propaganda- und Nachrichtenmonopol.

Schon das Modell wies einige Behauptungen auf, die schlicht falsch oder zumindest problematisch sind. Problematisch ist die schon bei Arendt zu beobachtende weitgehende Gleichsetzung von faschistischer Rassen – und marxistischer Klassenideologie. Folglich haben Friedrich

24 Ebenda S. 210.

25 Carl Joachim Friedrich unter Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957

26 In der deutschen Ausgabe wird aber nur Brzezinskis »Mitarbeit« erwähnt.

27 Aufgedeckt ist Friedrichs geistige Herkunft und politische Einstellung von : Hans J. Lietzmann, Politikwissenschaft im »Zeitalter der Diktaturen«. Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs, Opladen 1999. Für viele Politologen und Totalitarismusforscher war dies ein schwerer Schlag. Hatten sie doch Friedrich immer als aufrechten und vorbildlichen Demokraten gefeiert.

und Brzezinski wiederum ähnlich wie Arendt dem Faktum wenig Bedeutung beigemessen, dass sich der Terror in faschistischen Staaten gegen »minderwertige Rassen« und in kommunistischen Regimen gegen »feindliche Klassen« gerichtet hat. Nicht nur problematisch, sondern unbewiesen und falsch sind die weiteren Aspekte des 6-Punkte Modells.

Folgt man der inzwischen keineswegs mehr neuen Nationalsozialismusforschung, so gibt es begründete Zweifel, ob in Deutschland wirklich ein völlig monolithisches Einparteienregime errichtet worden ist. Der angebliche und von der Propaganda auch vielfach so gefeierte »Führerstaat« war keineswegs so geschlossen, sondern von Kompetenzkämpfen gekennzeichnet, weshalb er keinen monolithischen, sondern eher polykratischen Charakter hatte. Keineswegs mehr nur zweifelhaft, sondern eindeutig falsch ist die Behauptung, dass es sowohl im bolschewistischen Russland wie im faschistischen Deutschland eine »Befehlswirtschaft« gegeben habe. Davon kann keine Rede sein. Anders als in der Sowjetunion ist die Wirtschaft im Dritten Reich nicht verstaatlicht worden und hat bis zum Schluss über eine relativ autonome Funktion verfügt. Was nun das im fünften Punkt des Modells erwähnte Waffenmonopol angeht, so sollte diesen Politologen eigentlich bekannt sein, dass darüber alle Staaten, auch die demokratischen, verfügen und auch verfügen müssen, weil sonst Anarchie und Bürgerkriege herrschen. Bei dem ganzen Modell ist eigentlich nur der sechste und letzte Punkt richtig: Faschistische und kommunistische Staaten haben wirklich über ein Nachrichten- und Propagandamonopol verfügt, konnten es aber nicht immer und bis zum Schluss durchsetzen.

Die Hauptschwäche des Totalitarismusmodells von Friedrich und Brzezinski liegt aber in seinem idealtypischen und damit notwendigerweise statischen Charakter. Damit konnte die Entwicklung der konkreten »totalitären« Regime in Deutschland und der Sowjetunion nicht erklärt und auf den Begriff gebracht werden. Während sich das faschistische Regime immer weiter radikalisierte, was den Holocaust ermöglichte und zugleich seinen schließlichen Untergang geradezu notwendig machte, ist es in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins im Jahr 1953 und dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 zu einer Entspannung im innen- und dann auch außenpolitischen Bereich gekommen. Nach und wegen dieser Entstalinisierung war die Sowjetunion nicht mehr das, was sie unter Stalin gewesen war. Sie blieb zwar eine Diktatur, die aber immer wenigere Gemeinsamkeiten mit der 1945 unter gegangenen nationalsozialistischen aufwies.

Der westlichen Totalitarismusforschung blieb dies alles natürlich nicht verborgen. Da man die veränderte Empirie nicht an die unveränderbare Theorie anpassen konnte, kam es in allen westlichen Ländern zu einem langsamen Abrücken von der Totalitarismusdoktrin. Innerhalb der Nationalsozialismusforschung wurde sie überhaupt nicht mehr angewandt.[28] Hier wurden die Totalitarismus- von den Faschismustheorien

28 Vgl. dazu: Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1994.

verdrängt. Jedenfalls in Deutschland und zumindest in den 1960er und 1970er Jahren.[29] Doch auch in der Kommunismus-Forschung wurden die Versuche, die Totalitarismustheorien anzuwenden oder den »totalitären« Charakter der Ostblockstaaten durch einen Vergleich mit den faschistischen zu beweisen, als ergebnislos eingestellt. Hinzu kam ein politisches Moment: Die politische Funktion der Totalitarismus-Ideologien hatte sich im Zuge der Entspannungspolitik gewissermaßen erübrigt.

Umso überraschender war und ist die Renaissance der Totalitarismus – »Theorien« nach dem Zusammenbruch des sog. Ostblocks. Einmal, weil gerade dieser fast kampflose Zusammenbruch von allen Totalitarismustheoretikern so nicht erwartet worden ist. Zum anderen, weil der politische Gegner und Erzfeind des »freien Westens« von der weltpolitischen Bühne verschwunden ist. Warum ist dann diese wissenschaftlich vielfach widerlegte und politisch eigentlich funktionslos gewordene Ideologie wieder belebt worden?[30]

Sofern es sich nicht um Triumphgeheul der unerwarteten Sieger des Kalten Krieges im Allgemeinen, des zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Besonderen geführten handelt, soll mit der alten Totalitarismus-Ideologie die Neue Linke in die totalitäre Ecke gedrängt und gewissermaßen mundtot gemacht werden. Jegliche Kritik am Istzustand der parlamentarischen Demokratie wird damit desavouiert und alle Bestrebungen, sie zu verbessern oder gar eine wirklich demokratische und humane Gesellschaftsordnung anzustreben, werden als ebenso »utopisch« wie »totalitär« denunziert. Außerdem wird und soll damit von den wirklichen Gefahren abgelenkt werden, welche der Demokratie tatsächlich drohen. Dies ist der Faschismus. Gemeint sind einmal die immer noch bestehenden und neu entstehenden faschistischen Bewegungen, die aber fälschlicherweise als »rechtsextremistisch« oder »rechtspopulistisch« wahrgenommen werden. Hinzu kommt die Gefahr des »Faschismus von oben«. Gemeint sind der schrittweise Abbau der demokratischen Rechte und der Aufbau eines Überwachungsstaates. Beides geschieht zwar vorgeblich, um die Demokratie zu schützen, kann aber zum völligen Gegenteil führen. Einer neuen Diktatur, welche wiederum Ähnlichkeiten mit einigen alten faschistischen Diktaturen hat, die ebenfalls von oben errichtet worden sind. Schließlich ist vor dem fundamentalistischen Faschismus in christlicher und islamistischer Gestalt zu warnen. Diesen Gefahren kann man mit dem Festhalten an der Totalitarismus-Ideologie nicht begegnen und von ihnen wird dabei bewusst abgelenkt. Dies ist die neue politische Funktion der alten Totalitarismus-Ideologie.

Wofgang Wippermann | 3/2010

Ferner: Wolfgang Wippermann, Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus, Berlin 1998, bes. S. 17 ff.

29 Ausführlich dazu: Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

30 Zum folgenden: Wolfgang Wippermann, Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich, Berlin 2009.

FLORIAN BACK

EIN GARTEN VOLLER BÖCKE

Am Kampf um die Deutungshoheit von Begrifflichkeiten, wie Rechtsextremismus und Antisemitismus, beteiligen sich Konservative sowie Vertreter der »Neuen Rechten«. Ein Bericht aus dem kleinen Grenzverkehr am Beispiel der neuen CDU-Bundesfamilienministerin Kristina Schröder [ehemals Köhler].

Im Februar 2009 hatte auch die israelische Öffentlichkeit die Gelegenheit, Einblick in das Weltbild der Kristina Köhler zu nehmen. Zumindest die Leserschaft der »Jerusalem Post« konnte von der Wiesbadener CDU-Bundestagsabgeordneten und jetzigen Ministerin erfahren, wie es in Deutschland um den Antisemitismus bestellt ist.[1] Die israelischen Leser erfuhren dort nichts von der erneut steigenden Anzahl deutscher Rechtsextremisten[2]; nichts von den 138 von Neonazis Ermordeten seit der deutschen Wiedervereinigung[3]; nichts davon, dass in Deutschland im Schnitt wöchentlich ein jüdischer Friedhof mit rechtsextremen Parolen geschändet oder zerstört wird.[4] Nein, Kristina Köhler hat andere Botschaften und verlässt sich dabei nicht auf Statistiken, sondern auf ihr rechtes Bauchgefühl. Und das sagt ihr vor allem eins: Die Hauptgefahr antisemitischer Bedrohung liegt bei

1 Jerusalem Post, 15.02.09
2 Frankfurter Rundschau 14.12.08; Frankfurter Rundschau 18.3.09
3 www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der- gewalt/tod | 9.04.09
4 www.amadeuo-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/gegen-as | 19.04.09

extremen Moslems und antisemitischen Linken. Das Ziel ihres publizistischen Angriffs ist das »Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung« unter der Leitung von Wolfgang Benz. Diese Einrichtung nämlich, so Köhler weiter, nimmt den Antisemitismus von Linken und Moslems nicht ernst genug und kümmere sich nur um die Rechten, die aber gar nicht mehr entscheidend wären.

Szenenwechsel: Im deutschen Bundestag findet 2007 eine aktuelle Stunde zum »Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus« statt. Am Rednerpult steht Monika Lazar, Sprecherin der Grünen in Sachen Rechtsextremismus. Sie referiert über die Rechtsextremismusstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung »Vom Rand zur Mitte« und die Studienreihe »Deutsche Zustände« des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung. Beide empirischen Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass rechtsextremistische Wertvorstellungen fest in der »Mitte der Gesellschaft« verankert sind – dort, wo auch der historische Faschismus einst herkam. Diese Rede wird von Kristina Köhler mehrfach unterbrochen. Zuerst pickt sie sich ein Item[5] aus dem Fragebogen der Ebert-Studie *»Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland«* heraus und fragt theatralisch: *»Ist man ein Rechtsextremist, wenn man diese Frage mit ja beantwortet?«*. Frau Köhler – selbst Soziologin – wird wissen, dass eine sozialempirische Untersuchung selten aus nur einer Frage bzw. einem Item besteht. Wichtig ist es ihr auch anzumerken, dass es ja noch andere wissenschaftliche Meinungen zu dieser Thematik gäbe.[6] Wen sie damit meint, ist nicht so schwer zu erraten: Es sind die Meinungen der beiden Extremismusforscher Eckehard Jesse [Chemnitz] und Uwe Backes [Dresden], geistige und praktische Nachfolger des inzwischen auch bei Neonazis auftretenden Professors Dr. Hans-Hellmuth Knütter, in dessen Schriften die bürgerliche Mitte beschützt werden muss – und zwar vor allem vor Linken, *»die den Antifaschismus zum eigenen Überleben nutzen, wie auch die jüdischen Gemeinden in Deutschland«*.[7]

Artikel wie Bundestagssituation verweisen auf Ähnliches: Kristina Köhlers Ablehnung aller Linken und vor allem dann, wenn diese sich mit Rechten beschäftigen. Sie gefällt sich in der Rolle der rechten Wadenbeißerin – wobei sie oft daneben schnappt, da sie in ihren Argumentationen der ideologischen Geschwätzigkeit meist den Vorlass vor objektiven Zahlen oder sozialwissenschaftlichen Beweisketten gibt. Da kann es auch mal Ärger mit den eigenen Quellen geben. Begeistert und agitiert vom rassistischen Wahlkampf Roland Kochs 2007/2008 zitierte sie aus einer Studie des Kriminologen Christian Pfeiffer, in der angeblich be-

5 Item – auch Merkmal genannt – ist eine statistische Variable, aus deren Menge bzw. Ausprägung eine Grundgesamtheit gemessen wird.

6 www.Monika-Lazar.de. | 20.04.09

7 www.diss-duisburg.de/internetbibliothek/artikel/anti-antifa.htm | 21.0409

legt würde, dass ausländische Jugendliche Deutsche angreifen, weil diese deutsch seien. Man hätte es also mit einem deutschenfeindlichen Rassismus zu tun. Daraufhin musste selbst der Wissenschaftler die Kollegin Köhler darauf hinweisen, noch einmal nachzulesen, weil solche Schlussfolgerungen aus seiner Studie nicht abzuleiten wären.[8]

Vor einigen Jahren entdeckte sie den Antisemitismus. Nicht in der CDU, in den christlichen Kirchen, in den Vertriebenenverbänden oder den Schützenvereinen. Nein, sie hat ihn bei Moslems und Linken entdeckt. Unstrittig, dass es Antisemitismus bei einer Vielzahl moslemischer Gruppen gibt und dass es auch in der politischen Linken Formen des Antisemitismus gab und gibt. Dem Vorwurf, dass einige linke Regime wie das des Irans oder Organisationen wie die Hamas zu wenig oder gar nicht kritisieren, ist absolut zuzustimmen. Gleichzeitig gibt es aber innerhalb der linken Bewegungen seit Jahren eine teils schmerzhafte und erbitterte Auseinandersetzung um die Verortung von Begriffen wie Antizionismus oder die Kritik an der Politik des Staates Israel.

Dieses soll hier aber nicht das Thema sein. Sondern die Tatsache, dass sich jetzt Vertreter der »Neuen Rechten«[9] – in deren Dunstkreis man auch eine Kristina Köhler finden kann – daran machen, den Kampf gegen Antisemitismus zu missbrauchen. Dieser Missbrauch besteht primär darin, Antisemitismus zu ideologisieren und ihn damit zu entpolitisieren. Antisemitismus ist in Köhlers Denkart immer ein Problem eines Extremismus, also einer zugespitzten Meinung, den man nur an den Rändern der Gesellschaft findet. Antisemitismus wird nicht mehr in einem Kontext europäischer nationalkonservativer Machtpolitik gesucht. Die Geschichte des modernen Antisemitismus ist aber eine europäische und eine politisch rechte Geschichte, egal ob christlich, konservativ, esoterisch, völkisch oder nationalistisch legitimiert. Auch der widerwärtige Antisemitismus in Teilen der moslemischen Welt ist in der Regel genau dieser recycelte europäische Wahn. »Die Protokolle der Weisen von Zion«, die auf den Zimmern saudischer Hotels liegen, und die Mythen von Kinderblut trinkenden Rabbis im arabischen TV sind in den Köpfen deutscher, russischer und französischer Monarchisten, Nationalisten, Pfarrer und gutbürgerlicher Gelehrter des 19. Jahrhunderts entstanden.

Natürlich ist Kristina Köhler kein Neonazi. Regelmäßig spricht sie sich gegen die NPD und andere Stiefelnazis aus. Wenn man sich aber in die Grauzonen am rechten Rand begibt, dort, wo die Burschenschaf-

8 www.daserste.ndr.de /panorama/archiv/2008 | 18.04.2009

9 Wir benutzen den inzwischen etwas überfrachteten Begriff »Neue Rechte« zum einen ausgehend von der französischen »Nouvelle Droite«, die sich auf Antonio Gramsci bezieht und zunächst eine kulturelle Hegemonie anstrebt, eine Besetzung des vorpolitischen Raums durch Infiltration des medialen und wissenschaftlichen Apparates, und zum anderen aber daran anschließende rechtsintellektuelle Zirkel und publizistische Netzwerke in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Zur Übersicht der Begriffsdefinition vgl. Butterwege, Christoph. In: Herbert und Greta Wehner Stiftung [Hrsg.]: Diffusionen – Der kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen, Dresden 2007

ten, CDU- und NPD-Politiker gleichzeitig ausspucken[10], wo die »Junge Freiheit« gelesen und gefördert wird, wo die Salonfaschisten des »Instituts für Staatspolitik« Vorträge halten, dort wird Frau Köhler eher schweigsam. Letztendlich genügen die kontinuierliche Beobachtung des Online-Auftritts von Kristina Köhler[11] und ihr sonstiger politischer Umgang, um die ideologische Konjunkturdeutung von Antisemitismus ihrerseits zu erfassen. Kristina Köhler nennt sich »Expertin« für Islam, Extremismus und Integration der CDU-Bundestagsfraktion. Dass das Wort »Experte« in Politikerkreisen aller Parteien ein völlig entwertetes Zertifikat ist, ist ihr nicht persönlich anzulasten, sondern ist ein in den Medien oft zu beobachtendes Schauspiel, wenn beispielsweise »Finanzexperten« innerhalb weniger Monate zu »Umweltexperten« und wieder zurück mutieren. Köhler macht hier keine Ausnahme, es gibt von ihr auch nach acht Jahren Bundestagszugehörigkeit und Expertendasein keinerlei Veröffentlichungen zum Thema Islam, Extremismus oder Integration, die über eine Pressemitteilung oder Bundestagsrede hinausgeht. Einzige Ausnahme ist eine kurze Buchrezension im Jahrbuch Extremismus der beiden rechtskonservativen »Extremismusforscher« Eckehard Jesse und Uwe Backes aus Sachsen.[12] Deren Thesen sind allerdings das Credo und oft einziger inhaltlicher Hintergrund einer Kristina Köhler. Sie hat nur wenige Themen, schafft es aber trotzdem immer wieder damit in bestimmten Medien zu erscheinen. Zusammengefasst sind ihre Thesen einfach – und beliebt:

- Linksextremisten unterscheiden sich gar nicht so sehr von Rechtsextremisten.
- Linksextremismus findet sich schon am linken Rand der SPD.
- Rechtsextremismus findet sich aber nie am rechten Rand der CDU.
- Ausländer und vor allem Moslems müssen sich einer »Deutschen Leitkultur« unterordnen.
- Es gibt eine Zunahme von Rassismus gegen Deutsche in Deutschland.

»Willkommen am Stammtisch der Fünfziger Jahre«, möchte man meinen – und in der Tat entpuppt sich Köhler als begeisterte Anhängerin einer schlichten Theorie, die in den Hochzeiten des Kalten Krieges sehr populär war, ab den sechziger Jahren verdrängt wurde und seit der Wiedervereinigung ein Comeback feiert: die Totalitarismustheorie.[13] Diese Theorie gilt bei vielen Sozialwissenschaftlern[14] mehr als Ideolo-

10 Exemplarisch dafür die rechtsextreme »Dresdensia Rugia« aus Gießen, in der der schulpolitische Sprecher der CDU Hessen Irmer gerne referierte, wie auch eine Anzahl von Mitgliedern der NPD-Landtagsfraktion aus Sachsen. Vergl. u.a. www.wiesbadener-kurier.de/ politik/objekt. php3?artikel-id=179595 | 18.04.2009

11 www.Kristina-Köhler.de

12 Jahrbuch für Extremismus und Demokratie, Jhrg. 19, 2007

13 Zur Geschichte der Totalitarismustheorie vergl. K.H. Roth: Schlimmer als die Nazis.

14 Vergl. zur Totalitarismustheorie: Butterwege: Erklärungsmodelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, 2004; Wippermann: Totalitarismustheorien, 1997; Stöss/Schuberth: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 2000

gie denn als Wissenschaft, da sie unter anderem keiner empirischen Prüfung standhält. Inzwischen ist sie wieder zu einer publizistischen Standardwaffe Konservativer geworden – eignet sie sich doch besonders gut dafür, Rechtsextremismus zu relativieren und letztendlich einen Geschichtsrevisionismus in der öffentlichen Wahrnehmung zu etablieren. Handelte es sich anfangs »nur« um geschichtspolitische Debatten, so gingen diese über die Gedenkstättenpolitik bald allgemein in den Bereich der politischen Bildung über. Dass diese keine Elfenbeinturmdiskussion mehr ist, kann man daran ablesen, dass es Teilen der »Neuen Rechten« gelungen ist, mit der so genannten Extremismusforschung eine gewisse Deutungshoheit über Begrifflichkeiten und Definitionen in der Auseinandersetzung um Rechtsextremismus zu bekommen. Vertreter der »Neuen Rechten« wie Eckehard Jesse oder Uwe Backes haben von ihren sächsischen Instituten[15] aus inzwischen Zugriff auf die Bundeszentrale für politische Bildung und halten Tagungen für den sozialwissenschaftlichen Beirat bei mehreren Verfassungsschutzämtern, einigen Landeskriminalämtern und dem BKA. Es ist erstaunlich, wie fast widerstandslos rechte Intellektuelle, die noch vor wenigen Jahren in Publikationen schrieben, die vom Verfassungsschutz beobachtet wurden, inzwischen selbst bei den Sicherheitsorganen ein und aus gehen.[16] Dass Jesse und Backes 2003 sogar als Experten des Bundesverfassungsgerichts für die Beratung über das NPD-Verbot bestellt wurden, veranlasste auch die Süddeutsche Zeitung zu der Bemerkung, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht würde.[17] Wie der Stichwortgeber der europäischen »Neuen Rechten«, Alain de Benoist, einst die Herausbildung einer rechten Kulturhegemonie über die schrittweise Infiltration eines wissenschaftlichen und medialen Apparates beschwor, so lassen sich solche Tendenzen und publizistischen Netzwerke heute recht deutlich im medialen Kampf gegen alles, was links ist oder scheint, erkennen. Kristina Köhler scheint Teil eines solchen Netzwerkes zu sein.

Das Muster der Kampagnen ist immer ähnlich. Die Angegriffenen sind meist Vertreter der Linkspartei, des sogenannten linken Flügels der SPD oder auch einzelne Vertreter der Grünen. Die Kampagne beginnt oft in der rechten Wochenzeitschrift »Junge Freiheit«. In der dortigen Rubrik »Blick nach Links« werden Sozialwissenschaftler wie Christoph Butterwege oder Politiker der Linkspartei wie Ulla Jelpke als »Linksextremisten« diffamiert. 2007 war dann die frisch gewählte Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel an der Reihe. Dass die SPD-Jungpolitikerin sich auch in der linken Gefangenenhilfsorganisation »Rote Hilfe« engagierte, wurde zuerst im rechtsradikalen Milieu hochgekocht, um dann über konser-

15 Eckehard Jesse leitet das von der Hans Seidel- Stiftung finanzierte Institut zur Extremismusforschung an der TU in Chemnitz und Uwe Backes das Hannah Arendt-Institut der Uni Dresden. Beide fungieren auch als politische Berater des sächsischen Innenministeriums.

16 Exemplarisch steht dafür die Zeitschrift MUT. Zur ihrer Einordnung siehe: Mecklenburg, Jens [Hrsg]: Handbuch des deutschen Rechtsextremismus

17 Süddeutsche Zeitung, 05.02.2002

vative Blätter wie »Die Welt« oder »Focus« in die Mainstream-Medien transferiert zu werden. Kristina Köhler scheint genau hier eine gewisse Funktion zu haben, nämlich »schmutzige« Informationen mit ihrer Reputation weiß zu waschen. Sie macht rechtsradikale Diskurse mainstream-tauglich: Die Interviewpartnerin ersetzt als »seriöse« Quelle die rechtsradikalen Wurzeln der Aussage. Ähnliche Versuche – in der »Jungen Freiheit« aber mit weniger Erfolg beschieden – gab es auch mit der SPD-Politikerin Ute Vogt, Mitherausgeberin des sozialdemokratischen Informationsblattes »Blick nach Rechts«, als diese ein Buch über die Zeitung »Junge Freiheit« selbst mit herausgab. Genauso betroffen die bereits erwähnte bundespolitische Sprecherin der Grünen zum Thema Rechtsextremismus, Monika Lazar. In diesem Zusammenhang sind es immer wieder dieselben Namen, die auftauchen. Besonders die Schreiber der »Jungen Freiheit« und bestimmte Journalisten von der »Welt« bzw. vom »Focus« scheinen gerne mal voneinander abzuschreiben.[18] Diese Hetzkampagnen beziehen sich wiederum auf die Extremismusgebilde von Jesse und Backes, die gebetsmühlenartig weiter verkünden, dass der »Kampf gegen Rechts« übertrieben sei und die größere Gefahr von Links drohe.

Relativ neu ist die Ergriffenheit, die Kristina Köhler beim Thema Antisemitismus befällt. Mit tiefer Sorge beobachtet sie einen »neuen« Antisemitismus bei der Linkspartei, getarnt als Antizionismus. Dies ist für sie so unerträglich, dass sie – medienwirksam – eine gemeinsame Erklärung der Bundestagsfraktionen mit den Vertretern der Linkspartei gegen Antisemitismus verhinderte. Dieses ideologische Medienspektakel veranstaltete sie ausgerechnet zusammen mit dem CSU-Politiker Hans-Peter Uhl, jenem Konservativen, der noch während der Diskussion im Jahre 2000 über die Entschädigungszahlungen an jüdische Zwangsarbeiter, diese von Entschädigungszahlungen an deutsche Zwangsarbeiter in sowjetischen Kriegsgefangenenlager abhängig machen wollte, wie er in einem Aufsatz in dem konservativen Blatt »Epoche« schrieb.[19]

Schaut man sich die Stellungnahmen und Presseerklärungen der Expertin für Islam und Extremismus auf der Homepage von Kristina Köhler an, so erkennt man die Heuchelei und den offenen Missbrauch von Antisemitismusvorwürfen als Politikerin des rechten Randes nicht unbedingt daran, was sie schreibt, sondern daran, was sie nicht schreibt. Während sie sogar noch in Duisburg Linkenpolitiker auf einer Demonstration gegen den Gazakrieg aufstöbert, entgehen ihr andere Dinge auf wundersame Weise. Antisemitische Skandale gab es auch in Hessen in den letzten Jahren zuhauf: Im Sommer 2007 zogen hunderte Neonazis unter den Augen eines großen Polizeiaufgebotes durch Frankfurt am Main mit der Parole »BRD Judenstaat – wir haben dich zum Kotzen satt«. Hunderte

18 Vergl. Junge Freiheit, 30.06.08; Junge Freiheit, 17.10.08; Focus, 30.06.08, Nr.27; Welt, 07.08.08; www.npd-blog.info/2007/12/12

19 www.konservativ.de/epoche/145/

junger AntifaschistInnen, die sich dem braunen Mob entgegenstellten, wurden seinerzeit eingekesselt und festgenommen.[20] Ein Jahr später zogen Neonazis der NPD durch Wetzlar und forderten, Daniel Cohn Bendit als Mitglied einer »besonderen Minderheit« an die Wand zu stellen. Die Extremismusexpertin aus Hessen schwieg dazu, wie auch die Polizei vor Ort. Auch die fast quartalsmäßigen antisemitischen »Skandale« ihrer Parteikollegen werden auf ihrer Homepage nicht kommentiert. Sei es der Rehabilitationsversuch des NSDAP-Blutrichters Hans Filbinger durch den Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger, die Umtriebe des äußerst rechten Studienzentrums Weikersheim, die antisemitischen Ausfälle des hessischen Bundestagsabgeordneten Hohmann und der offene Beifall, den er von seiner Basis dafür erhielt – zu alledem schweigt die besorgte Extremismusexpertin. Und natürlich schweigt sie lieber auch über den Holocaust leugnenden Piusbruder und dessen Rehabilitation durch den Papst. Es scheint, dass sie sehr darauf bedacht ist, mit ihrem »Kampf gegen Antisemitismus« keine Wählerklientel zu verschrecken. Da braucht sie sich bei Moslems und Linken keine Sorgen zu machen, wohl aber, wenn sie anfangen würde, einen Parteikollegen oder gar den Papst zu kritisieren. Es wird ihr bekannt sein, dass in den aktuellen Studien über politische Einstellungen in Deutschland der Anteil von antisemitischen Einstellungen beim CDU/CSU-Klientel doppelt so hoch ist wie bei dem der Linkspartei.[21]

Frau Köhlers Kampf gegen Antisemitismus ist ein ideologisches Possenspiel. Der Versuch, sich als deutscher Rechtsaußen als glaubhafter Gegner des Antisemitismus darzustellen, hatte schon immer etwas tragisch-skurriles. Auch Kristina Köhler muss in ihrem Kampf gegen Links immer nervös in die eigenen Reihen bzw. auf die eigene Website schauen. Da verschwanden auf ihrer Homepage plötzlich aus dem Pressespiegel[22] im letzten Jahr einige Links. Zwei führten zur »Jungen Freiheit« und der andere zu der Seite »PI News«.[23] Auf beiden extrem rechten Seiten wurde, wie eigentlich immer, positiv über Frau Köhler berichtet und auf »PI-News« kann man außerdem auch noch etwas bestellen: Tassen und T-Shirts, auf denen zu lesen ist: »islamophobic and proud about it« – ganz so wie man es sich von einer »Expertin für Integration« wünscht. Mit beiden Medien scheint sie mehr zu verbinden.

20 Viele Menschen, die z.B Sitzblockaden gegen die Nazis durchführten, bekommen in der Regel in vielen Städten Anzeigen wegen »Widerstand gegen die Staatsgewalt«. Diese Fälle wiederum fließen in die Polizeistatistiken unter der Rubrik »Gewalt gegen die Polizei – Politisch motiviert links«. Einen Tag, nachdem in allen deutschen Medien Mitte März 2009 über eine neue Studie des Bundesinnenministeriums diskutiert wurde, wonach jeder siebte Jugendliche ausländerfeindlich ist, veröffentlicht Frau Köhler einen Auszug aus einer solchen Polizeistatistik auf ihrer Homepage, wo dann zu lesen ist, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte von Linken doppelt so hoch sei, als von rechts ausgehend. Auf die erwähnte Studie geht sie selbstverständlich nicht ein.

21 Vergl. Decker, Brähler. Vom Rand zur Mitte, 2006

22 Wir betonen an dieser Stelle, dass es sich um einen Pressespiegel handelt und nicht um einen Link, der zu dem Zweck angebracht wurde, Werbung für diese Seiten zu machen. Dennoch: Link bleibt Link und eine gewisse Auswahl scheint es beim Pressespiegel zu geben – Presseartikel der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«, die auch mal lobend über Frau Köhler berichten, sind bisher noch nicht aufgetaucht.

23 PI steht für »politically incorrect«

Auf »PI-News« ist sogar eine Nachricht ihres Büros zu finden, welches einen Beitrag ergänzt. Vor allem scheint sie aber eine begeisterte Leserin der Wochenzeitung »Junge Freiheit« zu sein. Als sie nach den 1. Mai-Demonstrationen 2009 in einer Bundestagsrede vor allem wieder gegen die Linksautonomen in Berlin polemisierte, beschwerte sich einige Tage später ein Autor der »Junge Freiheit«, Kristina Köhler sollte doch, wenn sie aus seinen Artikeln für ihre Rede klaut, wenigstens die Quelle angeben. Dieses holen wir an dieser Stelle gerne nach.[24]

Auch ihr Mentor und Stichwortgeber, der Totalitarismuspapst Prof. Eckehard Jesse, vergreift sich ab und zu im Ton. Während Kristina Köhler Ende 2008 mal wieder den Rücktritt von Politikern forderte, die Eckehard Jesse kritisieren[25], schweigt sie selbstverständlich über seine wiederholten antisemitischen Äußerungen in der Vergangenheit, z.B. dass die jüdischen Gemeinden Antisemitismus benötigen, um Gehör zu bekommen, und dass das Verhalten führender jüdischer Funktionäre auf Dauer Judenfeindlichkeit in der Bevölkerung auslösen wird.[26] Auch das Medienecho, welches seinerzeit der Bürgermeister von Korschenbroich auslöste, als er forderte, ein paar *»reiche Juden totzuschlagen«*, um den Stadthaushalt zu finanzieren, fand Jesse hysterisch.[27] Wenn man sich mit Kristina Köhler beschäftigt, verwundert eigentlich nur eins: der mangelnde Widerstand, der ihr bisher in ihrer Karriere entgegenschlug. Die Mattigkeit einer SPD beim Thema Neofaschismus ist erschreckend. Eine Scharnierfunktion zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus ist im hessischen Landesverband der CDU wirklich nichts Neues. Die Übergänge zwischen Neonazis – neuer Rechter – CDU sind im Verband von Alfred Dregger, Manfred Kanther und Roland Koch bis heute fließend. Köhler hat das Glück, aus einer Stadt zu kommen, in der besonders deutlich wird, wie sehr sich politische Koordinaten des Konservatismus bis weit in die SPD hinein und die Abdankung eines irgendwie investigativ gearteten Journalismus die Hand reichen.

Florian Back

aus: Antifaschistisches Info Blatt | Nr. 85 | Winter 2009/2010

24 www.junge-freiheit.de/Single-News-display.154+M5069e9bf3c.0.html

25 Focus, Nr 27, 30.06.2008

26 Süddeutsche Zeitung, 05.02.02; 11.02.05 Freitag; gemeint war seinerzeit der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Galinski. In der Antisemitismusforschung werden solche Aussprüche, wonach Juden durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung selbst schuld sind, dem sekundären Antisemitismus zugerechnet.

27 Ebenda

ALEX DEMIROVIC/PAULINA BADER

DAS FÜRCHTEN GELEHRT

Das Extremismus-Schema, das die Demokratie schützen soll, erweist sich als demokratiegefährdend

Das Extremismus-Schema ist eine jener politischen Technologien, die einen immer wieder in Erstaunen über ihr Beharrungsvermögen und in Bewunderung für ihren Variationsreichtum versetzen können. So viele Male widerlegt, behauptet es sich und taucht in immer neu-alten Spielarten in der politischen Auseinandersetzung auf.

So hatten in der Schweiz im vergangenen November 57 Prozent der Wähler einem Volksentscheid zugestimmt, der den Bau von Minaretten verbietet. Vermutet wurde, dass vor allem linke Feministinnen diesen Entscheid herbeigeführt hätten. Es erwies sich in der Nachbetrachtung, dass es vor allem die Wähler der Rechten und der Mitte waren. Aber, wie die Presse betont, es handele sich nicht um Fremdenfeindlichkeit, weltoffene Bürger hätten ein symbolisches Zeichen gegen die Verbreitung des Islam setzen wollen.

Weil es die Mitte ist, kann es nicht fremdenfeindlich sein, und wenn es Rassismus ist, wird es nicht so genannt, weil es sich um eine Einstellung der Mitte handelt. Auch die britische Regierung erweist sich als erfinderisch bei der Anwendung des Extremismus-Schemas. Nach Maßgabe eines internen Anleitungsbuchs über Extremismus werden Klimaaktivisten und Umweltschützer in derselben Kategorie wie Rechtsextreme und Al-Qaida-Mitglieder bzw. -Sympathisanten geführt. In Kopenhagen[1] war es möglich, die vielen Zehntausenden, die für das

[1] Vom 7.12.2009 - 18.12.2009 fanden in Kopenhagen massive Proteste, und Gegenaktionen anläßlich des dort anberaumten UN-Klimagipfels statt.

Wohl der Menschheit eintraten und dafür, dass die Regierungen nun endlich einmal die lange beschworenen entschiedenen Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise ergreifen würden, als extremistische Gewalttäter hinzustellen und entsprechend zu drangsalieren.

Konstruierte Normalverteilung. In Deutschland wird die Konstruktion der politischen Normalverteilung uneinsichtig immer wieder verwendet. Die Mitte inszeniert sich als demokratisch und politisch korrekt, die Bedrohung der Demokratie gehe von den Seiten zur linken und zur rechten aus, gleichsam gerecht müssten beide abweichenden Strömungen bekämpft werden.

Allerdings gibt es historisch allen Grund, es anders zu betrachten. Nationalsozialisten und die SA, die mit Gewalt auf der Straße den Bürgerkrieg inszenierten, wurden vom Bürgertum im Namen von Ruhe und Ordnung gestützt, Hitler von den christlichen und liberalen Abgeordneten der Mitte ermächtigt. Beschönigt wird, wie die Mitte so mit der Demokratie umspringt: mehr Dezision[2] wird gefordert, eine Einschränkung des Wahlrechts angemahnt, von oberster Stelle für die Verlängerung der Legislaturperioden der Parlamente plädiert, staatsstreichähnliche Notstandsmaßnahmen bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise praktiziert.

Gegen jeden Befund. Die Mühe der alltäglichen Auseinandersetzungen mit Rechten wird seit vielen Jahren in den Jugendzentren, den Stadtteilen, den Schulklassen von linken und Antifa-Gruppen übernommen. Gegen jeden sozialwissenschaftlichen Befund werden die ihnen angehörigen Individuen immer wieder verdächtigt, die Demokratie zu bekämpfen.

Demgegenüber kann sich die bürgerliche Mitte allenfalls gelegentlich zu einer offiziellen Aktion der »Zivilcourage« aufraffen: an einem Sonntag, zum Feierabend, von Polizei geschützt, um die Oberbürgermeisterin geschart, eine Kerze in der Hand. Im Hintergrund der versammelten Zivilgesellschaft bringt die Polizei unterdessen den Angehörigen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und Antifa-Gruppen die Demokratie bei, indem sie diese durch die Straßen hetzt, einkesselt, ein bisschen zusammenhaut. Auch einige derjenigen, die prekär beschäftigt in den Programmen gegen Rechtsextremismus die Demokratie verteidigen, mit Gewalt und Mord von Rechten bedroht, von Politikern und Medien angefeindet – sie werden von der frisch inaugurierten Ministerin Kristina Köhler unter Verdacht gestellt, Mitglieder getarnter linksextremer Organisationen zu sein. Da es keine guten Extremisten gebe, so ihre promovierte Weisheit, müssten deswegen die Programme zur Extremismusprävention neu konzipiert werden und würden sich auch gegen »Linksextreme« wenden. Die Zahl der Delikte wird verglichen, nicht gefragt wird, um welche Delikte es sich handelt und wie sie auf die politische Kultur der Demokratie wirken.

[2] Entschiedung; Entschlossenheit bei Beschlüssen

Unter den Verdacht, zu den Linksextremisten zu gehören, fällt man dann schnell. Die Repräsentanten der Demokratie wenden sich gegen jene, die mit Mut und Verstand die Demokratie hüten und sie verwirklichen wollen. Die Protestinitiativen gegen den größten Naziaufmarsch Europas, der seit Jahren am 13. Februar 2010 in Dresden veranstaltet wird, werden kriminalisiert. Das bundesweite Bündnis »Nazifrei – Dresden stellt sich quer« will verhindern, dass Tausende bekennende Rechtsradikale in Dresden demonstrieren, und hat deswegen zu Sitzblockaden aufgerufen. Das Spektrum der Unterstützer reicht von Gewerkschaften und Parteien über globalisierungskritische und kirchliche Gruppen, Teile der Friedens- und Umweltbewegung bis hin zur radikalen Linken.

Was können das für Straftaten sein?

Man sollte denken, dass eine solche Konstellation die Rede vom Extremismus zum Verstummen bringt. Doch da sorgen der demokratische Rechtsstaat und seine Vertreter vor. Am 19. Januar 2010 wurden Razzien im Dresdener Infobüro des Bündnisses in der Landesgeschäftsstelle der Linkspartei und im Berliner Antifa-Laden »Red Stuff« durchgeführt und Mobilisierungmaterial beschlagnahmt. Das Plakat »Gemeinsam Blockieren« rufe zu einer Straftat auf, ließ die Staatsanwaltschaft Dresden verlauten. Das Recht auf ein angekündigtes »Probesitzen« musste das Bündnis »Dresden Nazifrei« in einem Rechtsstreit mit der Stadt Dresden vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht erstreiten.

Was könnten das für Straftaten sein, wenn mit öffentlich angekündigten und zivilen Mitteln Menschen für die Demokratie, für Gleichheit, Freiheit, für Menschenrechte, gegen Rassismus eintreten? Wie so oft wird mit rechtsstaatlich-polizeilichen Argumenten gegen die Rechten ebenso wie gegen die Linken und die Befürworter der Demokratie argumentiert. Alle werden wie die Kinder bei der Verteilung des Geburtstagskuchens behandelt: jeder bekommt das gleiche Stück Verbot ab. Seit Carl Schmitt[3] freut sich die Rechte darüber, dass mit jeder ihrer Aktivitäten der liberale Rechtsstaat, weil er es nicht besser weiß und nicht besser kann, die Freiheitsrechte für alle einschränken muss – auf diese Weise instrumentalisiert sie Staatsanwälte, die nicht anders zu denken gelernt haben als rechtlich und den Rechtsstaat mit der Demokratie verwechseln, und gewinnt immer.

Mit Verweis auf einen drohenden »polizeilichen Notstand« hat die Dresdner Stadtverwaltung erstmals alle Aufmärsche am 13. Februar 2010 verboten. Das betrifft allein den geplanten Demonstrationszug der Nazis, die jedoch eine Kundgebung abhalten dürfen. »Dresden Nazifrei« hat lediglich Kundgebungsorte rund um den Hauptbahnhof angemeldet.

[3] † 7.4.1985; rechtskonservativer Staatsrechtler und politischer Philosoph. Ein in rechten und konservativen Kreisen vielzitierter Staats- und Völkerrechtler des 20. Jahrhunderts. Er kompromittierte sich schwer als »Kronjurist des Dritten Reiches« und als »geistiger Quartiermacher« des Nationalsozialismus.

Über diese Sofortmaßnahme hinaus wurde das Versammlungsgesetz verschärft, das nun Umzüge in der historischen Altstadt und die Frauenkirche untersagt und dort Ruhe sichern soll.

Da die rechtsstaatliche Verfolgung derjenigen, die für Demokratie eintreten, befremdlich genug ist, werden diese eben in den Rang von Extremisten erhoben. Die Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) hofft, dass sich die Stadt zukünftig ohne Extremisten an die Bombardierung 1945 erinnern kann. Es wäre den Dresdener Bürgern eher zu wünschen, sich daran erinnern, dass ihre Stadt zerstört wurde, weil viele ihrer Vorfahren brave Bürger waren, »Extremisten der Mitte«, die nicht für die Demokratie eintraten.

Angeekelt aus der Distanz. Das Extremismus-Schema, das die Demokratie schützen soll, erweist sich als demokratiegefährdend. Diejenigen, welche die gegenwärtige Form der Demokratie für unzureichend halten, werden als Extremisten mit den Rechten gleichgesetzt und von den braven Demokraten geschieden. Diese werden erleichtert zur Kenntnis nehmen, dass sie sich besser nicht für die Demokratie einsetzen. Leicht angeekelt können sie aus der Distanz auf das Schauspiel der »Extremisten« schauen. Demgegenüber wird denjenigen, die für Freiheit, Gleichheit und Solidarität mit den Mitteln des offenen und öffentlichen Protests und des zivilen Ungehorsams eintreten, das Fürchten gelehrt und mit den Mitteln hoheitlicher Gewalt beigebracht, dass nicht die Bürger, sondern der Staat entscheidet, was Demokratie und wer ein guter Demokrat ist. So muss man sich fragen, was wir in unserer Gesellschaft gerade treiben, wenn diejenigen, die bereit sind, mit Leib und Leben, mit ihren häufig knappen Ressourcen für das demokratische Gemeinwohl einzutreten, damit rechnen müssen, beschimpft und beleidigt, von der Staatsanwaltschaft verfolgt, von der Polizei im Namen der Demokratie zusammengeschlagen, schließlich mit denjenigen auf eine Stufe gestellt zu werden, die den rassistischen Massenmord und den Expansionskrieg, den der deutsche Staat vor nur wenigen Jahrzehnten organisiert hat, verteidigen und verherrlichen – anstatt dass ihnen von öffentlicher Seite alle moralische und materielle Unterstützung gewährt wird.

Am Ende krankt die Demokratie daran, dass es überhaupt noch notwendig ist, Lebenszeit dafür zu geben, die Demokratie zu verteidigen. Das ist nicht denen vorzuwerfen, die es tun.

Alex Demorivic/Paulina Bader
aus: der freitag | 12.02.2010

ANDI UND AYSCHE GEGEN KLAUSI RANDALE

Der neue Bildungscomic des Verfassungsschutz kämpft gegen »Linksextremismus«

Die Menschen hier sind außer sich: Sie hauen, schlagen und grölen besinnungslos – in die Tasten des Keyboards, auf das Schlagzeug, in das Mikrofon. Die Punk-Band »System Error« rockt auf der Bühne im Erdgeschoss eines besetzten Hauses, auf der Tanzfläche pogt ein Punk mit rotem Irokesen-Haarschnitt, eine Frau mit kurzen gebleichten Haaren tanzt, ein schwarzgekleideter Jugendlicher lacht. Alle haben Spaß, nur Einer nicht. Andi. Andi guckt gelangweilt aus seinem Ziegenbart-Gesicht. Andi findet die Bude hier *»ganz schön abgewrackt.«* Während die anderen über *»Solidarität mit dem Befreiungskampf«* reden, redet Andi über seine Lehrerin. Während die anderen auf die Band »Anti Alles« warten, geht Andi nach Hause, morgen ist ja Schule.

Andi ist kein Verlierer. Andi ist Gewinner. Der Held, der im neuen »Bildungscomic« des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalens gegen den »Extremismus« kämpft. Zusammen mit dem Schulministerium und der Landeszentrale für politische Bildung hat das Amt 100.000 Exemplare von »Andi3« gedruckt und an Schulen geschickt, eine fortlaufende Serie, von der bereits »Andi1« [gegen Rechtsextremismus] und »Andi2« [gegen Islamismus] erschienen ist. Nun kämpft Andi, passend zum Zeitgeist, gegen »Linksextremismus«.

Wie in jedem spannenden Comic kämpft der Held gegen das Böse. Das Böse sind in diesem Fall Nele und Klausi, der jetzt »Randale« heißt. Die Feindbilder sind geklärt, es gibt allerdings einen entscheidenden Nachteil. In einem guten Comic haben die Lesenden Sympathie für den Helden, können seine Begehren nachvollziehen, fiebern mit seinen

Konflikten mit. Das ist hier nicht der Fall, im Gegenteil. Ziegenbart-Andi ist so langweilig und streberhaft, so teilnahmslos und fertig mit der Welt, dass es einem die Schuhe auszieht. Je mehr der Verfassungsschutz versucht, die finsteren Motive der »Linksextremisten« Nele und Randale aufzudecken, desto sympathischer werden sie.

Die »Linksextremisten«, so schreibt der Verfassungsschutz in den zwischen die Comiczeilen geschobenen Erklärstücken, sind gegen eine Gesellschaft, die Menschen durch Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat unterdrückt. Sie wollten hingegen eine Gesellschaft ganz ohne Herrschaft und Unterdrückung. Der Verfassungsschutz sagt nicht, dass unsere Gesellschaft anders strukturiert wäre [das wäre in der Tat auch etwas schwierig zu beweisen]. Er sagt auch nicht, dass er eine Gesellschaft mit Herrschaft und Unterdrückung wolle [das käme auch etwas schlecht an]. So stehen die Aussagen einfach da, als Fakt, und die Lesenden sollen wohl denken: Ohne Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat? Grauenvoll. Ohne Herrschaft und Unterdrückung? Ekelerregend.

Da muss Vermittlung her, das merkt auch der Verfassungsschutz. Und er erschafft die Figur Ben, der Grauzonen-Gänger der Serie, der das Anliegen des Verfassungsschutzes nicht so platt aussehen lässt, wie es gemeint ist. Ben ist der verlorene Sohn, er hegt nachvollziehbare Sehnsüchte für eine andere Gesellschaft, er hat legitime Ideale. Derart anfällig kann er von den »Linksextremisten« verführt werden, aber nur so weit, dass er zum Happy Ending reumütig in den Schoß der bürgerlichen Familien zurückkehren kann.

Das Gespenst, das ihn dahin zurücktreibt, ist die »Gewalt«. Ingo Wolf, Innenminister von NRW, sagte anlässlich der Veröffentlichung des Comics Ende November, Ben gerate *»in die militante linksautonome Szene und in eine Spirale der Gewalt. Damit zeigen wir, wie Linksextremisten demokratische Grundwerte bekämpfen und dafür auch Gewalt einsetzen.«* Die einzige körperliche Gewalt im Comic geht jedoch von einem Polizisten aus. Dieser nimmt Ben fest, als er einen Spruch auf eine Brücke sprüht. Die Schadens-Bilanz von Andi3 sieht also folgendermaßen aus: Ein festgenommener Jugendlicher, eine besprühte Brücke, eine umgekippte Mülltonne, ein brennendes Auto [erst auf Seite 25!], die Scheiben eines Kiosks. Diese »Gewaltexzesse« entsprechen, das muss man dem Verfassungsschutz zugutehalten, in ihren monströsen Ausmaßen der Realität. Mangels anderer Möglichkeiten müssen die Scherben des Kiosks als Wendepunkt Bens initiiert werden, der – erschrocken von so viel sinnloser, menschenverachtender Gewalt – in den Kreis seiner Freunde zurückkehrt, die ihn mahnend aber verzeihend wieder aufnehmen.

Diesen »Bildungscomic« im Anime-Stil hat der Düsseldorfer Peter Schaaff gezeichnet, der sich wohl hauptsächlich an seiner eigenen Vergangenheit abarbeitet. So war er in den 1990ern für die Gestaltung und Herausgabe des Punk-Fanzines »Tote Helden Comix« verantwortlich.

Heute zeichnet er außer für den Verfassungsschutz Bildungscomics gegen das Kiffen.

Dabei ist der Andi3 Comic in keinem Fall harmlos. Im Gegenteil: Er reproduziert den Sexismus und Rassismus, deren Kritik er den »Linksextremisten« ankreidet. So werden intellektuelle und der weiblichen Norm nicht entsprechende Frauen in patriarchaler und sexistischer Manier bloßgestellt: Zunächst wird Ben von einer »linksextremistischen« Frau verführt. Nele sagt: *»Die Kleinmädchenzeiten sind vorbei, der Zopf ist ab. Ich mach jetzt Politik«*. Daraufhin kann Andi nur noch stammeln, Ben wirkt wie verzaubert. In einer anderen Szene hält eine Frau mit großen Brüsten einen anspruchsvollen Vortrag. Ben schläft ein. Im Erklärstück heißt es dazu: *»Die Frau ist Linksextremistin, aber warum erzählt sie so ein kompliziertes Zeug?«* Und weiter: *»Dass diese Frau nur deshalb ihre Meinung so frei äußern kann, weil in Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat besteht, sagt sie ihrem Publikum natürlich nicht.«*

Doch auch in Sachen Rassismus steht der Comic der Gesellschaft in nichts nach. So sind es die braunäugigen Ayshe und Murat, typische Freunde des blauäugigen Andis, die die »Linksextremisten« am Schärfsten kritisieren. So wirft Murat den Rassismus-Kritikern vor: *»Ich bin auch total unterdrückt so als Ausländer, Alter«*, und Ayshe geht in einer Demo gegen Nazis explizit im bürgerlichen Bündnis mit. So erledigen die Ausländer auch, was sich die Deutschen erst zögerlich trauen – Nazis und Linke gleichzusetzen:

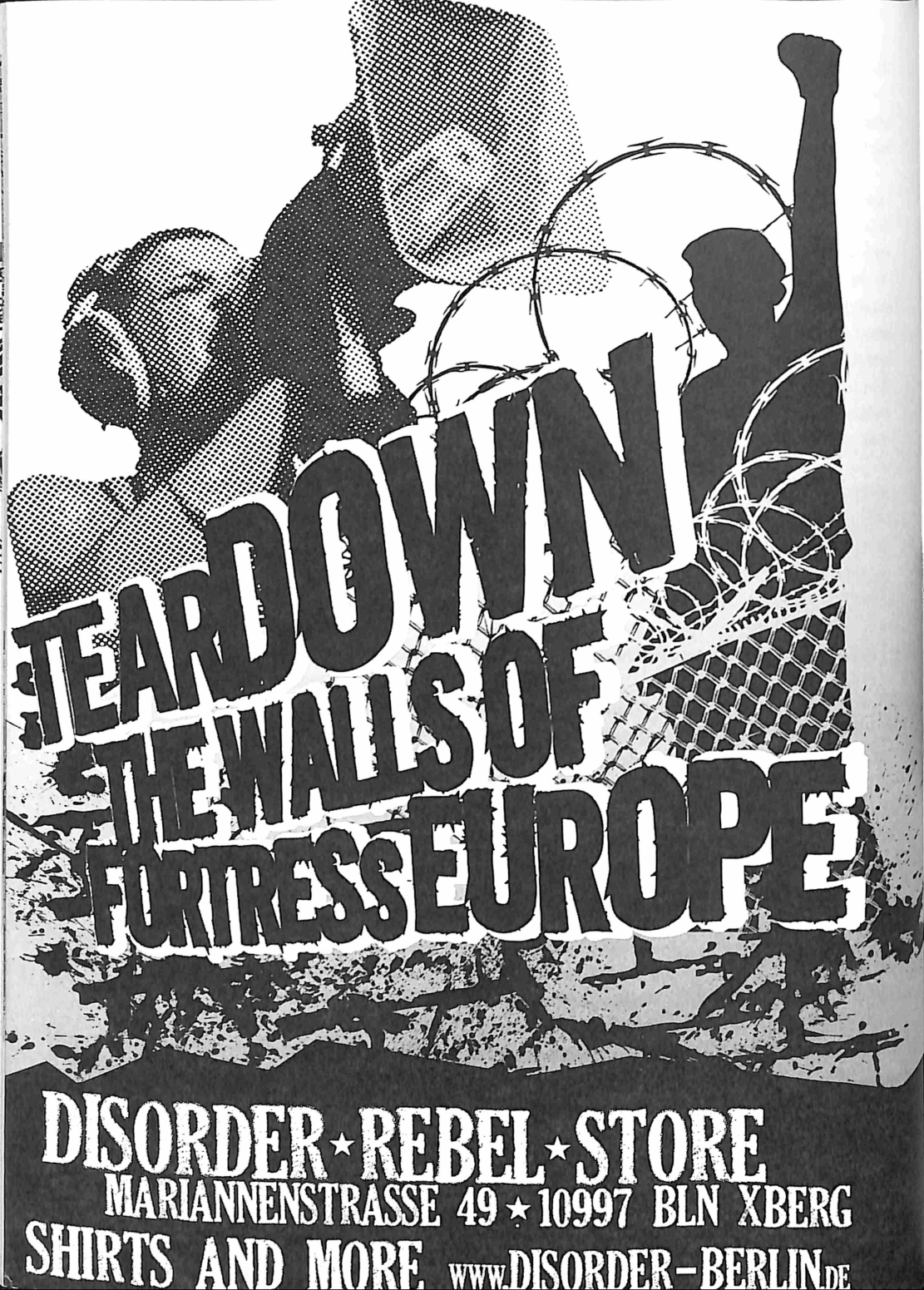
Murat: *»Sie reden voll den gleichen Quark«*. Ayshe: *»Und aussehen tun sie auch gleich«* So diffamiert der Comic ganz offen den Kampf gegen den Neofaschismus, frei nach dem Motto: Wir brauchen keinen Antifaschismus, wir sind ja schon eine Demokratie.

Das wäre alles ganz witzig, wenn es nicht so traurig wäre. Denn der Comic reiht sich ein in die derzeitige politische Stimmungsmache gegen links. Der Berliner Innensenator, Ehrhart Körting [SPD], nennt Teile der Linken *»rot lackierte Faschisten«*. Nicht zuletzt die schwarz-gelbe Regierung hat klar gemacht, dass sie verstärkt gegen »Linksextremismus« vorgehen will. Die neue Familienministerin Kristina Köhler gab bekannt, dass Gelder gegen »Rechtsextremismus« auch gegen »Linksextremismus« verwenden werden sollen. Sie begründet ihre Haltung unter anderem damit, dass die bürgerliche Gesellschaftsordnung den Linken schon als »präfaschistisch« gelte.

Dass manch Linker in seiner Analyse sogar noch weiter geht, machte der bekannte Linksextremist Theodor W. Adorno deutlich. Er sagte: *»Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.«*

Bis er diese Aussage nachvollziehen kann, ist Ben wahrscheinlich schon wieder eingeschlafen.

Avanti Berlin | 3/2010


TEAR DOWN
THE WALLS OF
FORTRESS EUROPE
DISORDER ★ REBEL ★ STORE
MARIANNENSTRASSE 49 ★ 10997 BLN XBERG
SHIRTS AND MORE
WWW.DISORDER-BERLIN.DE

EPILOG...

... was wird kommen und was tun?!

Dass die Extremismustheorie vor allem ein politisch-ideologisches Kampfterrain der Rechten ist, dürfte im Laufe dieser Broschüre deutlich geworden sein. Für die radikale Linke ergeben sich daraus zwei Fragen, die beantwortet werden sollen. Mit welcher Art von Angriffen seitens der Bundesregierung und anderen ist zu rechnen? Und, wie sollte mit diesen Angriffen umgegangen werden?

Die bisherigen Bundesprogramme gegen Rechts umfassen vor allem Aspekte wie Aufklärung an Schulen, in Vereinen und anderen Einrichtungen gegen Rassismus, Antisemitismus und Nazigewalt, die Beratung von Behörden/Ämtern und Institutionen beim Umgang mit Nazigruppierungen vor Ort sowie die Beratung von Opfern neonazistischer Gewalt.

Wie soll das nun gegen Links umgesetzt werden? Es wird mit Sicherheit keine Beratungsstellen für Hausbesitzer_innen geben, deren Gebäude besetzt wurde, und auch ein Aussteiger_innenprogramm aus der Autonomen Szene erscheint eher skurril und lächerlich. Insofern ist davon auszugehen, dass die politischen Angriffe auf anderen Ebenen stattfinden werden. Erstens die Torpedierung breiter, linker Bündnisse bei konkreten Anlässen und der Versuch einer Spaltung in gute und schlechte Linke. Zweitens die Forderung nach öffentlicher Distanzierung von linken Personen des öffentlichen Lebens bei militanten Anschlägen (Uni-Professor_innen, Politiker_innen von Linkspartei, Grüne und SPD, Stiftungen, Bands, etc.) sowie drittens ein »Schleifen« von linken Strukturen, (ehemals) besetzte Häuser, linke Kneipen, alternative Treffpunkte und autonome Jugendzentren. Darüber hinaus ist eine Durchleuchtung und Beobachtung linker Strukturen, ihre politischen Verbindungen in andere Spektren durch konservative-zivilgesellschaftliche Gruppen zu erwarten. Ähnlich denen des Recherche-Antifaschismus, sind solche Veröffentli-

chungspraxen auch gegen Linke zu vermuten. Eine besondere Rolle dürften hierbei Journalist_innen spielen, die den einen oder anderen »Skandal« gerne bereit sind herzustellen/aufzudecken.

Den Kampf gegen Links haben sich vor allem rechte und konservative Kräfte auf die Fahnen geschrieben, die Jugend- und Student_innenorganisationen der CDU und CSU (RCDS und Junge Union), der FDP, Burschenschaften, die Konrad-Adenauer Stiftung sowie die Hans-Seidel Stiftung, rechte Gruppen wie »Political Incorrect« und Zeitungen wie die »Junge Freiheit.«

Da sich das Familienministerium (dort werden die Programme koordiniert) selber unsicher ist, wie sie den Kampf gegen Links aufnehmen soll, sind zunächst Beratungen und Untersuchungen mit interessierten Gruppen angedacht. Als Testfeld sollen Großstädte wie Berlin und Hamburg herhalten, dort wird es die ersten Programme gegen Links geben.

Was tun? Neben einer möglichst breiten Aufklärungsarbeit über diesen politischen Unsinn ist die linke Szene gut beraten auch weiterhin Bündnisarbeit zu betreiben, Kontakte zu anderen Spektren zu pflegen sowie offen und selbstbewusst mit ihren eigenen Aktivitäten und inhaltlichen Stoßrichtungen umzugehen. Je stabiler die eigene Basis, je stärker das eigene Politikfeld, je größer der öffentliche Zuspruch, desto schwieriger ist eine Kriminalisierung linker Politik.

Von bürgerlichen Medien wird gerne der Kniefall vor der angeblich »Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung« erwartet, eine Distanzierung von Aktionen (egal ob Mensch damit selber zu tun hatte oder nicht) und eine Fokussierung auf »die Gewalt«.

Wer allerdings darauf insistiert, auch weiterhin den Kapitalismus und alles, was damit zusammenhängt, abschaffen zu wollen, der_die kann noch so brav daherkommen, die Feindschaft seitens der Repressionsorgane und der etablierten Politik ist zu erwarten, vor allem dann, wenn die eigene Politik ein gewisses Maß an Einfluss und Wirksamkeit erreicht hat.

Eine antikapitalistische Linke wird an der Repression nicht vorbeikommen, sie sollte aber vor allem darauf achten, nicht in ihr gefangen zu bleiben, sondern immer gesellschaftlich relevanten Themen im Blick zu haben.

Auch wenn die Bundesregierung linke Gruppen bekämpfen will, der Widerstand gegen Kapitalismus und andere Widerwärtigkeiten bleiben richtig, wichtig und legitim. Soziale Bewegungen werden sich dabei auch weiterhin nicht an die Straßenverkehrsordnung halten, denn ansonsten wären sie keine solchen Bewegungen.

Kapitalismus abschaffen! Linksradikal ins nächste Jahrzehnt!

PERSONEN

Uwe Backes | Konservativer Politikwissenschaftler und stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Backes ist einer der zentralen Stichwortgeber zu Extremismus und Totalitarismus, gemeinsam mit Eckhard Jesse gibt Uwe Backes das *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* heraus. Ende 1999 ermunterte Backes seinen Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut Lothar Fritze, dessen umstrittene Thesen über den Hitler-Attentäter Georg Elser in der *Frankfurter Rundschau* zu veröffentlichen. Fritze hatte Elser das moralische Recht abgesprochen, als Schreiner und Einzelgänger ein Attentat auf Hitler durchzuführen und dabei den Tod von Unschuldigen in Kauf zu nehmen

Zbigniew Kazimierz Brzeziński | polnisch-amerikanischer Politikwissenschaftler, graue Eminenz unter den US-amerikanischen Globalstrateg_innen und großer Kommunistenfresser. Brzeziński entwickelte zusammen mit Carl Joachim Friedrich das Totalitarismus-Modell. Als Sicherheitsberater von Jimmy Carter (1977–1981) befürwortete er die Unterstützung der fundamentalistischen Mudschahidin in Pakistan und Afghanistan, unter anderem durch massive finanzielle Unterstützung der vom pakistanischen Geheimdienst geleiteten Trainingslager durch die CIA und den britischen MI6. In seinem Buch *Die einzige Weltmacht* skizziert er eine globale unilaterale Dominanz der USA, die an eine Durchdringung amerikanischer Interessen im zentralasiati-

schen Raum gekoppelt ist. Damit verbunden fordert er für die US-Außenpolitik, die Entwicklung der hier mit den USA konkurrierenden Großmächte China und Russland zu begrenzen, etwa indem man separatistische Bewegungen in den Grenzgebieten unterstützt.

Carl Joachim Friedrich | konservativer deutsch-amerikanischer Politikwissenschaftler. Vater der Totalitarismustheorie. Friedrichs Vorstellungen einer »Guten Demokratie« lehnen auch eine »Basisdemokratie« als »totalitär« ab. Die theoretischen Annahmen von Friedrichs Totalitarismustheorie – insbesondere seine Anlehnung an Carl Schmitts »Verfassungsstaat« – sind potentiell antidemokratisch.

Eckhard Jesse | konservativer Politologe. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für »politische Systeme, politische Institutionen« der Technischen Universität Chemnitz und neben Backes die Koryphäe in Sachen Extremismus. Jesse betreut ein von der Hanns-Seidel-Stiftung (gehört zur CSU) finanziertes Promotionskolleg *Politischer Extremismus und Parteien*. Dort wird vor allem die Linkspartei bekämpft. Jesse war vom Bundesverfassungsgericht als Gutachter im gescheiterten NPD-Verbotsverfahren vorgesehen. In einer Pressemitteilung der TU Chemnitz wird seine Haltung wie folgt dargestellt: *»Wegen der Bedeutungslosigkeit der NPD hält Jesse einen Parteiverbotsantrag für unzweckmäßig«*. In der Vergangenheit fiel Jesses durch Bagatellisierung von Rechtsextremismus auf. 1990 schoss er sich in einem Aufsatz auf Heinz Galinski, den früheren Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, ein und meinte: *»Auf Dauer dürfte Judenfeindlichkeit nicht zuletzt gerade wegen mancher Verhaltensweisen von Repräsentanten des Judentums an Bedeutung gewinnen«*. Kritik an groben Antismetismen beklagte er als »hysterische Reaktion«. Der genannte Aufsatz Jesses erschien in dem von ihm gemeinsam mit Uwe Backes und Rainer Zitelmann herausgegebenen Sammelband »Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus«, das als Standardwerk des gemäßigten Geschichtsrevisionismus gilt.

Hubertus Wilhelm Knabe | Historiker und Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Großer Hasser der DDR und deshalb gerngesehener Talkgast in den öffentlich-rechtlichen Verblödungssendungen. Knabe sieht seine Aufgabe darin, die Geschichte der DDR aufzuarbeiten und einer kritischen Sicht auf dieselbe mehr Geltung im öffentlichen Be-

wusstsein zu verschaffen. Dabei setzt er vorwiegend auf populärwissenschaftliche Darstellungen. Sein größter Feind ist die Linkspartei. Des Weiteren gilt er als Anhänger der Totalitarismustheorie und stellt in Fragen der Aufarbeitung der DDR diese in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus vergleichend gegenüber. Nach Bekanntwerden der Stasitätigkeit Karl-Heinz Kurras' griff Knabe die 68er-Bewegung historisch an, indem er ihnen vorwarf, *»dass sie Massenmörder wie Mao Tse-tung oder Ho Chi Minh vergöttert haben«* und *»sich von der SED instrumentalisieren ließen«*. Ferner sei die Außerparlamentarische Opposition von der Stasi unterwandert und wesentlich beeinflusst worden.

Hans-Helmuth Knütter | rechts-konservativer deutscher Politikwissenschaftler und »Extremismusforscher«. Knütter gilt als ein wichtiger Vordenker der Neuen Rechten. So publiziert er seit dem Ende der 1980er Jahre vorwiegend in rechten Verlagen und Medien wie etwa der Wochenzeitung »Junge Freiheit« und wirkt als Referent bei Veranstaltungen am rechten Rand. War von 1985 bis 1989 für die CDU Mitglied des »Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung«. Ende der 1980er Jahre verlagerte Hans-Helmuth Knütter seinen Schwerpunkt auf die *»Kritik des Antifaschismus«*. 1993 veröffentlichte er beim Ullstein-Verlag (Springer Konzern) *Die Faschismuskeule – Das Letzte Aufgebot der Linken*, das besonders in rechten Kreisen auf große Resonanz stieß. Knütters zentrale These ist die Forderung nach einem »Schlussstrich« unter den nationalsozialistischen Teil der deutschen Geschichte, der es der Gesellschaft wieder erlauben würde, einen positiven Bezug zu »Volk« und »Nation« aufzubauen.

Seymour Martin Lipset | US-amerikanischer Soziologe und Politikwissenschaftler, führte Ende der 1950er Jahre Begriff *Extremismus der Mitte* ein. Damit erweiterte der Soziologe die Analyse Theodor Geigers, der die Wahlerfolge der NSDAP seit Beginn der 1930er Jahre aus der Reaktion des Mittelstandes auf die Weltwirtschaftskrise erklärte, auf die zeitdiagnostische (je aktuelle) Analyse antidemokratischer extremistischer Bewegungen aus der Mitte der Gesellschaft. Demnach neigen nicht nur die rechten und die linken Ränder eines Parteiensystems zur Diktatur, sondern auch die Parteien der Mitte.

Armin Pfahl-Traughber | Politikwissenschaftler. Ab 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz. 2004 wurde er Professor an der Fachhochschule des

Bundes für öffentliche Verwaltung [FH Bund]. Er publiziert seit Anfang der 1990er Jahre regelmäßig in konservativen Jahrbüchern, Zeitungen und Zeitschriften [Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Jahrbuch für öffentliche Sicherheit, Mut].

Rainer Zitelmann | konservativer, deutscher Historiker, Publizist und Unternehmensberater mit linker Vergangenheit [Maoist in den 1970er Jahren]. Seine 1986 als Buch erschienene Promotionsschrift über *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs* machte ihn bekannt und gerade in konservativen Kreisen beliebt. In seiner Dissertation bemühte sich Zitelmann um den Nachweis, dass die Sozialpolitik in der Zeit des Nationalsozialismus zum Ziel hatte, die Lage der Arbeiter_innenschaft durch die Überwindung des Klassenkampfs, durch Chancengleichheit und soziale Mobilität zu verbessern. In diesem Sinne habe sich Hitler als einen sozialen Revolutionär verstanden, der zur Modernisierung der deutschen Gesellschaft beitragen wolle. Ebenfalls kontroverse Reaktionen rief Zitelmann mit dem von ihm gemeinsam mit Eckhard Jesse und Uwe Backes herausgegebene Sammelband *Schatten der Vergangenheit* hervor. Darin bemühten sich die Herausgeber_innen, der von Martin Broszat 1985 erhobenen Forderung nach Historisierung des Nationalsozialismus zu folgen. Dieser Sammelband wird der Neuen Rechten zugeordnet. Innerhalb der FDP versuchte Zittelmann mit anderen Personen einen »Nationalliberalismus« zu etablieren. Zittelmann arbeitete einige Jahre in der Tageszeitung *Die Welt*, wo er die Leitung des Ressorts »Geistige Welt« übernahm, später wechselte er in den Bereich »Zeitgeschichte«.

GLOSSAR

Andi 1/2/3 | Comichefte mit Figuren mit ziemlich großen Augen des Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen. Werden als Vermittlungsmedium mit dünnem pädagogisch-didaktischem Ansatz kostenlos für Lehrer_innen und Jugendliche angeboten. Inhalt: Eine Gesellschaft der Mitte, die sich gegen Extreme erwehren muss. Protagonist ist Andi, ein teilnahmsloser, [emotional] distanzierter Schüler, ohne Empathie und [bewusste] Position. Verkörpert den Mainstream bzw. das Anliegen der Sicherheitsbehörden, sich an Autoritäten zu orientieren und sich in vermeintlich sicheren Pfaden herrschender Verhältnisse zu bewegen. Andi1 thematisiert Nazis, Andi2 den so genannten Islamismus und Andi3 versucht sich am linksradikalen Spektrum.

Anti-Antifa | Organisation/informelle Struktur von [Neo]Nazis, die gegen antifaschistische Gruppen arbeiten, Informationen sammeln, Einzelpersonen outen und angreifen. Wurde erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt im Zusammenhang mit der Nazi-Publikation »Der Einblick 1993/94«. Bis heute gibt es Anti-Antifa-Aktivitäten.

Bundeszentrale für politische Bildung | Herausgeberin u.a. der Informationen für politische Bildung sowie weiterer Publikationen. Bildungs- und Informationsbehörde des Innenministeriums der BRD. Bietet Veranstaltungen und Seminare an, stellt Material und Referent_innen. Auch »Aktionstage: Der gute

Kapitalismus« gehören in das Programm. Im Kern geht es der Bildungsarbeit der Zentrale darum, politisches Bewusstsein zu fördern, welches sich explizit im Rahmen der kapitalistischen Ordnungbewegt; das betrifft nationale wie internationale Politik bewegt. Entsprechend der Besetzung der Regierungsbänke und der Besetzung solcher Behörden, treten auch [neu] rechte Autor_innen/Referent_innen unter dem Dach der Bundeszentrale auf.

Eiserne Front | *»Hitler, tu dich ja beeilien vor den eiserenen drei Pfeilen!«* so eine Wandparole der Eisernen Front 1932. Im Dezember 1931 gegründet durch republiktreue Kräfte als Gegengewicht gegen einen Zusammenschluss rechter/reaktionärer Kräfte zur »Harzburger Front« im Oktober 1931. Auf Initiative des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sollten Aktivist_innen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, der SPD und des Arbeiter Turn- und Sportbundes Kampfformationen bilden. In den Betrieben hießen die Gruppen »Hammerschaften«. Die Eiserne Front spiegelt dabei in ihrer Symbolik der drei Pfeile auch den ideologischen Kitt der bürgerlichen Kräfte wieder: Gegen Monarchie, Faschismus und Kommunismus. Mit der Zerschagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 durch die Nazis ging auch die Eiserne Front unter.

FDGO | Freiheitlich-demokratische Grundordnung. Einerseits ein juritischer [dehnbarer] Begriff, andererseits ideologisch stark strapazierte Formulierung zur Ausgrenzung unliebsamer politischer Ansätze.
Im Grundgesetzt findet sich der in Art. 10 Abs. 2, Art. 11 Abs. 2, Art. 18, Art. 21 Abs. 2, Art. 87a Abs. 4, Art. 73 und Art. 91 Abs. 1. 1952 wurde er durch das Bundesverfassungsgericht folgendermaßen umrissen: *»Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.«* [BVerfGE 2, 1, 12].

Italienischer Faschismus | Namensgeber des Faschismus. Unter dem so genannten »Duce« [Führer] Benito Mussolini faschistischer Staat/Gesellschaft von 1922 – 1945. Unterschied sich sowohl in der sozialen Struktur, in der politischen Ausprägung und der Verquickung mit der Wirtschaft vom deutschen historischen Faschismus. So war auch der italienische Faschismus ideologisch auf einen Führer ausgerichtet, etxrem nationalistisch und bekämpfte linke und antifaschistische Ansätze bis auf's Blut, jedoch erreichte der Antisemitismus nicht solche bestialischen Ausprägungen wie im Nationalsozialismus. 1945 wurde Mussolini von italienischen Partisan_innen gefangengenommen, erschossen und kopfüber in Mailand aufgehängt.

KPD | Kommunistische Partei Deutschlands. 1919 u.a. durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet. Hervorgegangen aus der Spaltung der SPD während des I. Weltkrieges und den revolutionären Aufständen 1918 in Deutschland. 1923 kurzzeitig verboten, gehörte sie ab 1924 zum Parteienspektrum der Weimarer Republik. Setzte sich für eine sozialistische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus ein und orientierte sich realpoltisch an der Sowjetunion. 1933 wurde die KPD verboten und zerschlagen. Viele Kommunist_innen wurden verhaftet, zu Tode gefoltert, in KZs vernichtet oder mussten ins Ausland fliehen. Einige beteiligten sich an den Internationalen Brigaden auf Seiten der Spanichen Republik von 1936 – 1939. Wenige überlebten den Nationalsozialismus. 1945 wurde die KPD wiedergegründet. Im östlichen Teil Deutschlands schloss sie sich mit der SPD zur SED 1946 zusammen. Im Westen wurde sie 1956 unter Bezugnahme auf die Nichteinhaltung der FDGO verboten. Bis 1968 führten einige Kommunist_innen die Politik der KPD illegal weiter. Mit der Revolte 1968, der Gründung der DKP und dem Entstehen von so genannten K-Gruppen war die KPD faktisch als [einheitliches] politisches Projekt beendet.

Neue Rechte | Strömung innerhalb des faschistischen Lagers, die seit 1972 auch organisatorisch unter verschiedenen Zirklenamen auftrat. Die Intellektualisierung rechter Diskurse, das Setzen rechter Inhalte und Begriffe in gesamtgesellschaftlichen Diskursen sind u.a strategische Ziele dieser Strömung. Fragen wie Nationalismus, Befreiungsnationalismus oder Rassimus werden z.B. versucht kulturalistisch abzuleiten. Die Neue Rechte bildet faktisch den Übergang zwischen konservativer und neofaschistischer Weltanschauung. Bekannteste Vertreter sind Alain de Benoist, Manfred Rouhs, Armin Mohler oder auch Hans-Helmut Knütter. Auch Analogie zum Begriff der »Neuen Linken« nach 1968.

NPD | Nationaldemokratische Partei Deutschland. 1964 gegründete faschistische Partei. Nach ihrer Gründung u.a in 7 Landesparlamenten vertreten, nach 1969 parlamentarisch bedeutungslos. Mit der Wiedervereinigung, dem Entstehen weiterer faschistischer Organisationen und Gruppen sowie im Windschatten gesellschaftlichen Nationalismus zur mittlerweile bedeutendsten Kraft im rechten Lager avanciert. Durch das Verbotsverfahren gegen die NPD unter der SPD/Grünen-Regierung wurde offenbar, dass über 30 V-Leute in Führungspositionen auf Bundes- oder Landesebene saßen. Das Verbotsverfahren war politisch für den damaligen Bundesinnenminister Otto Schily [SPD] ein Desaster. Heute sammelt die NPD einerseits unter ihrem Dach ehemalige Skinheads, so gennante [ehemalige] freie Kamerdaden wie auch auf den Parlamentarismus setzende Faschisten. Immer wieder kommt es zu heftigen internen und externen Anwürfen von Faschisten mit nationalsozialistischem Bezug gegen die politische [legalistische] Linie der Partei. Offiziell sind heute etwa 7.000 Faschisten in der Partei organisiert, über ihre Parteistruktur erhält sie über 1,1 Millionen Kostenrückerstattung/staatliche Zuschüsse.

NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. 1920 gegründete Partei, deren Ideologie von Antisemitismus und Nationalismus sowie der Ablehnung von Demokratie und Marxismus bestimmt war. Ihr Parteivorsitzender war seit 1921 der spätere Reichskanzler Adolf Hitler, unter dem sie Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 als einzige zugelassene Partei beherrschte. Sie wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 mit allen ihren Untergliederungen als verbrecherische Organisation verboten und aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt. 1949 wurde in der Bundesrepublik auch jede Werbung durch Schriften, Worte oder Kennzeichen für sie verboten. Noch heute gilt ihr bereits 1920 aufgestelltes 25-Punkte-Programm als Vorbild und Orientierung für aktuell faschistische Gruppen/Organisationen.

Die Republikaner | Auch kurz als REPs bezeichnete rechtskonservativ-faschistische Partei. Wurden 1984 vom CSU-Abtrünnigen Hardliner Franz Schönhuber in München gegründet und zog erstmals 1989 mit 7,2 % spektakulär in den Berliner Senat ein. Nicht nur in Berlin zeigte der damalige Vorsitzende und Ex-Polizist Bernhard Andres, dass vor allem das Thema der inneren Sicherheit und Rassismus ihr Wahlklientel ansprach. Dieses bestand zu einem nicht unerheblichen Teil aus Polizist_innen. Ab 1992 sogar unter Beobachtung des Verfassungschutzes

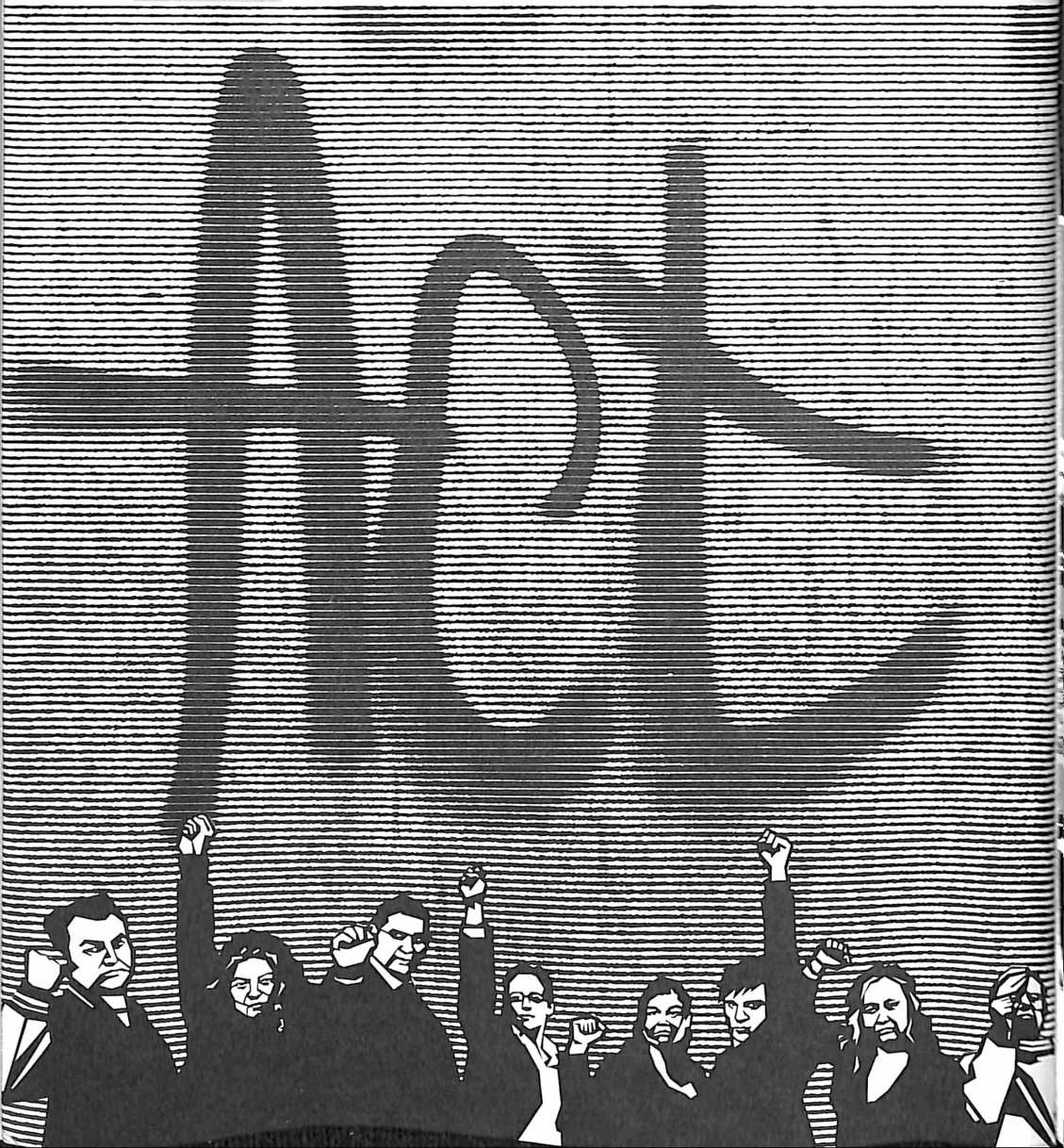
als »rechtsextreme« Partei geraten. Durch interne Machtkämpfe [Spaltung] und Verschiebung gesamtgesellschaftlicher Rechtsentwicklung unbedeutend. Das Klientel wird einerseits durch die CDU/CSU, andereseits durch die NPD bedient. Offiziell weniger Mitglieder [6.700] als die NPD. Wird nicht mehr vom Verfassungsschutz beaobachtet.

SA | Sturmabteilung. Gegründet schon 1921 als Saalschutz für Propaganda-Auftrtitte, war die SA die paramilitärische Kampforganisation der NSDAP während der Weimarer Republik und spielte eine entscheidende Rolle beim Aufstieg der Nationalsozialisten, indem sie deren Versammlungen vor Gruppen politischer Gegner_innen mit Gewalt abschirmte, bzw. deren Veranstaltungen massiv behinderte.

SS | Schutzstaffel. Wurde bereits 1925 zum Schutze von Adolf Hitler als Unterabteilung der SA gegründet. Nach dem so genannten »Röhm-Putsch« 1934 wurde sie zu einer eigenständigen paramilitärischen Organisation und in der Folge maßgeblich an den Verbrechen des Holocausts beteiligt, so war sie mit der Organisation der Konzentrationslager und ihren strukturellen wie ökonomischen Fragen betraut. Mit dem Beginn des II. Weltkrieges wurden der SS auch militärische Aufgaben übertragen. Vor allem die Waffen-SS war es, die grausame Kriegsverbechen beging. In den Nürnberger Prozessen nach dem II. Weltkrieg wurde die SS als Hauptinstrument des politischen Terrors des Faschismus erklärt. Genau wie die SA als verbrecherische Organisation der NSDAP in der BRD verboten.

Verfassungsschutz [VS] | Inlandsgeheimdienst zur Ausforschung und Überwachung so genannter verfassungsfeindlicher Gruppierungen/Initiativen/Parteien und Personen, die nach der Selbstdefiinition des bundesdeutschen Staates nicht auf dem Boden der FDGO stehen. Neben dem Verfassungsschutz [VS] existieren in der BRD weitere Geheimdienste; der Bundesnachrichtendienst [BND] und der Militärische Abwehrdienst [MAD]. Das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde am 24. Mai 1949 mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes gegründet. Es wurde im Wesentlichen von ehemaligen Nazis und Angehörigen von Wehrmacht, SS, SD und Gestapo, die sich nach ab 1946 in der »Organisation Gehlen« betätigten, aufgebaut. Der spätere Chef des BND, Reinhard Gehlen, hatte, wie viele andere spätere leitende Köpfe des Verfassungsschutzes, BND oder MAD sein Handwerk unter den Nazis gelernt. Gehlen war Chef der 12. Abteilung des Generalstabes des Heeres, der Abteilung

fremde Heere Ost. In 16 Bundesländern existieren Landesämter des VS, die – ebenso wie das Bundesamt – jährlich einen Verfassungsschutzbericht veröffentlichen, der oft als juristische Stütze und journalistischer Bezugspunkt verwendet wird, was dem VS eine maßgebliche politische Bedeutung zukommen lässt. Aktueller Chef des VS ist Heinz Fromm [SPD], u.a. ehemaliger VS-Chef von Hessen.



RED STUFF

WWW.ANTIFA-VERSAND.DE

lichtung

manche meinen
lechts und rinks
kann man nicht
velwechsern
werch ein illtum

(Ernst Jandl)